

Das Parlament

Berlin, Dienstag 21. Mai 2013

www.das-parlament.de

63. Jahrgang | Nr. 21 bis 23 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Mächtiger als alle Vorgänger

Volker Wiewer Der Generalinspekteur ist einer der Gewinner der Bundeswehrreform von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU).



Denn durch den seit April 2012 geltenden Dresdner Erlass wurde General Volker Wiewer truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldaten und bekam mehr Weisungsbefugnisse als seine Vorgänger. Dass der oberste Soldat vom Minister nun auch mehr zur Verantwortung gezogen werden kann, wenn etwas schief läuft, ist die Kehrseite des Machtzuwachses. Der 59-jährige Wiewer wurde noch von Minister zu Guttenberg (CSU) im Januar 2010 als Nachfolger des geschassten Wolfgang Schneiderhan Generalinspekteur. Der Heeresgeneral gilt anders als seine Vorgänger als Mann der Truppe und weniger als Militärpolitiker. Auf seinen Kasernenvisiten hört er viel von der schlechten Stimmung der Soldaten über die Reformen. „Ende 2014 haben wir ein ganz anderes Stimmungsbild“, versichert Wiewer. kru |

ZAHL DER WOCHE

101

Bundeswehrgesoldaten sind auf Auslandseinsätzen seit 1992 gestorben. Davon sind die meisten, 53, im Afghanistan-Einsatz ums Leben gekommen – 35 fielen durch Fremdeinwirkung und 18 starben durch sonstige Umstände. 20 deutsche Soldaten haben sich bei Auslandseinsätzen bisher selbst das Leben genommen.

ZITAT DER WOCHE

»Sie lassen die Bundeswehr regelrecht ausbluten.«

Rainer Arnold, verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Parlament zur Bundeswehrreform von Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU)

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Staatsangehörigkeitsrecht Debatte über Oppositionsanträge Seite 7

KULTUR UND MEDIEN

Bildungspolitik Bessere Ganztagschulangebote in der Diskussion Seite 8

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Bankenaufsicht Parlament stimmt über Regierungsgesetz ab Seite 12

EUROPA UND DIE WELT

Kroatien Bundestag ebnet Weg zum EU-Beitritt des Landes Seite 14

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Umbau im Sperrfeuer

BUNDESWEHR Verteidigungsminister de Maizière will Streitkräftereform bis 2017 erfolgreich beenden

Nicht weniger als einen „verteidigungspolitischen Schlussstrich unter den Kalten Krieg und seine Nachwehen“ will Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) mit der Reform der Bundeswehr ziehen. Am vergangenen Donnerstag stellte er in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag eine erste positive Zwischenbilanz der Neuausrichtung vor, die einen „tiefgreifenden Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr“ darstelle. Ziel der Reform sei es, eine einsatzbereite und leistungsfähige Armee mit 185.000 Soldaten zu schaffen, die gut ausgerüstet und solide finanziert ist, sowie über genügend qualifizierten Nachwuchs verfügt. De Maizière betonte, dass die Neuausrichtung auch einen Schlussstrich unter den andauernden Umbau der Truppe seit der Wiedervereinigung darstelle: Sie sei „keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen. Sie ist nicht die soundsovielte Reform. Sie ist mehr als die Aussetzung der Wehrpflicht und mehr als Standortschließungen.“

De Maizière zeigte sich optimistisch, die Reform trotz „des ehrgeizigen Zeitplans“ bis 2017 abschließen zu können. Rund 5.000 der 6.400 Organisationselemente der Bundeswehr seien von der Reform betroffen. Bis Ende dieses Jahres werde aber bereits die Hälfte von ihnen arbeitsfähig sein. Die neue Führungsorganisation stehe bis Ende 2014, Verbände und Dienststellen würden bis Ende 2016 umstrukturiert.

Der Minister räumte ein, dass die Reform in der Truppe auch Verunsicherungen ausgelöst habe. Er stellte in Aussicht, dass es im kommenden Jahr nach einer Prüfung zu Nachbesserungen kommen könnte. Es werde aber „keine grundlegende Revision der Neuausrichtung“ geben, stellte de Maizière klar. Es sei richtig gewesen, alle Probleme in den Streitkräften gleichzeitig anzugehen, da alle Aspekte ineinander griffen.

Harsche Kritik ertmete de Maizière aus den Reihen der Oppositionsfraktionen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr sei eine „Mogelpackung“ schimpfte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold. Dies spürten auch die Soldaten. In Wirklichkeit bringe die Reform nichts Neues: „Heraus kommt von allem weniger: weniger Geld, weniger Personal und weniger Gerät.“ Zudem sei die Reform nicht sicherheitspolitisch begründet, sondern nur fiskalisch. Dieser Kritik schloss sich auch Omid Nouripour, verteidigungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen an. Allerdings bemängelte er, dass die Bundeswehr zu teuer sei. (siehe Interview auf Seite 2) Beide warfen de Maizière vor, er verschließe die Augen vor den



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Verteidigungsminister Thomas de Maizière (beide CDU) zu Besuch beim deutschen Isaf-Kontingents im afghanischen Kundus.

Schwierigkeiten der Reform und den Nöten der betroffenen Soldaten. „Es ist einfach Fakt, dass 90 Prozent der in einer Umfrage des Bundeswehrverbandes befragten Soldaten gesagt haben, sie seien der Auffassung, diese Reform habe keine Zukunft“, hielt Arnold dem Minister entgegen. Rund 70 Prozent der Soldaten wüssten bis zum heutigen Tag nicht, wo sie am Ende der Reform stationiert werden, was aus ihrer Familie und der Ausbildung ihrer Kinder wird. Die Antwort des Ministers auf die Kritik der Soldaten, so fügte Nouripour an, laute lediglich: „Nicht jammern, nicht gieren nach Anerkennung.“ Die Soldaten hätten mehr Respekt verdient. Prinzipielle Ablehnung zur Streitkräftereform kam erneut aus den Reihen der Linksfaktion. In Wirklichkeit handele es sich um eine Neuausrichtung, stellte deren verteidigungspolitischer Sprecher Paul Schäfer fest. Die Bundeswehr werde lediglich weiterhin in eine Interventionsarmee umgewandelt. Dies sei aber die falsche Antwort auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Der Afghanistan-Einsatz habe gezeigt, dass der militärische Interventionismus ausgedient habe.

Übereinstimmend warfen SPD, Grüne und Linke dem Verteidigungsminister Versagen im Fall des gestoppten Rüstungsprojekts „Euro Hawk“ vor. Die Probleme mit der Aufklärungsdrohne seien bereits seit dem Jahr 2011 bekannt gewesen. Das Ministerium habe viel zu spät reagiert. Lob und Unterstützung für die Reform und ihre Umsetzung spendeten hingegen die Koalitionsfraktionen. Die verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Elke Hoff, räumte zwar ein, dass die Soldaten durch die Neuausrichtung stark belastet würden. Allerdings habe gerade die Koalition viel für die Bundeswehr getan, argumentierte Hoff. Verbessert worden sei unter anderem die Einsatzversorgung der Soldaten, die Versorgung der Hinterbliebenen von Gefallenen, die Behandlung Traumatisierter, die Ausrüstung, der Schutz und die Betreuungskommunikation der Soldaten in den Auslandseinsätzen.

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff wies die Kritik zurück, die Reform sei sicherheitspolitisch nicht begründet. Minister de Maizière habe die folgerichtigen Entscheidungen aus den Herausforderungen der Zukunft getroffen. Schockenhoff sprach sich zwar dafür aus, die militärische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zu vertiefen. Zugleich verteidigte er aber die Entscheidung, die Bundeswehr mit einem weiterhin breiten Fähigkeitspektrum auszustatten. Konzepte wie „Pooling and Sharing“, das heißt einzelne Nationen konzentrieren sich auf spezielle Fähigkeiten und stellen diese zur Verfügung, führten zu neuen Abhängigkeiten zwischen den Verbündeten. Alexander Weinlein ||

»Eine solche Interventions-truppe brauchen und wollen wir nicht.«
Paul Schäfer (Linke)

Der Zwischenbericht der Regierung zur Bundeswehrreform unter: www.bmvg.de

Die Geschichte einer Dauerdiät

STREITKRÄFTE Seit Anfang der 1990er Jahre wird die Bundeswehr verkleinert, umstrukturiert und reformiert

Annähernd eine halbe Million Soldaten hat die Bundesrepublik Deutschland am Vorabend der Deutschen Einheit unter Waffen stehen. Eine riesige Landstreitmacht, konzipiert und ausgerüstet für einen Krieg mit den Warschauer Pakt. Am 3. Oktober 1990 wechselte mit der Wiedervereinigung weitere rund 90.000 Soldaten der Nationalen Volksarmee der DDR unter das Kommando der westdeutschen Bundeswehr. Seit diesem Tag steht die Bundeswehr in einem Prozess der Dauerreform. Gemäß des „Zwei-Plus-Vier-Vertrages“ muss Deutschland gewaltig abrüsten: auf mindestens 370.000 Soldaten. Gemäß eines Beschlusses der Bundesregierung im Sommer 1994 werden es dann sogar nur 335.000.

Mit den 1990er Jahren kommen neue Aufgaben und Belastungen auf die Truppe zu. Verstärkt engagiert sich Deutschland jetzt in internationalen Militäreinsätzen. Schnell wird klar, dass die Bundeswehr darauf nur unzureichend vorbereitet ist. Es mangelt an den passenden Strukturen, Ausbildung und Ausrüstung.

Im Sommer 2000 muss die Armee unter Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) weiter abspecken: auf 285.000 Soldaten.



Nur noch 40 statt 80 „Tiger“-Kampfhubschrauber soll die Bundeswehr erhalten.

Wieder werden Standorte geschlossen, neue Strukturen geschaffen. Zudem dürfen jetzt auch Frauen Dienst an der Waffe leisten. Die Integration der weiblichen Soldaten stellt die Truppe vor neue Herausforderungen, die bis heute nicht alle gelöst werden konnten: Kinderbetreuung und Familienfreundlichkeit heißen die Schlagworte. Rund 19.000 Frauen dienen inzwischen in der Bundeswehr.

Diese Reformen sind noch nicht abgeschlossen, da verkleinert Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) die Bundeswehr ab 2003 noch einmal um 35.000 Soldaten. Und wieder stehen Standortschließungen und die Auflösung von Einheiten an. Immer öfter wird jetzt auch lautstark über ein Ende der Allgemeinen Wehrpflicht diskutiert. Im Jahr 2010 ist es dann so weit. Unter Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) wird die Wehrpflicht ausgesetzt. Die Bundeswehr wird zur reinen Freiwilligenarmee. Und sie soll noch einmal kleiner werden – der Spatzwang fordert angesichts der Staatsverschuldung seinen Tribut. Die Reform, die jetzt von Thomas de Maizière (CDU) vollendet werden muss, sieht eine Größe von 185.000 Soldaten vor, darunter sind 12.500 Freiwillig Wehrdienstleistende. Bis zu 10.000 Soldaten sollen zukünftig gleichzeitig in mehreren Auslandseinsätzen eingesetzt werden können. Abspecken muss die Truppe auch bei den großen Waffensystemen. Vor allem bei Kampf- und Schützenpanzern sowie Panzerhaubitzen, Hubschraubern und Transportflugzeugen. Gleichzeitig muss die Bundeswehr attraktiver werden, um angesichts schwacher Geburtenjahrgänge und allgemeinen Facharbeitermangels genügend qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. aw ||

EDITORIAL

Reform mit Bedacht

VON JÖRG BIALLAS

Die Bundeswehr speckt ab. Nach dem Diätplan wird die Zahl der Soldaten von einst 250.000 auf 185.000 sinken. Bis 2015 sollen so mehr als acht Milliarden Euro eingespart werden. Ein ambitioniertes Ziel.

Die Bundeswehr ist gefragt. Im Kosovo, am Horn von Afrika, in Afghanistan nimmt Deutschland seine internationale Verantwortung zur Friedenssicherung in Krisengebieten engagiert wahr. Dennoch fordern die militärisch Verbündeten immer wieder mehr Einsatz. Die Bundeswehr ändert ihre Struktur. Der freiwillige Dienst hat die Wehrpflicht abgelöst. Noch gibt es keine Nachwuchssorgen, weil bisher genügend junge Menschen die Armee als erste Station des Berufslebens attraktiv finden. Ob das so bleibt, ist abzuwarten. Sparen, Auslandseinsätze, ungewisse Personalsituation: Das sind die Eckpfeiler des Spannungsfeldes, in dem sich die Zukunft der Bundeswehr entscheiden wird. Diese politisch zu gestalten, ist gewiss keine leichte Aufgabe. Das hat auch die Bundestagsdebatte in der vergangenen Woche gezeigt.

Gerade in ihren Auslandseinsätzen hat die Bundeswehr immer wieder bewiesen, dass sie in der Lage ist, schwierige und gefährliche Aufträge auszuführen. Selbstverständlich muss jeder einzelne dieser Einsätze vom Bundestag sorgfältig abgewogen werden, bevor der Marschbefehl erteilt wird. Ist dies jedoch geschehen, verdient die Bundeswehr von der gesamten Bevölkerung uneingeschränkte Solidarität. Diesen Rückhalt aus der Heimat vermissen die Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan und anderswo mitunter. Das ist beschämend, undankbar, ja zynisch. Ob unsere Sicherheit tatsächlich „auch am Hindukusch verteidigt“ wird, wie der jüngst verstorbene SPD-Politiker Peter Struck seinerzeit als Verteidigungsminister in einer Regierungserklärung formulierte, mag diskutiert werden. Indiskutabel ist freilich, wenn Männer und Frauen, die im Auftrag ihres Landes das Leben riskieren, keine Wertschätzung erfahren.

Die militärischen Herausforderungen werden in den kommenden Jahren weltweit eher zu- als abnehmen. Mit der Erkenntnis, dass sich Deutschland nur mit einer gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Bundeswehr seinen internationalen Verpflichtungen stellen kann, wächst die Verantwortung für einen bedächtig Truppenumbau.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

IST DIE BUNDESWEHR-REFORM ZU AMBITIONIERT?

Alles auf einmal

PRO



Thomas Wiegold
Freier Journalist

Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière hat die laufende Reform der Bundeswehr als „Schlussstrich unter den Kalten Krieg“ bezeichnet. Nun ist dieser Kalte Krieg zwar schon seit 20 Jahren beendet, aber der Minister hat in einem Punkt natürlich Recht: Eine echte Konsequenz aus dem Wegfall der Blockkonfrontation hat die Bundeswehr seit langem versucht, aber nie richtig geschafft. Allein die Bestellung von teurem Gerät, zum Beispiel einem Kampfhubschrauber, der ursprünglich zur Abwehr sowjetischer Panzerverbände geplant wurde, blockiert im Verteidigungshaushalt große Summen, die für eine wirkliche Reform fehlen. Doch unter dem Druck, jetzt den großen Wurf zu schaffen, hat de Maizière so ziemlich alles auf einmal in Angriff genommen, teilweise auch nehmen müssen: Keine Wehrpflichtigen mehr, eine deutlich kleinere Truppe, deshalb auch viele geschlossene oder drastisch verkleinerte Standorte, eine interne Umorganisation auf allen Ebenen und dann noch Verhandlungen mit der Industrie, aus alten Bestellungen – zumindest ansatzweise – rauszukommen. Dieses Mammutprogramm kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter mitziehen. Und die fühlen sich in den vergangenen Monaten überrollt. Wenn die Bundeswehr eine Pendlerarmee mit zunehmender Tendenz ist, wenn Soldaten zwei Jahre nach Reformbeginn nicht wissen, wo künftig ihr Arbeitsplatz ist, wenn Aussteiger-Prämien mitgenommen werden, wo es nur geht, stimmt im Gefüge des „Humankapitals“ etwas nicht. Das haben die Soldaten und ihre Verbände dem Minister schon oft versucht mitzuteilen. Der spricht von einem „harten, aber unvermeidlichen Zwischenstadium“. Das sollte er möglichst bald beenden – und bei seinem wichtigsten Kapital, der Truppe, für Klarheit sorgen.

Minister ohne Zweifel

CONTRA



Holger Möhle
»General-Anzeiger«, Bonn

Wer Zweifel hatte, wie entschlossen Thomas de Maizière die Neuausrichtung der Bundeswehrreform angehen würde, lernte schnell: Der Verteidigungsminister hat keine Zweifel. Im Mai 2011, zwei Monate nachdem er von dem über seine kopierte Doktorarbeit gefallenen Polit-Aufsteiger Karl-Theodor zu Guttenberg das Amt und damit auch die Reform der Bundeswehr übernommen hatte, hielt de Maizière in der Berliner Julius-Leber-Kaserne eine sehr bemerkenswerte Rede. Er beklagte unklare Führungsstrukturen, ineffiziente Parallelstrukturen und überhaupt: „zu viel Aufsicht für zu wenig Arbeit“. Für die strategische Neuaufstellung gab er eine unmissverständliche Losung aus: „Wer sich einbringen und mitgestalten kann, wird schnell seinen Platz finden und seinen Auftrag leben. Wer dies nicht kann, hat keinen Platz.“ Generäle und Spitzenbeamte hielten den Atem an. Die Bundeswehr ist längst eine Armee im Einsatz. Auf drei Kontinenten stehen aktuell etwa 6.350 deutsche Soldatinnen und Soldaten im Auftrag und mit Mandat der Nato, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen in Friedens-, Krisen- und Kampfeinsätzen. Zuletzt hat der Bundestag der Parlamentsarmee Bundeswehr den Marschbefehl nach Mali gegeben. Und auch der Mali-Einsatz wird – siehe Afghanistan – länger dauern als angenommen. Das souveräne Deutschland kann sich längst nicht mehr wegdrücken oder sich von militärischer Verantwortung freikaufen, erst recht, wenn es weiterhin einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat anstrebt. Einsätze sind nicht beliebt. Sie kosten Geld und leider auch Menschenleben. De Maizière handelt nur konsequent. Diese Reform muss die Bundeswehr bestmöglich aufstellen: schneller, kleiner, flexibler.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 3
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Kleiner, effizienter und billiger - so soll die Bundeswehr nach der Reform aussehen. Eigentlich kann die Opposition mit der Regierung doch zufrieden sein. Oder? Wenn es nur um die Ziele der Reform ginge, dann wären wir mit der Regierung in vielen Punkten einer Meinung. Aber wir beurteilen die Reform nach dem Erreichten: die Streitkräfte bleiben auch in Zukunft teurer als versprochen, es gibt in vielen Bereichen kaum Anzeichen für eine Effizienzsteigerung und die anvisierte Truppenstärke wird sich nicht halten lassen.

Derzeit dienen noch rund 190.000 Soldaten in der Bundeswehr. Das anvisierte Ziel von 185.000 ist rein numerisch fast schon erreicht...

Das ist richtig. Aber selbst aus dem Verteidigungsministerium hört man, dass eine Bundeswehr mit 185.000 Soldaten so nicht zu finanzieren ist. Deshalb wird der nächste Reformschritt kommen. Und dies vergrößert noch einmal die bereits große Verunsicherung, die die Reform bei den Soldaten ausgelöst hat.

Sie rechnen damit, dass die Regierung die Truppenstärke nach unten korrigiert? Ja, das wird sie tun müssen, zumal Schwarz-Gelb das Geld im Wehretat nicht zusammenhalten konnte.

An welchen Stellen sehen Sie denn Einsparpotenziale bei der Bundeswehr?

Die Bundesregierung hatte vor drei Jahren – übrigens auch mit der Stimme des damaligen Innenministers de Maizière – beschlossen, in vier Jahren 8,3 Milliarden Euro im Verteidigungset einzusparen. Dann hieß es, dies sei erst in fünf Jahren zu realisieren. Inzwischen steigt der Verteidigungshaushalt Jahr für Jahr und es wurden zudem weitere Ausgaben in anderen Haushalten versteckt. Die zentralen Stellschrauben für Einsparungen sind die Beschaffungsprojekte. Noch immer sind die Beschaffungen mehr von einer industriefreundlichen Politik geprägt als von der Frage, was die Bundeswehr in den Einsätzen benötigt. Das aktuelle „Euro Hawk“-Desaster ist ein Beispiel dafür. Außerdem hat Minister de Maizière über zwei Jahre mit der Industrie über die Stückzahlen der neuen Hubschrauber Tiger und NH-90 verhandelt. Jetzt werden zwar weniger Hubschrauber angeschafft, aber die Ersparnis ist minimal. Diese Beschaffungsphilosophie muss geändert werden.

Umstritten ist auch die von de Maizière angestrebte Beschaffung von Kampfdrohnen. Warum lehnt ihre Fraktion das so entschieden ab?

Weil unbemannte bewaffnete Systeme die Kriegsführung dramatisch verändern. Es ist falsch, wenn der Minister behauptet, Waffen seien „ethisch neutral“. Das sehen wir beim Einsatz von Cluster- und Streubomben, denen unbeteiligte Zivilisten zum Opfer fallen. Wir wissen zudem von den Amerikanern, dass Soldaten, die Kampfdrohnen per Fernsteuerung lenken, deutlich öfter unter Posttraumatischen Belastungsstörungen leiden als die Piloten von Kampfflugzeugen. Deswegen verstehe ich auch nicht unbedingt, warum der Minister den Schutz der Soldaten als Argument für Drohnen anführt. In der Drohnen-Diskussion zeigt sich, dass Handeln und Reden bei de Maizière nicht zusammenpassen. Einerseits stößt er eine Debatte über das Thema an und möchte über eine Beschaffung vor der Bundestagswahl nicht mehr entscheiden. Gleichzeitig läuft aber eine konkrete Kaufanfrage an die USA.

Bis zu 10.000 Soldaten sollen zukünftig in mehrere Einsätze entsendet werden können. Dabei ist die Truppe mit rund 6.500 Soldaten in den laufenden Einsätzen bereits an der Belastungsgrenze. Ist dieses Ziel überhaupt realistisch?

»Nächste Reform kommt«

OMID NOURIPOUR Der Wehrexperte der Grünen-Fraktion sieht die Bundeswehr immer noch zu teuer aufgestellt. Er fordert eine andere Beschaffungsphilosophie



Das Ziel ist dann nicht realistisch, wenn man den derzeitigen Schlüssel 1:32 anlegt, das heißt, dass jeder Soldat im Einsatz von 32 in der Heimat unterstützt wird. Das ist weder modern, noch finanzierbar. Aber die eigentliche Frage lautet, für welche Art von Einsätzen diese Soldaten eigentlich vorgesehen sind. Darauf gibt es bislang keine Antwort von der Regierung. Wir müssen klären, in welchen Einsätzen wir uns engagieren wollen und welche für uns nicht in Frage kommen. Eine solche Aufgabenbeschreibung hätte am Anfang der Reform stehen

müssen. Minister der Maizière hat zwar eine öffentliche Debatte über die Rolle Deutschlands in der Welt des 21. Jahrhunderts angemahnt, aber wenn es ernst wird, dann knieft er. Auch aus dem Wahlkampf will er das Thema heraushalten.

In welcher Art von Einsätzen soll sich Deutschland denn nach Meinung der Grünen engagieren?

Unsere Partei hat über diese Frage eine lange und mitunter auch schmerzhafte Debatte geführt. Wir halten die Anwendung mili-

tärischer Gewalt zwar prinzipiell für ein Übel, haben aber auch lernen müssen, dass sie in bestimmten Fällen zumindest ein größeres Übel verhindern kann. Bevor man sich für einen Einsatz entscheidet, müssen zunächst alle politischen und diplomatischen Mittel ausgeschöpft werden. Eine Erfahrung aus den vergangenen Einsätzen ist, dass man die Konflikte nicht militärisch lösen kann. Militärisch lässt sich nur ein Zeitfenster schaffen, das dann von der Politik, der Diplomatie und der Aufbau- und Entwicklungshilfe genutzt werden muss, um zivile und friedliche Strukturen zu schaffen. Bei den Grünen gibt es breiten Konsens darüber, dass in Fällen von gravierenden Menschenrechtsverletzungen oder Genoziden eine moralische Verpflichtung existiert, als letztes Mittel im Rahmen der Vereinten Nationen auch militärisch einzugreifen. Allerdings muss auch in diesen Fällen vorher immer die Machbarkeitsfrage geklärt werden.

Die Bundeswehr hat nach zwei Jahren wieder einen toten Soldaten in Afghanistan zu beklagen. Die Sicherheitslage ist noch immer schlecht. Kommt der Abzug der ISAF-Truppen bis Ende 2014 doch zu früh?

Man kann über den Zeitpunkt des Abzuges sicherlich streiten. Aber in dem Augenblick, in dem die Amerikaner die Leitplanken für den Abzug so klar vorgegeben haben, erfolgt der Abzug der Bundeswehr zwangsläufig. Der tragische Tod des Soldaten mahnt: Der Abzug wird das schwierigste und gefährlichste, was die Bundeswehr je zu leisten hatte.

De Maizière will nach dem ISAF-Abzug 600 bis 800 deutsche Soldaten in Afghanistan belassen. Ist die Lage nicht zu gefährlich für ein so kleines Kontingent?

Natürlich müssten diese Kräfte über den notwendigen Eigenschutz verfügen. Wenn sich die Bundeswehr auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte auf dem Kasernenhof beschränkt, ist dies sicherlich zu gewährleisten. Die entscheidende Frage ist aber nicht, wie viele Soldaten dort verbleiben, sondern wie sich der zivile Aufbau entwickeln soll. Was will das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit überhaupt erreichen in Afghanistan? Wie sieht das deutsche Engagement nach dem Abzug aus? Dies ist bislang völlig rätselhaft. Wenn das deutsche Engagement nach dem Abzug anders aussehen soll als bislang, dann müssen jetzt die Weichen dafür gestellt und auch die völkerrechtliche Grundlage geschaffen werden. Wir sind in Afghanistan doch nicht deswegen gescheitert, weil wir zu wenige Soldaten entsendet hätten. Wir sind daran gescheitert, dass wir zu wenig für den zivilen Aufbau getan haben.

Sie sehen den Einsatz in Afghanistan als gescheitert an?

Am Anfang des Einsatzes hieß es einmal, die Taliban könnten die westlichen ISAF-Truppen militärisch nicht besiegen, sondern nur die Geduld der westlichen Öffentlichkeit. Und genau das ist geschehen. Wenn man bedenkt, was wir in Afghanistan hätten erreichen können und wie dies durch die Unkoordiniertheit und auch Unfähigkeit verschiedenster Akteure zunichte gemacht wurde, dann komme ich unter dem Strich zu einem deprimierenden Resümee. Das Interview führte Alexander Weinlein.

Omid Nouripour rückte 2006 für Joschka Fischer in den Bundestag nach. Er ist verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Die Kümmerin: Elke Hoff



»Die Stärke eines Landes und einer Demokratie hat nichts damit zu tun, viele Soldaten ins Ausland zu schicken.«

werden, aber hier müsse sich der öffentliche Dienst generell etwas einfallen lassen, sagt die 55-Jährige.

Elke Hoff kam 2005 über die Landesliste Rheinland-Pfalz in den Bundestag. Zuvor hatte die ausgebildete Kaufruffrau für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft leitende Positionen in der Kreisverwaltung Neuwied und in der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord in Koblenz inne. Im Bundestag gehört Hoff seit ihrem Einzug dem Verteidigungsausschuss an, wo sie sich rasch einen Namen als Expertin in vielen Fragen machte. Unermüdlich setzte sich die Liberale für eine bessere Versorgung körperlich und seelisch verwundeter Soldaten bei

Auslandseinsätzen ein. Im Oktober 2011 hatte ihr Engagement und das anderer Kollegen mit der Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes Erfolg. „Das war eines meiner positivsten Erlebnisse“, sagt sie. Zu den düstersten Momenten gehörten stets die Nachrichten über gefallene Soldaten. Die Liberale strebte immer die direkte Information an und machte sich einen Namen durch regelmäßige Truppenbesuche im Ausland und zu vielen Krisenherden dieser Welt.

2010 wurde die temperamentvolle Hoff als Nachfolgerin für den auscheidenden Wehrbeauftragten Reinhold Robbe gehandelt. Die FDP hatte laut Koalitionsvertrag Zugriff auf dieses Amt. Doch Hoff lehnte das Angebot von Parteichef Guido Westerwelle ab. „Ich kam zum Schluss, dass ich als sicherheitspolitische Fraktionssprecherin mehr für die Soldaten erreichen kann als als Wehrbeauftragte.“ So bekam ihr Fraktionskollege Hellmut Königshaus die Aufgabe.

Im Herbst scheidet Elke Hoff nach acht Jahren aus dem Bundestag aus – aus freien Stücken. Vergangene Woche hielt sie ihre letzte Rede im Plenum („Ich melde mich ab“). „Ich wollte nie meinen Lebensabend im Parlament verbringen“, sagt die Abgeordnete, die in ihrem Leben stets neue Akzente setzte. „Ich bin froh, den Zeitpunkt selbst zu bestimmen, wann ich aufhöre“, sagt Elke Hoff. Sie hat nur wenig Verständnis für Kollegen, die aus der Tretmühle Politik nicht mehr herausfinden. Die Mutter dreier Kinder freut sich, demnächst im Wohnort Lohmar mit ihrem Mann, der ein mittelständisches Unternehmen führt, „das Leben neu gestalten zu können“. Elke Hoff wird dann auch mehr Zeit für ihre Hobbys haben – Bücher lesen und vor allem mit ihrem Boot in der Nordsee segeln.

Hans Krump

DasParlament

Herausgeber **Deutscher Bundestag**
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage **Aus Politik und Zeitgeschichte**
ISSN 0479-611 X (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)

Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
17. Mai 2013

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhseisenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen- / Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de

Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: kortmann@fs-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unerwünschte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Vor zwölf Jahren begann der Isaf-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Die Truppe ist im Norden des Landes stationiert und soll bis Ende 2014 abziehen.

Generation Afghanistan

BUNDESWEHR Nichts hat die Neuausrichtung der Truppe so geprägt wie der Isaf-Einsatz. Ein Besuch vor Ort in Kundus

Christian Schlotterhose und Andreas Heine starben beim Verladen alter Munition aus afghanischen Beständen. Das war im Juni 2005, zu einer Zeit als Kundus für die deutsche Öffentlichkeit noch ein unbekannter Ort war. Ihre Namen finden sich in Kundus nicht nur am Ehrenmal für die hier zu Tod gekommenen deutschen Soldaten. Es gibt auch ein „Oberfeldwebel Schlotterhose Haus“ und ein „Hauptfeldwebel Heine Haus“. Gemeinsam bilden sie das Stabsgebäude, mit den Büros und dem militärischen Lagezentrum. Eingesetzt waren die beiden Unteroffiziere im Rahmen der „Entwaffnung und Demobilisierung“. Durch die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ sollte, so heißt es in einem Glasrahmen neben dem Eingang, „die Reintegration ehemaliger Kämpfer in die afghanische Gesellschaft unterstützt und gefördert werden“.

Geänderter Auftrag Heute wird in den nach Schlotterhose und Heine benannten Gebäuden in Kundus das Gegenteil von dem organisiert, was den beiden Unteroffizieren das Leben kostete. Statt bei der Abrüstung zu helfen, ist heute das vorgegebene Ziel der Bundeswehr, die Afghanen beim Aufbau einer Armee zu unterstützen. Statt um Demobilisierung geht es heute um die Mobilisierung militärischer Kräfte. Statt um die Reintegration ehemaliger Kämpfer, geht es heute um die Ausbildung zu Kämpfern. Mit dem Aufbau der afghanischen Armee, so der Gedanke, soll nach dem offiziellen Ende des Nato-geführten Isaf-Einsatzes im Dezember 2014 eine starke Zentralregierung in der Lage sein, das Land militärisch zu kontrollieren.

Seitdem zwei Tage vor dem Heiligabend des Jahres 2001 der Bundestag erstmals die deutsche Beteiligung deutscher Soldaten an der „Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe“ genehmigte, hat sich der Einsatz der Bundeswehr mehrfach fundamental verändert. Was mit 1.200 Soldaten und einem eng begrenzten Auftrag in Kabul begann, wurde bald zu einem regelrechten Kampfeinsatz mit zeitweise 4.900 Soldaten im Norden Afghanistans. Dem einzelnen Beteiligten fällt dies kaum auf. Viele der Soldaten, die am Anfang des Einsatzes dabei waren, dienen längst nicht mehr in der Bundeswehr. Und viele der in Kundus für vier oder sechs Monate eingesetzten Soldaten gingen noch in die Grundschule, als die Isaf-Mission begann. Fragt man sie nach ihrer Erinnerung an den 11. September 2001, müssen sie passen. Für die Generation Afghanistan ist die neu ausgerichtete Bundeswehr eine Selbstverständlichkeit. Verändert hat sich aber nicht nur das Einsatzland Afghanistan und die Region Kundus, in die die Bundeswehr 2003 vor allem deshalb geschickt wurde, weil die Region als relativ ruhig galt. Verändert hat sich vor allem die Bundeswehr selbst. In Afghanistan hat die Neuausrichtung längst stattgefunden. „20 Jahre Feldpost im Auslandseinsatz 1992 – 2012“. Ein gelbes Transparenzkontainer. Der Innenraum hat den Charme eines Postalters aus den 1980er Jahren, als die Deutsche Post noch Deutsche Bundes-

post hieß – und die Bundeswehr sich noch auf den Ansturm sowjetischer Panzertruppen durch das „Fulda Gap“ vorbereitete. Die Briefmarken kauft man bei einem Mitarbeiter der Deutschen Post, der als Reservist für ein paar Monate den hellbeigen Flecknam trägt. Am Ende des Resopaltrens liegen Stapel mit kostenlosen Postkarten für die Grüße in die Heimat. Eine Karte zeigt eine Fahrzeugkolonne aus offenen, ungepanzerten Geländewagen mit wehender Deutschlandfahne an der Funkantenne. Die Aufnahme ist erst wenige Jahre alt. Und doch scheint sie aus einer längst vergangenen Zeit zu stammen. Die damals genutzten, ungeschützten Mercedes-Geländewagen verstauben heute irgendwo im Camp. Auch in offensichtlich ungefählichen Gegenden bewegen sich die deutschen Soldaten im Frühjahr 2013 nur mit Schutzweste, Helm, Gehörschutz, Schutzbrille in gepanzerten Fahrzeugen. Wenn möglich sucht eine Aufklärungsdrohne zuvor die Strecke nach verdächtigen Bewegungen oder Veränderungen im Straßenbelag ab. Bei riskanter erscheinenden Einsätzen sind Hubschrauber in der Nähe oder halten sich Kampffl-

bereit. Die Neuausrichtung der Bundeswehr, hier in Kundus kann man sie an der Gewichtsmasse der Fahrzeuge festmachen. Selbst wenn es nur gilt, zwei oder drei Verbindungsoffiziere zu einem Termin in ein nahe gelegenes Dorf oder afghanisches Ar-

AUSLANDSEINSAETZE

In Deutschland heißt die Armee Bundeswehr. Die Bundeswehr soll unser Land in einem Krieg gegen Angreifer verteidigen. Das ist ihre Hauptaufgabe. Manchmal werden die Soldaten aber auch ins Ausland geschickt. Das nennt man dann Auslandseinsatz. So ein Auslandseinsatz ist gerade in Afghanistan. Die Bundeswehr soll dort mithelfen, dass die Menschen wieder in Frieden und Sicherheit leben können. Dazu muss die gewählte Regierung vor Aufständigen mit Waffen geschützt werden. Dieser Einsatz ist für die Soldaten gefährlich. Notfalls müssen sie nämlich auch kämpfen und dabei schießen. Dabei sind auch schon Soldaten gestorben.

meelager zu bringen, rollt meist eine Fahrzeugkolonne mit einem Gesamtgewicht von gut hundert Tonnen aus dem Lager. Die Ausfahrt aus dem abgeschotteten Camp in Kundus führt über hohe Bodenschwellen und durch eine enge Gasse – gebaut aus hoch aufgestapelten, mit Schotter gefüllten

Gitterkörben. Fast verdeckt durch die hohen Splitterschutzwände und Barrieren ist noch das Schild „Provincial Reconstruction Team“ erkennbar. Es zeugt von den heute naiv anmutenden Anfängen des Camps. Das „Wiederaufbauteam“, so hieß es bei der Gründung vor zehn Jahren, sollte eine Basis für zivile Entwicklungsprojekte bilden, geschützt durch Soldaten. Im Jahr 2013 ist davon nur das Kürzel PRT geblieben, deren ursprüngliche Bedeutung die meisten der hier stationierten Soldaten nicht kennen. Das Camp bei Kundus ist zu einer kleinen Stadt geworden – mit festen Gebäuden und Straßen, Geschäften, einer privaten Pizzeria und einem eigenen Kraftwerk zur Stromversorgung. Wer an der inneren Begrenzungsmauer des Lagers entlangjoggt, kommt pro Runde auf fünf Kilometer. Mehr als tausend Soldaten leben hier, neben Deutschen vor allem Niederländer und Belgier. Zur Sicherung schwebt hoch über dem Lager ein von der US-Rüstungsfirma Lockheed Martin betriebener Zeppelin mit sensiblen Sensoren. Die Bundeswehr hat sich hier fest eingerichtet. Sie könnte wohl gut ein weiteres Jahrzehnt in Kundus durchhalten.

Im Krieg Mit einem Konvoi aus gepanzerten Fahrzeugen geht es auf eine Straße südlich von Kundus. Nach zwanzig Minuten biegt die Kolonne nach rechts ab. Auf kleinen Straßen geht es weiter, an den saftigen Feldern des Kundus-Flusses entlang bis hin zu einer Brücke, der man ansieht,

dass sie noch nicht lange genutzt wird. Die Brücke ist ein deutsches Projekt. An dieser Stelle steckten im September 2009 zwei von Aufständischen entführte Tanklastwagen auf einer Sandbank fest, die versucht hatten, durch den Fluss zu fahren. Der deutsche Oberst Georg Klein ließ die Tanklastwagen aus Angst vor einem Anschlag von US-Kampfflugzeugen bombardieren. Mehr als hundert Afghanen, die zum Teil aus den umliegenden Dörfern angelaufen waren, kamen ums Leben. Die Straße führt weiter in den Norden, vorbei an dem Dorf Isa Kehl. Hier starben am Karfreitag 2010 drei deutsche Soldaten. Nachdem sie aus Geföhnten beschlossen worden waren und sich stundenlang Gefechte geliefert hatten, fuhr ein Bundeswehr-Fahrzeug auf eine ferngezündete selbstgebaute Sprengfalle. Auch zuvor hatte es schon Tote unter den Soldaten gegeben. Neu war, dass ihre Gegner sich nun offenbar so stark fühlten, dass sie den offenen Kampf suchten. Deutsche Soldaten in tödlichen Gefechten, ein von einem deutschen Offizier beordertes Luftangriff: Die Öffentlichkeit war ihrer Illusionen vom freundlichen Hilfeseinsatz in Afghanistan beraubt. Und im politischen Berlin passte man mit Begriffen wie „kriegsähnliche Verhältnisse“ die Sprache der Lage an. Die Bundeswehr war endgültig im Krieg angekommen und zu einer kämpfenden Truppe geworden. Weiter kann die Neuausrichtung nicht gehen.

Große Gefechte wie vor drei Jahren gibt es bei Kundus nicht mehr. Doch auch heute bewegt sich kein Soldat außerhalb des Camps, ohne dass ein Konvoi aus sieben oder acht gepanzerten und schwer bewaffneten Fahrzeugen vom Typ „Dingo“, „Fuchs“ oder „Eagle“ ausrückt. Denn Sprengfallen werden weiterhin verlegt. Und schon eine akute Warnung vor einem Selbstmordanschlag schränkt die Bewegungsfreiheit der Truppe ein.

Abzug Nach zehn Jahren will die Bundeswehr in diesem Jahr Kundus verlassen. Hunderte Container und Fahrzeuge werden auf die noch größere Basis in Masar-i-Scharif gebracht, von dort aus über die Türkei nach Deutschland transportiert. Die ersten Konvois sind schon quer durch den Norden Afghanistans unterwegs. Im Oktober soll das Camp geräumt sein. Auch das Mahmal für die gestorbenen Soldaten wird dann abgebaut und in Einzelteilen nach Deutschland geflogen. *Eric Chauvistré*

Der Autor arbeitet als freier Journalist und Militärexperte. Im Februar besuchte er die Bundeswehr im Norden Afghanistans.



Die Augen richten sich auf Deutschland

NATO Europa wird im Militärbündnis viel stärker gefordert sein als bisher – und damit auch Berlin

Der 17. März 2011 wird das Bild Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft noch eine lange Zeit prägen. In New York hatten sich an jenem Tag die Vertreter der Vereinten Nationen versammelt, für Berlin war Außenminister Guido Westerwelle (FDP) angereist. Als die UN-Resolution 1973 zur Abstimmung stand, entschied sich die Bundesregierung zur Enthaltung. Berlin stimmte nicht mit seinen traditionellen Verbündeten in EU und NATO für einen Einsatz in Libyen. „Dieses Desaster hängt uns noch immer in den Kleidern“, sagt eine hohe Vertreterin der Allianz in Brüssel. Neben der anfänglichen Enttäuschung sei es vor allem der Eindruck einer gewissen Unberechenbarkeit, der sich bei den Partnern festgesetzt habe.

Vorbehalte Auch das deutsche Verhalten zum Konflikt in Mali half diesen Eindruck kaum zu ändern. „Die Deutschen drücken sich“, befanden französische Kommentatoren. Berlin habe stets „Vorbehalte“, wenn ein militärischer Konflikt zu Entscheidungen zwingt. Dabei steckt Europa nicht nur wirtschaftlich und politisch im Umbruch, sondern auch in Hinsicht auf seine eigene Sicherheit. So wie der Euro ohne klares Bekenntnis zu einer vertieften Währungsunion keine Chance hätte, braucht auch die sicherheitspolitische Ausrichtung angesichts überall in Europas Nachbarschaft auflodernder komplexer Konflikte eine Neuorientierung.

Deutschland als mächtiges Mitglied im Club müsse Führung übernehmen, meinen die Partner. Doch während Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) dazu in der Euro-Krise bereit ist und die deutsche Forderung nach Sanierung der Staatsfinanzen bisher weitgehend durchsetzen konnte, ist auf militärischem Gebiet kein Führungsanspruch zu erkennen.

Für die deutschen Vertreter im Nato-Hauptquartier ist die Diskrepanz zwischen internationalem Image und den einhergehenden Erwartungen auf der einen Seite und Berlins tatsächlichen Eintreten auf der anderen ein täglicher, oft frustrierender Balanceakt. Um nach Libyen und Mali – wo die Bundeswehr im Rahmen der EU-Mission jetzt mit 80 Ausbildern im Einsatz ist – weiteren Flurschaden zu verhindern, setzte Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) jüngst mit der Zusage ein deutliches Zeichen an die Alliierten, im Norden Afghanistans über 2014 hinaus weiter die Führungsrolle zu behalten und 800 Soldaten als Ausbilder für die lokalen Sicherheitskräfte zur Verfügung zu stellen. In Berlin und Brüssel wird seit geraumer Zeit aber auch generell diskutiert, wie Deutschland bei militärischen Anforderungen künftig flexibler reagieren kann. Im vergangenen Sommer legten die CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Schockenhoff und Roderich Kiesewetter dazu ein Papier zur Reform des Parlamentvorbehalts vor, der zufolge die

Regierung ein viel stärkeres Einsatzrecht bekommen. Nur so könne Deutschland und damit die EU der sicherheitspolitischen Rolle gerecht werden, die sie in der Welt spielen müssten. Dahinter steckt auch die Überlegung, dass nationale Vorbehalte kaum noch aufrecht erhalten werden können, wenn Europas Staaten militärische Fähigkeiten im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenlegen und unter gemeinsame Führung stellen.

Scharfe Kritik Die Nato-Partner in Brüssel, Ankara, London oder Paris sehen solche Gedanken als Hoffnungsschimmer, zumal die Bundeswehr etwa mit Tornados und Awacs über dringend benötigte Fähigkeiten verfügt. Für Washington ist es ein längst überfälliger Ansatz. Spätestens die scharfe Kritik des Ex-US-Verteidigungsministers Robert Gates vor zwei Jahren, die Nato sei „zweigeteilt“, Washington habe keine Lust mehr, für unwillige Verbündete in die Bresche zu springen, ist die Marschrichtung klar. In Zeiten knapper Kassen muss das Gewicht neu verteilt werden. Und da richten sich automatisch wieder alle Augen auf Deutschland. Klar ist aber ebenso, dass bis nach der Bundestagswahl im Herbst aus Berlin kein starkes sicherheitspolitisches Bekenntnis zu erwarten ist. *Stefanie Bolzen*

Die Autorin ist London-Korrespondentin der Tageszeitung „Die Welt“.

Anzeige

Demokratie in der Krise?



Macht und Ohnmacht der Parlamente
Herausgegeben von Heinrich Oberreuter
2013, 249 S., brosch., 34,- €
ISBN 978-3-8329-7294-3



Kostenlose Leseprobe

Der Band versammelt die Beiträge zum 10. Passauer Symposium zum Parlamentarismus, das die derzeitige Lage des Parlamentarismus sowie aktuelle und künftige Herausforderungen und Reaktionsmöglichkeiten thematisierte. Im Mittelpunkt steht dabei das Spannungsverhältnis zwischen Parlament und Mediendemokratie.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/14446



KURZ NOTIERT

Mehr Flexibilität für Schuldner und Gläubiger

Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag das Gesetz „zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“ (17/1268) angenommen. Das Gesetz ermögliche es Schuldner erstmals, ein solches Verfahren vorzeitig nach drei oder fünf Jahren zu beenden, „wenn sie innerhalb der genannten Zeiträume eine Mindestbefriedigungsquote erfüllen oder zumindest die Kosten des Verfahrens tragen“, schreibt die Regierung darin. Es führe damit ein Anreizsystem ein, „von dem sowohl Schuldner als auch Gläubiger profitieren können“. che ||

Einstimmig für die Rechte von Hausangestellten

Der Bundestag hat ein Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über menschenwürdige Arbeit von Hausangestellten ratifiziert. Dem dafür nötigen Gesetzentwurf (17/12951) stimmten alle Fraktionen am vergangenen Donnerstag zu. Das Übereinkommen sieht umfangreiche Regelungen zum Arbeitsschutz, zu Arbeitszeiten, zur sozialen Sicherheit und zur Kontrolle privater Arbeitsvermittler vor. Um diese Anforderungen zu erfüllen, seien Ergänzungen der innerstaatlichen gesetzlichen Vorschriften nicht nötig, schreibt die Regierung im Entwurf. che ||

Grünen scheitern mit „sozio-kultureller Existenzsicherung“

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Bundestag am 16. Mai einen Antrag (17/12389) von Bündnis 90/Die Grünen für „eine sozio-kulturelle Existenzsicherung ohne Lücken“ abgelehnt. Darin forderte die Fraktion, die Regelbedarfe nach dem SGB II und SGB XII für Erwachsene so auszugestalten, dass sie den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen und ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Die Regelbedarfsstufe 3 für behinderte Menschen über 25 Jahre in ihrer jetzigen Form sollte abgeschafft sowie existenzielle Leistungen an Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft stärker individualisiert werden. che ||

Linke für mehr Kontrollen bei Organspenden

Die Fraktion Die Linke fordert mehr Kontrolle der Transplantationszentren durch regelmäßige, unangekündigte Prüfungen. In einem entsprechenden Antrag (17/12225) vertritt sie die Ansicht, dass die Organzuweisung im Transplantationsgesetz (TPG) nicht befriedigend gelöst sei. Ferner gebe es seit Jahren Kritik an den am Prozess von Organspende und Transplantation beteiligten Institutionen. Mit den Vorkommissionen in verschiedenen deutschen Transplantationszentren sei das Vertrauen der Bevölkerung in die Akteure der Organspende weiter gesunken, schreibt die Fraktion. Der Antrag wurde an den Gesundheitsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. che ||

Neues Kostenrecht im Justizwesen

Mit zwei Gesetzen will die Bundesregierung das Justizkostenrecht reformieren und hat dazu die Zustimmung des Bundestages erhalten. Dieser nahm am vergangenen Donnerstag den Gesetzentwurf zur Modernisierung des Kostenrechts (17/11471 neu) und den Gesetzentwurf zur Stärkung des Erfolgsbezugs im Gerichtsverwaltungskostenrecht (17/5313) an. Die Kostenordnung (KostO) wird durch ein modernes Gerichts- und Notarkostengesetz (GnotKG) ersetzt. Und die Justizverwaltungs-kostenordnung (JKKostO) wird durch das Justizverwaltungskostengesetz (JKKostG) ersetzt. In Bezug auf die Gerichtsverwalter ist geplant, diese durch verstärkte Leistungsanreize zu motivieren, Zwangsvollstreckungsaufträge zeitnah und auf hohem Qualitätsniveau zu bearbeiten. che ||

Forschungsinstitut aus Speyer soll Terrorergesetze evaluieren

Das Deutsche Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (DFÖV) in Speyer soll unter Leitung von Professor Jan Ziekow die Gesetze zur Terrorismusbekämpfung evaluieren. Einem entsprechenden Vorschlag des Bundesinnenministeriums stimmte der Innenausschuss vergangene Woche einstimmig zu. Nach Artikel 9 des Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes vom 7. Dezember 2011 ist die Anwendung der durch dieses Gesetz sowie das Terrorismusbekämpfungsgesetz und das Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz geschaffenen Vorschriften von der Bundesregierung vor dem 10. Januar 2016 zu evaluieren. sto ||



Auch der NSU-Prozess in München ging vergangene Woche in die nächste Runde. Er steht jedoch erst am Beginn seiner Arbeit.

Reizwort »Garagenliste«

NSU-AUSSCHUSS Mit vernichtenden Urteilen über ein Totalversagen der Behörden zieht das Gremium eine erste Bilanz

Noch einmal präsentierte sich ein Wald von Kameras und Mikrofonen, Journalisten drängelten sich im Pulk. Im Gewusel vernahmten die Medienleute bei den letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses, der Fehlgriffe und Pannen bei den Ermittlungen zu der dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelasteten Mordserie erhellten soll, manch hartes Urteil.

Der Vorsitzende Sebastian Edathy (SPD) attackierte ein „beispielloses Versagen“ der Sicherheitsinstanzen, das „eines Rechtsstaats unwürdig war“. Grünen-Obmann Wolfgang Wieland sprach vom „Totalversagen“, die Sicherheitsarchitektur habe sich als „so tragfähig erwiesen wie eine Schuhfabrik in Kambocha“. Hartfrid Wolff (FDP) brandmarkte ein „Versagen des föderalen Sicherheitssystems“. In „viele Abgründe“ geblickt hat Linken-Obfrau Petra Pau. Clemens Binninger und Eva Högl hatten neben Kritik an den Behörden Lob für den Ausschuss parat. Man habe verdeutlicht, betonte der CDU-Politiker, „dass das Parlament die Exekutive kontrolliert“. Als „Kleinod“ würdigte die SPD-Sprecherin das Gremium wegen der parteiübergreifenden Kooperation.

Streit um Spitzel Eigentlich ging es vergangene Woche um die Rolle des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) bei den Ermittlungen zum NSU und um Konsequenzen aus den meist bitteren Erkenntnissen des Gremiums. Doch interessierten vor allem die ersten Bilanzen der Abgeordneten. Edathy und die Obleute zeigten einige der zahlreichen Problemfelder bei der erfolglosen Suche nach Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe auf, mit denen sich der für Ende August geplante Abschlussbericht näher befassen wird. Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen den 36 Sicherheitsbehörden bei Bund und Ländern seien mangelhaft gewesen, klagte der Vorsitzende, das Gewaltpotential in der rechtsextremen Szene sei

schätzungsweise unterschätzt worden. Auch habe man die Ermittlungen „mit Scheuklappen“ geführt. Aus Sicht von Petra Pau haben die Geheimdienste ein „Eigenleben“ entwickelt und Informationen, die zu dem Trio hätten führen können, der Polizei vorenthalten. Brisant dürften die Passagen über rechtsextreme Spitzel werden. Die Parlamentarier sind auf erhebliche Defizite bei der V-Mann-Führung gestoßen. Der Verfassungsschutz hatte mehrere Spitzel im Umfeld der 1998 untergetauchten Jenaer Zelle platziert. Offenbar erhielt man aber keine Hinweise auf den Verbleib der Gruppe. Bei der Befragung mehrerer BfV-Vertreter vergangene Woche vermutete Högl, die Informanten seien „nicht gezielt für die Suche nach dem abgetauchten Trio“ eingesetzt worden. Für Binninger stehen die mit V-Leuten verbundenen Risiken in keinem Verhältnis zum Erkenntnisgewinn.

Zu den Reizwörtern zählt die ominöse „Garagenliste“, die mehrfach Thema im Ausschuss war. Bei der Durchsichtung einer von

der Zelle genutzten Garage wurde auch ein Vermerk mit Kontaktadressen zahlreicher Rechtsextremisten sichergestellt, darunter mehrere Anschriften in Chemnitz, wo die Gruppe nach ihrem Verschwinden aus Jena zunächst Unterschlupf fand. Vielleicht hätte man durch diese Angaben das Trio bald entdecken können, und zwar vor Beginn der Mordserie im Jahr 2000. Doch den mit der Suche beauftragten Thüringer Zielfahnder hat die „Garagenliste“ nie erreicht – offenkundig war sie im Erfurter Landeskriminalamt versandt.

Neue Sicherheitsarchitektur Diese und viele andere Probleme stehen hinter der Forderung nach einer „neuen Sicherheitsarchitektur“. Da dreht es sich um die Organisation von Polizei- und Geheimdienststäben, um einen besseren Informationsaustausch, auch um „mehr qualifiziertes Personal“ (Edathy). Linke und Grüne wollen Spitzel abschaffen, was den anderen Fraktionen zu weit geht, sie verlangen aber eine effektivere Kontrolle.

Zu den Konsequenzen aus dem NSU-Debakel gehören indes noch andere Dinge. Bei einer Sachverständigen-Anhörung vergangene Woche plädierte Bernd Wagner von der Aussteiger-Initiative „Exit“ dafür, sich vermehrt zu bemühen, Rechtsextremisten aus ihrem Milieu herauszulösen. Nötig ist aus Sicht der Abgeordneten eine stärkere Sensibilisierung der Polizei für spezifische Aspekte ausländerfeindlicher Kriminalität. Die „Grundrichtung der Ausbildung“ stimme bereits, meinte Jürgen Funk, in Schleswig-Holstein für die Qualifizierung angeheurer Polizisten zuständig. Gleichwohl solle man die Ausbildung anhand der Erkenntnisse des Ausschusses überprüfen. Barbara John warb für eine Stiftung zum Gedenken an die Opfer der Mordserie und zur Dokumentation rechtsextremer Gewalt. Der Ombudsfrau für die Opfer und Opferangehörigen schwebt überdies eine Beschwerdestelle für polizeiliches Fehlverhalten vor: So könne bei der Polizei Selbstkritik gefördert werden. Karl-Otto Sattler ||

> KOMPAKT

> NSU-Ausschuss In den fast 40 Sitzungstagen saßen die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses mehr als 340 Stunden zusammen. Mehr als 90 Zeugen wurden geladen und 8.000 bis 9.000 Aktenordner kamen zusammen.

> NSU-Prozess Bisher hat es vier Verhandlungstage am Oberlandesgericht München gegeben, zuletzt am 16. Mai. Allerdings bestimmten bisher Anträge wegen Befangenheit der Richter, auf Aussetzung oder gar Einstellung des Verfahrens das Geschehen.

> Ausblick Der nächste Prozessstag ist der 4. Juni. Dann wird auch zur Sache verhandelt. Zwei der Angeklagten wollen aussagen, nicht jedoch Beate Zschäpe.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Streit um Namen von Kasernen

VERTEIDIGUNG I Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sind mit ihrem Vorschlag gescheitert, alle Kasernen und Einrichtungen der Bundeswehr hinsichtlich ihrer Namensgeber zu überprüfen. Ihr gemeinsamer Antrag (17/1208) wurde am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen von Union, FDP und SPD abgelehnt. Die Antragsteller hatten darin beklagt, dass Bundeswehreinrichtungen nach wie vor die Namen „führender Militärrepräsentanten des nationalsozialistischen Regimes“ tragen, „die an Angriffs- und Vernichtungskriegen aktiv mitgewirkt haben“. Die Abgeordneten hatten die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Namen durch das Militärgeschichtliche Forschungsamt überprüfen zu lassen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Diese Forderung hielt Jürgen Hardt (CDU/CSU) für überholt. Es gebe innerhalb der Bundeswehr sehr wohl eine Beschäftigung mit den Lebensläufen der Namensgeber. „Und es gibt gerade in diesem Jahr eine ganze Reihe von Umbenennun-

gen“, sagte er. Joachim Spatz (FDP) argumentierte ähnlich: „Solche Anträge sind überflüssig, weil die Aufgabe schon erledigt wird.“ Ulrich Meßmer (SPD) begrüßte grundsätzlich die Debatte, befand jedoch auch, dass der vorgelegte Antrag überflüssig sei. Denn die Bundeswehr müsse sich eigentlich nur auf ihren Traditionserlass von 1982 besinnen, in dem ein historisch verantwortungsvoller Umgang mit Namensgebungen geregelt sei. Paul Schäfer (Die Linke) rechtfertigte die Initiative seiner Fraktion damit, dass noch bis vor kurzem belastete Wehrmachtsoffiziere Namenspatrone für Kasernen waren. „Es ist leider immer noch nicht Vergangenheit“, sagte er. Omid Nouripour von den Grünen kritisierte, dass es immer noch Kasernen gebe, die nach dem Generalfeldmarschall Erwin Rommel benannt sind. Dieser sei zwar ein großer General gewesen, habe jedoch auch Befehle gegeben, die zu Kriegsverbrechen geführt haben. Deswegen sei der Antrag keineswegs überflüssig, betonte er. che ||

Soldatenversorgung aus einer Hand

VERTEIDIGUNG II Die Versorgung von Soldaten, die während ihres Wehrdienstes Gesundheitsschäden erlitten haben, sowie die Versorgung von Hinterbliebenen soll künftig „aus einer Hand“ erfolgen. Das sieht ein Gesetzentwurf (17/12956) der Bundesregierung vor, dem der Bundestag am vergangenen Freitag mit den Stimmen von Union, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zustimmte. Aufgaben der Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung gehen ab 1. Januar 2015 von den Ländern auf den Bund über. Bisher sind die Behörden der Bundeswehrverwaltung für die Versorgung während des Wehrdienstes und die Länderbehörden für die Versorgung der Soldaten nach Beendigung des Wehrdienstes zuständig. Reinhard Brandl (CSU) freute sich, dass dadurch das Verfahren für die Betroffenen vereinfacht

werde. Die breite Zustimmung zum Gesetz sei ein positives Signal an die Soldaten. Lars Klingbeil (SPD) sagte, die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern sei nicht nachvollziehbar und die Zusammenlegung ein überflüssiger Schritt. Burkhardt Müller-Sönksen (FDP) betonte, die Neuordnung sei nicht nur ein Abbau von Bürokratie, sondern ein Zeichen, „dass wir die Anliegen der Soldaten ernst nehmen“. Harald Koch (Die Linke) kritisierte, dass sich die Übertragung der Aufgaben auf den Bund noch drei Jahre hinziehen soll. Agnes Brugger (Bündnis 90/Die Grünen) stellte fest: „Es kann uns nicht egal sein, wie die Bundeswehrangehörigen gegen die Risiken ihres Dienstes ganz besonders in Einsätzen abgesichert sind.“ che ||

Keine Operation wider Willen

FAMILIE Intersexuelle Menschen dürfen in ihren Menschen- und Bürgerrechten nicht länger eingeschränkt werden. Dafür setzen sich Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD in fast wortgleichen Anträgen (17/12859, 17/12851, 17/13253) ein, die am vergangenen Donnerstag in erster Lesung vom Bundestag beraten wurden. Darin heißt es, dass in Deutschland jährlich 150 bis 340 Kinder geboren würden, deren biologisches Geschlecht nicht eindeutig ist. Insgesamt gebe es etwa 8.000 bis 10.000 Menschen mit „Varianten in der Geschlechtsentwicklung“. „Trotzdem bleiben intersexuelle Menschen gesellschaftlich ausgegrenzt. Viele haben physisches und psychisches Leid erfahren und erleben es noch heute“, schreiben die Fraktionen. Sie kritisieren, dass vor allem die Rechte der Betroffenen auf körperliche Unversehrtheit und Selbstbestimmung häufig verletzt würden.

SPD, Grüne und Linksfraktion verlangen deshalb unter anderem, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen Intersexuellen vor deren Einwilligungsfähigkeit verboten werden. Dabei müsse sichergestellt werden, dass eine alleinige stellvertretende Einwilligung der Eltern in irreversible geschlechtszuweisende Operationen ihres minderjährigen Kindes nicht zulässig sei, außer es handelt sich um lebensbedrohliche Notfälle. Bundesregierung, Bundesländer, Kommunen und Ärzteschaft sollten außerdem sicherstellen, dass die Betroffenen stets in ein qualifiziertes interdisziplinäres Kompetenzzentrum zur Diagnostik und Behandlung vermittelt werden. Die Abgeordneten setzen sich auch dafür ein, Menschen, die in ihrer Kindheit gegen ihren Willen operiert worden sind, zu entschädigen. che ||

Für starke Betriebsräte

ARBEITNEHMER SPD verlangt erweiterte Mitbestimmung

Gesundheitlichen Verschleiß können und wollen wir uns am Arbeitsmarkt nicht leisten.“ Das bekräftigte Kerstin Tack (SPD), als sie am vergangenen Freitag im Bundestag den Antrag (17/13476) ihrer Fraktion zur betrieblichen Mitbestimmung verteidigte. Darin setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, die betriebliche Mitbestimmung auszubauen und an die sich ändernde Arbeitswelt anzupassen. Eine zunehmende Arbeitsverdichtung führe dazu, dass immer mehr Menschen die Last ihrer Arbeit mit nach Hause und in ihre Freizeit nehmen, ergänzte Tack und sprach damit einen Punkt des Antrages an, nämlich die Forderung nach mehr Mitspracherechten der Betriebsräte zum Beispiel beim Thema Gesundheitsprävention. Aber dabei bleibt die Fraktion nicht stehen. Sie verlangt außerdem, die Rechte der Betriebsräte auch auf Leiharbeiter auszudehnen. Außerdem sollten sie mehr Mitsprache erhalten, um auf die Gestaltung der Arbeitsplätze und Arbeitsabläufe hinzuwirken. Da-

zu schlagen die Abgeordneten zahlreiche Änderungen am Betriebsverfassungsgesetz vor. „Betriebliche Mitbestimmung bedeutet auch einen großen Mehrwert für die Unternehmen“, sagte Kerstin Tack. Das wollte Peter Weiß von der Unionsfraktion keineswegs abstreiten. Nicht zuletzt die Finanzkrise habe gezeigt, wie wichtig es für die Unternehmen ist, kompetente Ansprechpartner auf der Arbeitnehmerseite zu haben. „Zwar brauche man tatsächlich einen qualitativen Sprung in der betrieblichen Gesundheitsprävention, aber wichtiger als Mitbestimmung sei hier ein wirksames Präventionsgesetz und da habe die Koalition bereits gehandelt, sagte Weiß.“

Mobbing verbieten Jutta Krellmann (Die Linke) verwies darauf, dass Betriebsräte auch gemobbt werden. „Wir brauchen eine Betriebsverfassung, die so etwas verbietet“, forderte sie.

Pascal Kober (FDP) setzte dem von der SPD geäußerten Vorwurf, dass die Zunahme von Leiharbeit die Mitbestimmung aushebele, entgegen, dass es die schwarz-gelbe Bundesregierung gewesen sei, die hier einen Mindestlohn durchgesetzt habe. Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen) lobte die Mitbestimmung als „Teil unserer demokratischen Kultur“. Jedoch gebe es in Deutschland immer mehr „betriebsratsfreie und damit auch demokratiefreie Zonen“. „Diesen Wandel dürfen Sie nicht länger ignorieren“, appellierte sie an die Unionsfraktionen. che ||



Arbeiter auf einer Betriebsversammlung bei Opel



Manches teilt man gern online.

// SIE SPRICHT MIT MAMA ÜBER ALLES_

// AUSSER ÜBER IHREN ERSTEN FREUND_

Anderes nicht.

Manches teilt man gern online, anderes nicht. Microsoft versucht zu helfen. Wir machen uns für die Nutzung der „Do Not Track“-Funktion stark und bieten Tracking-Schutz für Internet Explorer an. Eine vom Fraunhofer-Institut SIT entwickelte und regelmäßig aktualisierte Tracking-Schutz Liste erlaubt Ihnen, sich vor unerwünschter Nachverfolgung gezielter zu schützen. Die Trennung zwischen dem, was öffentlich wird, und dem, was privat bleibt, wird vielleicht nie perfekt sein. Unabhängig davon steht der Schutz Ihrer Privatsphäre für uns an erster Stelle. microsoft.com/yourprivacy



Blick ins Spielzimmer des internationalen Frauenhauses in Düsseldorf. In fast allen Frauenhäusern können die Betroffenen rund um die Uhr Hilfe bekommen. Ohne ehrenamtliche Helfer wäre dies nicht möglich.

Mehr Geld für Parteien

PARTEIEN I Die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung steigt in diesem Jahr auf mehr als 154 Millionen Euro. Das geht aus einer Unterrichtung (17/13377) durch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hervor. Laut Parteiengesetz erhöht sich das jährliche Gesamtvolumen staatlicher Mittel, das allen Parteien höchstens ausbezahlt werden darf, erstmals für das Jahr 2013 um den Prozentsatz – abgerundet auf ein Zehntel Prozent –, um den sich der Preisindex der für eine Partei typischen Ausgaben im vorangegangenen Jahr erhöht hat. Da sich dieser Parteien-Index vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012 nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes um 2,25 Prozent erhöht hat, ergebe sich eine Erhöhung der absoluten Obergrenze um 2,2 Prozent, heißt es in der Unterrichtung. Für das vergangene Jahr habe die absolute Obergrenze für die staatliche Parteienfinanzierung 150,8 Millionen Euro betragen. Bei einer Erhöhung um 2,2 Prozent liege die absolute Obergrenze für das Jahr 2013 somit bei 154,1 Millionen Euro. Mit der Änderung des Parteiengesetzes von 2011 war die absolute Obergrenze für das Jahr 2011 auf 141,9 Millionen Euro und für das Jahr 2012 auf die genannten 150,8 Millionen Euro festgelegt worden. Ab dem laufenden Jahr wird die absolute Obergrenze jährlich entsprechend dem Parteien-Index erhöht. **sto II**

Bundestag muss an NPD zahlen

PARTEIEN II Anstehende Abschlagszahlungen an die NPD im Rahmen der staatlichen Teilfinanzierung dürfen nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vorläufig nicht mit einem Zahlungsanspruch verrechnet werden, den Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) gegen die Partei wegen Unrichtigkeiten in deren Rechenschaftsbericht für 2007 festgesetzt und den das Bundesverwaltungsgericht bestätigt hat (2 BvR 547/13). Begründet hat die zweite Kammer des zweiten Senats des Verfassungsgerichts die vergangene Woche im Eilverfahren ergangene einstweilige Anordnung im wesentlichen mit einem Vergleich der Folgen, die eine ablehnende beziehungsweise eine stattdessen Entscheidung des Gerichts gehabt hätte. Ausbleibende Abschlagszahlungen könnten die Wahlwerbemöglichkeiten der NPD im Bundestagswahlkampf erheblich einschränken. Wenn sich die Verfassungsbeschwerde hingegen in der Hauptsache als unbegründet erweise, könne die Verrechnung mit späteren Abschlagszahlungen nachgeholt werden, argumentierten die Karlsruher Richter. Ob die gesetzliche Sanktionsregelung oder ihre Anwendung durch die Verwaltung und die Auslegung durch die Verwaltungsgerichte verfassungsgemäß sind, muss im Hauptsacheverfahren entschieden werden. Lammert, der die einstweilige Anordnung des Bundesverfassungsgerichts mit Respekt zur Kenntnis nahm, verwies darauf, dass dies keine Vorentscheidung zugunsten der NPD sei, sondern Ergebnis einer Folgenabwägung. Die Bundestagsverwaltung wird der einstweiligen Anordnung entsprechen und zum 15. Mai sowie zum 15. August dieses Jahres Abschlagszahlungen in einer Höhe von jeweils zirka 303.000 Euro an die NPD auszahlen. **sto II**

Stabiles Fundament gesucht

FRAUENHÄUSER Nicht nur die Grünen beklagen Geldmangel und verlangen nachhaltige Lösungen

Sie müssen den Spagat gut können: Frauenhäuser, von denen es in Deutschland 353 gibt, brauchen die Anonymität zum Schutz der von Gewalt betroffenen Frauen. Und sie brauchen die Unterstützung der Öffentlichkeit. Sei es, weil sie auf Spendengelder angewiesen sind, oder darauf, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für ihre Existenz aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssen. Neuester Versuch auf politischer Ebene: Ein Antrag (17/12850) von Bündnis 90/Die Grünen, mit dem die Fraktion eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern erreichen will. Am 16. Mai debattierte der Bundestag erstmals über die Grünen-Vorschläge.

bunden. Dies führt teilweise zu Inkonsistenzen bei den Zuwendungen und macht die Beantragung und Rechnungslegung für die Einrichtungen unnötig komplex, besonders aufwendig und ressourcenintensiv.

Guter Bericht im Regal Die Grünen regen in ihrem Antrag deshalb an, die Finanzierung von Frauenhäusern in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe verlässlich zu regeln. „Alle Beteiligten müssen endlich an einen Tisch“, appellierte deren frauenpolitische Sprecherin Monika Lazar. Sie nannte es traurig, dass die Bundesregierung trotz ihres Berichts vom vergangenen Jahr noch nicht gehandelt habe. „Das ist wieder ein guter Bericht, der in den Regalen des Ministeriums verstaubt.“ Lazar betonte, dass die Ministerin sich nicht damit herausreden könne, mit der Freischaltung des bundesweiten Hilfefonns Anfang 2013 eine wichtige Lücke im System geschlossen zu haben. Im Gegenteil müssten nun erst recht lokale Strukturen gestärkt werden, da der Hilfedarf bei erfolgreicher Annahme der Hotline noch steigen werde, mutmaßte sie. Dorothee Bär, familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, verteidigte die Ein-

richtung des bundesweiten Hilfefonns. Es übernehme eine wichtige Lotsenfunktion, weil es Erstinformation und Erstberatung biete. Dennoch stimme es, dass es vielerorts eine Unterfinanzierung der Hilfsangebote gebe, sagte Bär in Bezug auf den Antrag der Grünen. Jedes Jahr würden bis zu 34.000 Frauen mit ihren Kindern in Frauenhäuser und Zufluchtswohnungen flüchten. Es komme sogar vor, dass manche Einrichtungen zwei Drittel der Frauen aus Platzmangel abweisen müssten. Diese Zahlen zeigten die Relevanz des Problems. Gleichzeitig verwies die Unionsabgeordnete darauf, dass vor allem die Länder und Kommunen für die Frauenhäuser zuständig sind: „An dieser Stelle müssen wir auch ansetzen.“

Heißer Gesetzgeber Tatsächlich hat sich, seit 1976 das erste deutsche Frauenhaus in Berlin gegründet wurde, sehr viel getan, um Frauen und deren Kinder vor häuslicher Gewalt zu schützen: 1997 wurde Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt, 1999 gab es den ersten Aktionsplan einer Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. 2002 trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft, das es von Gewalt bedrohten Menschen ermöglicht, gerichtliche Kontakt- und Näherungsverbote gegen den Täter oder bei häuslicher Gewalt die Zuweisung der gemeinsamen Wohnung zu erwirken. 2007 schließlich wurde die Strafbarkeit des Stalking gesetzlich geregelt. Kein Wunder also, dass Marlene Rupprecht (SPD) in der Debatte stolz verkündete: „Wir

haben in Deutschland ganz viel gemacht.“ Und dennoch: Das Hauptproblem vieler Einrichtungen bleibe ihre Unterfinanzierung. Rupprecht führte aus, in welchem Ausmaß die Frauenhäuser auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind. „Damit muss Schluss sein“, verlangte sie. Natürlich sei der Bund dafür nicht originär zuständig, aber er müsse die Länderminister an einen Tisch bringen, um das Problem zu lösen. Sibylle Laurischk (FDP) sprach ebenfalls von der „schwierigen Gemengelage“ im Föderalismus. Sie glaube aber, dass das Thema

auf der Agenda bleibe, „damit es zu einer bundesweiten Finanzierung der Frauenhäuser kommt“. Yvonne Ploetz (Die Linke) warnte davor, Gewaltschutz von der Lage der öffentlichen Haushalte abhängig zu machen. Es sei kein Geheimnis, dass in Zeiten knapper Kassen zuerst bei den sozialen Einrichtungen gespart werde. Sie forderte deshalb eine bedarfsgerechte, bundeseinheitliche Finanzierung der Frauenhäuser. „Machen Sie endlich schwere Wege leicht“, so ihr Apell an die Regierung. **Claudia Heine II**



„Alle Beteiligten müssen endlich an einen Tisch.“
Monika Lazar (Grüne)

STICHWORT

GEWALT GEGEN FRAUEN – FRAUENHÄUSER IN DEUTSCHLAND

> ANGEBOT 353 Frauenhäuser gibt es in Deutschland. Hinzu kommen 60 Schutz- oder Zufluchtswohnungen, in denen Frauen und deren Kinder Zuflucht suchen können, wenn sie Opfer häuslicher Gewalt geworden sind. Diese stellen mehr als 6.000 Plätze zur Verfügung. Darüber hinaus existieren 750 Fachberatungsstellen für die betroffenen Frauen.

> ZIELGRUPPE Jährlich finden bis zu 17.000 Frauen mit ihren Kindern (also etwa 30.000 Personen) in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen Schutz und Hilfe. Rund 50 Prozent der Frauen haben einen Migrationshintergrund.

> HOTLINE Im März 2013 wurde ein bundesweites „Hilfefonntelefon Gewalt gegen Frauen“ freigeschaltet. Unter der Nummer 08000 116 016 können sich Frauen beraten lassen.



Anzeige

ABRAHAM GEIGER KOLLEG
בית המדרש
אברהם גייגר

LEO BAECK FOUNDATION

Wir trauern um

Dr. Max Stadler, MdB
23. März 1949 – 12. Mai 2013

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz
Mitglied des Stiftungsrates der Leo Baeck Foundation

Wir verlieren einen guten Freund und zuverlässigen Partner unserer Arbeit für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland.
Die Erinnerung an ihn möge für alle zum Segen sein.

Rabbiner Prof. Dr. Walter Jacob
Präsident
Abraham Geiger Kolleg

Rabbiner Prof. Dr. Walter Homolka
Chairman
Leo Baeck Foundation

Bund darf Jugendorganisationen finanziell fördern

FAMILIE Bundestag passt Gesetze in der Kinder- und Jugendhilfe an gängige Rechtsprechung an

Der Bund darf die Jugendarbeit der Jugendorganisationen der politischen Parteien finanziell wieder fördern. Dies hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung des Kinder- und Jugendhilfeverwaltungsvereinfachungsgesetzes (KJVG) jetzt klargestellt. Den entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13023) nahm der Bundestag am vergangenen Donnerstag in einer durch den Familienausschuss noch einmal abgeänderten Fassung (17/13531) mit den Stimmen der CDU/CSU, SPD und FDP an. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich der Stimme. Auslöser für diese gesetzliche Klarstellung war das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg vom März 2012 zur Klage der Jugendorganisation „Solid“. Die Jugendorganisation der Linkspartei hatte geklagt, weil sie im Gegensatz zu den Jugendorganisationen anderer Parteien keine Mittel aus dem Kinder- und Jugendplan erhalten hatte. Das Gericht hatte daraufhin festgestellt, dass für die Förderung der Jugendorganisationen prinzipiell keine hinreichende Rechtsgrundlage bestehe. Mit der Verabschiedung des KJVG werden eine Reihe weiterer Regelungen in der Kinder- und Jugendhilfe an den aktuellen Stand der Rechtsprechung angepasst. So erhalten beispielsweise behinderte Kinder

und Jugendliche in Pflegefamilien zukünftig Eingliederungshilfen, von denen sie früher ausgeschlossen gewesen waren. Zudem wird die finanzielle Belastung bei der Kostenbeitragshebung für voll- und teilstationäre Leistungen gerechter verteilt. Eltern, die kein Kindergeld beziehen, und Kindergeldbezieher werden zukünftig gleichgestellt.

Ausgeweitet werden zudem die Unterstützungsleistungen nach dem achten Sozialgesetzbuch für Kinder und Jugendliche beim Umgang mit dem leiblichen, aber nicht rechtlichen Vater. Anlass für diese Änderung waren zwei Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom Dezember 2010. Das Gericht hatte einem leiblichen Vater, dessen Kind mit den

rechtlichen Eltern in einer sozial intakten Familie lebt, und der bislang keine persönliche Beziehung zu seinem Kind hatte aufbauen können, ein Umgangs- und Auskunftsrecht eingeräumt.

Gesamtstrategie gefordert Abgelehnt wurden mit der Stimmenmehrheit von CDU/CSU und FDP hingegen zwei Anträge der SPD (17/12063) und der Grünen (17/11376) für eine „eigenständige Jugendpolitik“. Die Sozialdemokraten hatten eine ressortübergreifende Gesamtstrategie in der Jugendpolitik und die Benennung eines eigenen Staatssekretärs im Familienministerium gefordert. Die Grünen forderten zudem verstärkte Anstrengungen von der Regierung für die Integration und Chancengleichheit von sozial benachteiligten und behinderten Jugendlichen sowie jugendlichen Migranten. Zudem sprachen sie sich für die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und die Streichung des Optionszwanges im Staatsangehörigkeitsrecht aus. **aw II**



Die SPD fordert einen Staatssekretär für die Jugendpolitik im Familienministerium.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Es ist nicht so, dass die Opposition dem vergangene Woche vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Verbesserung der Rechte von international Schutzbedürftigen und ausländischen Arbeitnehmern“ (17/13922) gar keine guten Seiten abgewinnen konnte. So begrüßte für die Linke ihre Abgeordnete Ulla Jelpke unter anderem die vorgesehenen Erleichterungen beim Nachzug von Kindern, und für den SPD-Abgeordneten Rüdiger Veit war es schon eine „positive Erwähnung“ wert, dass Schwarz-Gelb es schaffe, „Richtlinien des Europäischen Parlaments annähernd fristgerecht in nationales Recht umzusetzen“. Dies sei schließlich „alles andere als selbstverständlich“, gab Veit zu Protokoll. Gleichwohl fand die mit den Stimmen der Koalitionsmehrheit in der Ausschussfassung (17/13536) verabschiedete Vorlage nicht die Zustimmung der Oppositionsfraktionen. Man dürfe sich, monierte der Grünen-Parlamentarier Memet Kilic, „nicht damit zufriedengeben, dass die Bundesregierung EU-Richtlinien entlang ihrer Mindestanforderungen umsetzt, nur um keine Untätigkeitsklage vor dem Europäischen Gerichtshof zu riskieren“.

Anwendungsbereich erweitert Mit dem Gesetz sollen zwei EU-Richtlinien in innerstaatliches Recht umgesetzt und zudem „weitere Anpassungen im Aufenthaltrecht vorgenommen werden“, die laut Regierung „überwiegend klarstellende Funktion haben“. Mit der einen EU-Vorgabe wurde der Anwendungsbereich der sogenannten Daueraufenthaltsrichtlinie auf Ausländer erweitert, die internationalen Schutz genießen. Die Daueraufenthaltsrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten, Drittstaatsangehörigen, die sich seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in ihrem Hoheitsgebiet aufhalten und bestimmte Voraussetzungen erfüllen, die Rechtsstellung eines langfristigen Aufenthaltberechtigten zu gewähren. „Hiermit einher gehen bestimmte Gleichbehandlungsrechte in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang und die soziale Sicherung sowie ein Weiterwanderungsrecht innerhalb der EU“, schreibt die Regierung in der Begründung des Gesetzentwurfs. Durch die „Erweiterung des persönlichen Anwendungsbereichs der Daueraufenthaltsrichtlinie“ kämen nun auch Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte in den Genuss dieser Rechte. Die zweite Richtlinie sieht die Einführung eines „kombinierten Aufenthaltstitels für Aufenthaltserlaubnisse zum Zweck der Erwerbstätigkeit“ und eine „verfahrensrechtliche Bündelung der Entscheidungen zu Aufenthalt- und Arbeitslaubnis“ vor, die in Deutschland bereits 2005 eingeführt wurden. Darüber hinaus regelt sie bestimmte Gleichbehandlungsrechte insbesondere im Renten- und Sozialrecht. Umsetzungsbedarf besteht laut Bundesregierung vor allem im Rentenrecht.

»Signifikant erleichtert« Für den CSU-Parlamentarier Michael Friese werden die Neuregelungen „die Situation der in diesem Land lebenden Schutzbedürftigen nachhaltig und deutlich verbessern“. Zugleich würden dringend benötigten qualifizierten Arbeitskräften zusätzliche Anreize geboten, ar-

Streit um das Sprachniveau

AUFENTHALTSRECHT I Von Schwarz-Gelb durchgesetzte Neuregelungen sind der Opposition zu restriktiv



Deutschkurs für Ausländer an der Universität Bonn. Für eine Niederlassungserlaubnis müssen nachgezogene Angehörige von Deutschen künftig bessere Sprachkenntnisse als bisher aufweisen.

gumentierte er. So werde „allen Familienangehörigen, die im Wege des Familiennachzugs nach Deutschland kommen, unmittelbar nach Einreise und unabhängig von der jeweiligen Qualifikation voller Zugang zu jeglicher Erwerbstätigkeit ermöglicht“. Friese FDP-Kollege Hartfrid Wolff verwies darauf, dass der Kindernachzug „signifikant erleichtert“ werde: „In Zukunft kann das Kind auch bei gemeinsamem Sorgerecht zu nur einem Elternteil nachziehen, wenn der andere Elternteil zustimmt“. Wie Wolff verteidigte Friese die steigenden Anforderungen an die Deutschkenntnisse nachgezogener Familienangehöriger von Deutschen für die Erteilung einer unbefrist-

deten Niederlassungserlaubnis. Selbst wenn ein Angehöriger aufgrund der Neuregelung keine Niederlassungserlaubnis erhalten müsse, er nicht ausreisen, sondern habe weiterhin eine Aufenthaltserlaubnis, unterstrich er.

»Ältere benachteiligt« Veit nannte dagegen die Herausforderung der Sprachanforderungen als ein Beispiel dafür, dass einige Regelungen des Gesetzentwurfs „unnötig restriktiv am bisherigen nationalen deutschen Recht entlang ausgestaltet wurden“. Jelpke kritisierte, mit dieser Erhöhung der Sprachhürden vor der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis würden „wieder einmal bil-

dungsbenauteiligt Migrantinnen und Migranten und ältere Menschen, die Schwierigkeiten mit dem Erlernen der deutschen Sprache haben, benachteiligt“. Für Kilic widerspricht es „nachhaltiger Integrationspolitik“, dass das Sprachniveau für eine Niederlassungserlaubnis bei Familienangehörigen von Deutschen von „einfachen“ auf „ausreichende“ Kenntnisse angehoben werden soll. Außerdem erschwere der Gesetzentwurf Kindern von Flüchtlingen den Nachzug, bemängelte er. Ähnlich wie Jelpke verwies er darauf, dass es für viele Flüchtlinge bereits heute schwierig sei, die geforderten Abstammungsdokumente vorzulegen. Helmut Stoltenberg

Minderjährige: Antrag abgelehnt

AUFENTHALTSRECHT III Der Bundestag hat eine Initiative der SPD-Fraktion zur Verbesserung der Situation Minderjähriger im Aufenthalts- und Asylverfahrensrecht abgelehnt. Mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP lehnte das Parlament vergangene Woche bei Enthaltung der Grünen einen entsprechenden Gesetzentwurf (17/9187) der Sozialdemokraten ab. Darin verwies die SPD-Fraktion darauf, dass die Bundesregierung im Juli 2010 die Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention zurückgenommen habe. Um die deutsche Rechtslage an die Maßstäbe dieser Konvention anzupassen, bedürfen mehrere Regelungen des Asylverfahrensgesetzes, des Aufenthaltsgesetzes und des Achten Sozialgesetzbuchs der Änderung. Der Vorlage zufolge sollte im Aufenthalts- und im Asylverfahrensrecht klargestellt werden, „dass bei der Rechtsanwendung das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist“. Auch sollte die „aufenthalts- und asylrechtliche Verfahrensfähigkeit“ von bisher 16 auf 18 Jahre angehoben und allen unbegleiteten Minderjährigen im Asylverfahren ein gesetzlicher Vertreter zur Seite gestellt werden. Zudem wollte die SPD-Fraktion gewährleisten sehen, dass das Jugendamt als Vormund regelmäßig eine „Ergänzungspflegschaft für die fachlich kompetente Vertretung des Minderjährigen in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren beantragt“. Für 16- und 17-Jährige sollte laut Entwurf die Pflicht entfallen, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Ferner sah die Vorlage unter anderem vor, dass das sogenannte Flughafenverfahren keine Anwendung auf unbegleitete Minderjährige findet. Stattdessen seien sie „durch das Jugendamt in Obhut zu nehmen, um so die Durchführung eines Clearingverfahrens zu gewährleisten“, hieß es in dem Entwurf. sto

Vor der Einreise zum Deutschkurs

AUFENTHALTSRECHT II SPD, Linke und Grüne scheitern mit Vorstößen zum Ehegattennachzug

Die Oppositionsfraktionen von SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen sind im Bundestag mit Vorstößen gescheitert, auf den seit 2007 geforderten Nachweis deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug zu verzichten. Mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition lehnte das Parlament in der vergangenen Woche entsprechende Gesetzentwürfe der Sozialdemokraten (17/8921) und der Grünen (17/1626) sowie zwei Anträge der Linksfraktion (17/1577, 17/8610) ab.

»Wichtiges Instrument« Der CDU-Abgeordnete Reinhard Grindel sieht in der Pflicht, vor einem Ehegattennachzug nach Deutschland einfache Deutschkenntnisse nachweisen zu müssen, ein „wichtiges Instrument im Kampf gegen Zwangsheirat“. Bei einer Diskussion mit den Leitern aller Goethe-Institute sei deren Urteil eindeutig gewesen, gab Grindel zu Protokoll: „Das Instrument der verpflichtenden Deutschkenntnisse ist ein voller Erfolg: die Vorintegration stärkt gerade junge Frauen in ihrem Selbstbewusstsein, bevor sie in ein für sie völlig fremdes Land kommen.“ Auch hätten die Experten bestätigt, dass „in einer ganzen Reihe von Fällen auf verschiedensten Wegen Zwangsverheiratungen verhindert werden könnten“. Mit den verpflichtenden einfachen Deutschkenntnissen vor dem Familiennachzug wolle man auch ein klares Signal geben, „dass ohne die Beherrschung der deutschen Sprache eine vernünftige Integration nicht funktionieren wird“. Für den FDP-Parlamentarier Hartfrid Wolff ist es „ganz im Sinne der Zuwanderer“, dass von Menschen, die ein Visum für einen Ehegattennachzug nach Deutschland beantragen, „die Fähigkeit zur Verständigung in deutscher Sprache ‚auf einfache Art‘ verlangt wird“. Ohne Deutschkenntnisse sei keine volle Teilhabe an den beruflichen,



Das Goethe-Institut in Istanbul

kulturellen und gesellschaftlichen Perspektiven, die Deutschland bietet, möglich. Wolff verwies darauf, dass es einer Evaluierung zufolge es mittlerweile vielfältige Möglichkeiten gebe, Deutsch im Herkunftsland zu lernen. Zudem gebe es etwa in den wichtigsten Herkunftsländern „auch in ländlichen Gebieten Privatschulen und Privatlehrer, die Deutsch anbieten“. Auch gebe es „kostenlose Internet-Deutschkurse der Deutschen Welle und weitere Selbstlernkurse“. Der SPD-Abgeordnete Rüdiger Veit argumentierte dagegen, durch das Spracherwerbsanfordernis werde vielen Menschen das Zusammenleben auf unbestimmte Zeit unmöglich gemacht. Die Gründe dafür lägen in den häufig großen Entfernungen der Goethe-Institute vom Wohnort oder dem Fehlen solcher Institute. Um einen Deutschkurs im Heimatland besuchen zu können, müssten „nicht unerhebliche Geldmittel aufgebracht werden, (...) die nicht jeder

hat“. Veit zufolge war das Hauptargument für die Einführung des Spracherwerbsanfordernisses die Verhinderung von Zwangsheirat: „Gebildete Menschen, die die Sprache des Landes sprechen, in das sie zwangsverheiratet werden, können sich besser aus dieser Zwangssituation befreien, so die Vorstellungen.“ Es fehle aber weiterhin an entsprechenden Belegen, dass die Zahl der Zwangsheiraten aufgrund des Spracherwerbsanfordernisses zurückgegangen wäre. Das „Spracherwerbsanfordernis vor Einreise“ sei ungeeignet, Zwangssehen zu verhindern, und daher überflüssig. „Es ist mehrfach diskriminierend. Wir wollen es abschaffen“, fügte Veit hinzu.

»Geradezu lächerlich« Die Linke-Parlamentarierin Ulla Jelpke nannte das Argument eines „angeblich besseren Schutzes“ vor Zwangsverheiratungen „geradezu lächerlich“. Häufig gehe es bei Zwangsverheiratungen um in Deutschland geborene und aufgewachsene Frauen mit perfekten Deutschkenntnissen, was die „Absurdität der Argumentation“ verdeutliche. Das Menschenrecht auf Familienzusammenleben dürfe nicht unter „den Vorbehalt deutscher Sprachkenntnisse gestellt und damit indirekt von der sozialen Herkunft, dem Vermögen, dem Bildungs- und Familienstand und dem Alter der Betroffenen abhängig gemacht werden“. Der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic wertete die Regelungen zum Spracherwerb beim Familiennachzug als „menschenunwürdig, verfassungswidrig und überflüssig“. In Deutschland sei der Spracherwerb „viel leichter, schneller, günstiger und weniger belastend für die Betroffenen“. Zum wirksamen Schutz vor Zwangsverheiratungen solle die Bundesregierung lieber mehr für Bildung, Aufklärung und niederschwellige Beratungs- und Schutzangebote sorgen. sto

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

SPD will Informationsfreiheit stärken

INNERES I Die SPD-Fraktion macht sich für eine „Stärkung von Informationsfreiheit und Transparenz unter Einschluss von Verbraucher- und Umweltinformationen“ stark. Mit einem Gesetzentwurf (17/13467), der am Donnerstag erstmals auf der Tagesordnung des Bundestags stand, soll nach dem Willen der Fraktion ein „einheitliches Informationsrecht auf möglichst hohem Transparenzniveau mit einer zeitgemäßen Verpflichtung zur Veröffentlichung relevanter Informationen in niedrigschwelliger und moderner Form geschaffen werden“. Mit dem Entwurf sollen das Informationsfreiheitsgesetz, das Umweltinformationsgesetz und das Verbraucherinformationsgesetz zu einem einheitlichen Informationszugangsgesetz zusammengefasst werden. Dabei orientiert er sich den Angaben zufolge nach „jeweils an der Regelung mit dem höheren Transparenzniveau“. Zudem sieht der Entwurf eine Verpflichtung „zur aktiven Veröffentlichung im Gesetz bezeichneter wesentlicher Informationen der Verwaltung“

vor. Die Behörden sollen dadurch angehalten werden, Informationen von allgemeinem Interesse von sich aus zu veröffentlichen. In der Debatte betonte Kirsten Lühmann (SPD), die Zusammenführung dreier großer Gesetze bringe „Vereinfachung“ und „Klarheit“. Der vorgelegte Gesetzentwurf sei „ein Meilenstein in der Entwicklung der Informationsfreiheit“. Herbert Behrens (Linke) unterstützte die Initiative, kritisierte aber den Entwurf in mehreren Punkten als „schwach“. Konstantin von Notz (Grüne) sagte, seine Fraktion habe mit der SPD und „einer breiten Basis der Zivilgesellschaft“ das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes auf den Weg gebracht. „Wir werden es gemeinsam sachgerecht weiterentwickeln“, fügte er hinzu. Stephan Mayer (CSU) kritisierte, in der Realität würde der Gesetzentwurf das Gegenteil dessen bewirken, was sich die SPD davon verspreche. Gisela Piltz (FDP) sagte, der Entwurf sei „aus Versatzstücken rasch zusammengeschustert“ und „nicht mehr als ein Schnellschuss“. sto

Disput um Datenschutz-Richtlinie

INNERES II Die SPD-Fraktion dringt auf Änderungen beim Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit. In einem Antrag (17/13251), mit dem sich der Bundestag am Donnerstag erstmals befasste, begrüßt die Fraktion „grundsätzlich die Zielrichtung der Kommission, das Datenschutzniveau in Europa zu erhöhen und weiter zu vereinheitlichen“, wie dies mit der Datenschutz-Grundverordnung und der Richtlinie zur justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit beabsichtigt sei. Gleichwohl bedürfe der vorgelegte Richtlinienentwurf noch einer „grundlegenden Überarbeitung“. Die Bundesregierung soll dem Antrag zufolge darauf hinwirken, dass „die Kommission prüft, ob und inwieweit nicht im Rahmen dieser Richtlinie einheitliche Regeln für die nationalen Kri-

minalbehörden einerseits und für Europol und Eurojust andererseits mit aufgenommen werden“. Zudem soll die Regierung laut Vorlage auf eine Vielzahl weiterer Änderungen an der Richtlinie hinwirken. Dazu zählt unter anderem, den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit zu lassen, strengere Vorschriften als im Entwurf enthalten zu erlassen. Gerold Reichenbach (SPD) gab zu Protokoll, seine Fraktion wolle eine Richtlinie, die auf hohem Datenschutzniveau sicherstelle, „dass der Datenaustausch bei der Verfolgung und Verhütung von Straftaten in Europa vorangebracht wird“. Stephan Mayer (CSU) forderte, es bedürfe „erheblicher grundsätzlicher Änderungen an der EU-Richtlinie und nicht nur kosmetischer Korrekturen, wie sie von der SPD-Fraktion gefordert werden“. sto

Grüne wollen Rente für Dopingopfer

SPORT Opfer des Dopings in der DDR sollen eine monatliche Unterstützung von „wenigstens 200 Euro“ erhalten. Das fordern die Grünen in einem Antrag (17/12393), den der Bundestag am 16. Mai in erster Lesung beraten hat. Die Abgeordneten schlagen vor, das Dopingopfer-Hilfegesetz wieder zu öffnen, da sich die Kriterien für ein Hilfeleistungsbereits bei der Auszahlung aus dem bundeseigenen Fonds bewährt hätten. Aus dem Fonds mit einem Umfang von zwei Millionen Euro hätten insgesamt 194 Anspruchsberechtigte einmalig knapp 10.500 Euro erhalten, heißt es in dem Antrag. Dies habe die Situation der Betroffenen zwar zeitweise verbessert. Da es sich bei den Folgen des Dopings jedoch um dauerhafte Gesundheitsschäden handle und die Beschwerden mit steigendem Alter zunehmen würden, könne eine Einmalzahlung nicht als dauerhaft ausreichende

Unterstützung betrachtet werden. „Bleibende Schäden verlangen bleibende Hilfe“, urteilen die Grünen. Zugleich verweisen sie darauf, dass infolge der Schädigungen bei den Opfern die Erwerbstätigkeit und damit auch der Erwerb von Rentenansprüchen stark eingeschränkt seien. Daher käme die Gewährung der Rente als zusätzliche Leistung erst ab Erreichen des gesetzlichen Rentenalters für viele Betroffene zu spät. Vor dem Plenum kritisierte die Sportexpertin der Grünen, Viola von Cramon, das der Sport selber bislang wenig zur Aufarbeitung seiner Doping-Vergangenheit beigetragen habe. „Bis heute gibt es für Sportorganisationen, bei denen belastetes Personal in Führungsfunktionen tätig ist, sogar Stigmata“, kritisierte sie. Das sei ein schlechtes Signal für die Integrität des Sports, befand von Cramon. hau

Spenden erwünscht

LOBBYISMUS Linke scheitert mit Spendenverbot für Firmen

Der Vorstoß der Linksfraktion für eine Reform des Parteienrechts in Deutschland ist gescheitert. Ein dahingehender Antrag (17/9063) wurde am 17. Mai mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Die Linksfraktion hatte in der Vorlage gefordert, sowohl Spenden durch Unternehmen an Parteien als auch das Partesponsoring zu verbieten. Gleichzeitig sollte die Höchstsumme an Spenden von 25.000 Euro pro Jahr für natürliche Personen festgesetzt werden. Barspenden über 1.000 Euro sollten nach den Vorstellungen der Fraktion ebenfalls verboten werden. Ein „Etikettenschwindel“ sei der Antrag, urteilte Ingo Wellenreuther (CDU) während der Debatte. „In Wahrheit wollen Sie die Parteienfinanzierung diskreditieren“, warf er der Linksfraktion vor. Zu verlangen, dass juristische Personen, etwa Unternehmen, nicht mehr spenden dürfen, sei sogar eine demokratiefeindliche Maßnahme, sagte Wellenreuther. „Wenn Sie keine Spenden erhalten, muss nicht gleich das Parteiengesetz geändert werden“, fügte er hinzu. Auch Stefan Ruppert (FDP) nannte das Ansinnen der Linksfraktion durchsichtig. „Sie wollen lediglich anderen Parteien schaden“, sagte er. Raju Sharma (Die Linke) machte hingegen deutlich, dass Die Linke bewusst keine Unternehmensspenden annehmen würde. Die von seiner Fraktion geäußerte Kritik am derzeitigen Parteiengesetz, so Sharma weiter, werde im Übrigen sowohl von der Staatsgruppe des Europarats gegen Korruption (Greco) als auch dem Bundestagspräsidenten geteilt. Völlig inakzeptabel sei



Barspenden über 1000 Euro bleiben erlaubt.

es, dass das Parteiengesetz Straffreiheit bei Selbstanzeige vorsehe, selbst wenn es sich um eine wesentliche Verschleierung von Spendengeldern handelt, betonte Sharma. Aus Sicht von Gabriele Fograscher (SPD) sind die Forderungen der Linksfraktion übertrieben. Auf der anderen Seite sei die Koalition zu gar keinen Änderungen bereit. „Es ist einfach nur peinlich, regelmäßig von Greco aufgefordert zu werden, deren Empfehlungen umzusetzen“, sagte Fograscher. Das Thema der Strafbarkeit von Abgeordnetenbestechung werde durch die Koalition von Woche zu Woche geschoben, in der Hoffnung, sich so über die Legislaturperiode retten zu können. Einige Sympathien für den Vorschlag der Linken äußerte dagegen der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen-Fraktion, Volker Beck. Das sei ein vernünftiger Vorschlag, sagte er. Schließlich dürften Unternehmen ja auch nicht an der Wahl teilnehmen. Götz Hausding

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ REZENSiert

Eric Schmidt, Jared Cohen: Die Vernetzung der Welt. Ein Blick in unsere Zukunft. Rowohlt Verlag, Reinbek 2013; 441 S., 24,95 €

Ein Zukunftsprogramm für die Menschheit wollen Google-Chef Eric Schmidt und Jared Cohen, Leiter von Google Ideas, anstoßen. Darunter macht es der globale Internetkonzern nicht. Die Rechnung sieht so aus: Heute sind mehr als zwei Milliarden Menschen online, im Jahr 2025 werden es vermutlich acht Milliarden sein.

Das Autoren-Duo sieht einen Menschen offenbar nur dann als vollwertig an, wenn er im virtuellen Raum präsent ist. „Wir sind, was wir tweeten“, lautet ihre Botschaft. Das wertvollste Gut des Bürgers sei seine Identität, diese komme aber nur in den virtuellen Medien zur vollen Entfaltung.

Doch wer kontrolliert die Betreiber der gepriesenen Clouds? Anstatt sich hierzu zu äußern, kritisieren Schmidt und Cohen lieber Enthüllungsplattformen wie WikiLeaks oder Verschlüsselungsprojekte. Deren selbsterklärtes Ziel sei zwar mehr Datenschutz, tatsächlich würden sie aber Terrorgruppen wie Al Qaida in die Hände arbeiten.

Julian Assange: Cypherpunks. Unsere Freiheit und die Zukunft des Internets. Campus Verlag, Frankfurt/M. 2013; 137 S., 16,99 €



„Cypherpunk“ bedeutet frei übersetzt: „Verschlüsselungsrebell des Cyberspace“. Sie kämpfen für ein freies Internet und sind treue Unterstützer von Julian Assange, dem Betreiber der Plattform WikiLeaks.

Jérémie Zimmermann, Mitbegründer der europäischen Organisation „La Quadrature du Net“, erzählt etwa, wie die ACTA-Gesetzesvorlage im Europäischen Parlament scheiterte. Der frühere Sprecher des Berliner Chaos Computer Clubs, Andy Müller-Maguhn, fürchtet, dass die demokratischen Staaten Europas durch die neuen Technologien dazu verleitet würden, ohne richterliche Genehmigungen sensible Daten zu speichern.

Nicht anwendbar Die SPD-Fraktion weist in der Vorlage auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 20. Februar (BVerwG 6 A 2.12), wonach die Pressegesetz der Bundesländer auf Bundesbehörden nicht anwendbar sind. Deshalb müsse der Bund gesetzliche Regelungen erlassen, um den presserechtlichen Auskunftsanspruch gegenüber Bundesbehörden zu klären.



Auch bei den Kleinsten will das Miteinander erlernt sein: Unterricht in der zweiten Klasse einer Münchner Ganztagschule

Das Wo und Wie

BILDUNG Opposition und Koalition sowie Bund und Länder werfen sich gegenseitiges Versagen und Blockaden vor

Der Zustand des deutschen Bildungssystems wird von Koalition und Opposition höchst unterschiedlich bewertet. Während der ersten Lesung zweier Anträge der SPD-Fraktion (17/13482, 17/13483) am vergangenen Donnerstag sprach SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier von einer „katastrophalen Bilanz“ der schwarz-gelben Bildungspolitik.

Steinmeier nannte die Bildung eine „Schlüsselfrage für die Zukunft“, in der die Regierung jedoch versagt habe. „Statt den Kita-Ausbau voranzutreiben, haben Sie sich über das Betreuungsgeld gestritten“, sagte er an Union und FDP gewandt. Angeführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) habe sich die Regierung auf allen möglichen Gipfeln herumgetrieben, statt echte Politik zu machen.

nigte Meinhardt. Und schränkte ein: „Nur nicht dort, wo Sozialdemokraten in der Regierung sind.“ Immerhin drei Viertel der Kultusminister der Länder seien SPD-Minister. „Wenn Sie also Probleme im Bildungswesen ausgemacht haben, tragen Sie auch die Verantwortung dafür“, sagte Meinhardt an Steinmeier gewandt. In das gleiche Horn stieß auch Stefan Kaufmann (CDU), der von einem massiven Bildungsabbau in den SPD-regierten Ländern sprach.

Ganztagschulen Den Vorwurf, die Föderalismusreform II mitgetragen zu haben, musste sich der Bildungsexperte der Grünen, Kai Gehring, zumindest nicht anhören. „Wir haben damals erbitterten Widerstand geleistet“, betonte er. Heute kämpfe man gemeinsam mit der SPD für die Abschaffung des Kooperationsverbotes und den Ausbau der Ganztagschulen: „Wir wollen die zweite Stufe des Ganztagschulenausbaus.“

Manche wollen auf Karlsruhe warten

MEDIEN Ein Presseauskunftsgesetz des Bundes ist unter Experten umstritten

Die Notwendigkeit eines Presseauskunftsgesetzes des Bundes ist unter Experten umstritten. Dies wurde vergangene Woche in einer Sachverständigen-Anhörung des Innenausschusses zum von der SPD-Fraktion vorgelegten Gesetzentwurf „zur Auskunftspflicht von Bundesbehörden gegenüber der Presse“ (17/12484) deutlich. Nach dem Willen der SPD-Fraktion soll mit dem Gesetz geregelt werden, dass Bundesbehörden gegenüber Vertretern der Presse und des Rundfunks zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgabe Auskünfte erteilen müssen, wenn der Auskunft keine Geheimhaltungsvorschriften entgegenstehen.



Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig

Der Stuttgarter Rechtsanwalt Professor Emanuel Burkhardt betonte in der Anhörung, er halte die Entscheidung des Gerichts hinsichtlich der Gesetzgebungskompetenz in dieser Frage für unzutreffend. Nach seiner Rechtsauffassung komme die Gesetzgebungskompetenz hier den Ländern zu und nicht dem Bund. Dann bedürfe es keines Bundesgesetzes. Auch der Mainzer Professor Matthias Cornils wandte sich gegen die Annahme des Gerichts, den Ländern fehle die Gesetzgebungszuständigkeit für die Re-

gelung eines Auskunftsanspruchs der Medien, soweit dieser sich an Bundesbehörden richte. Die besseren Gründe sprächen dafür, dass den Ländern hier die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit zustehe. Fehle aber die Gesetzgebungskompetenz des Bundes, spreche alles dafür, abzuwarten, bis möglicherweise eine verfassungsgerichtliche Überprüfung zustande komme.

Cornelia Haß von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union, Verdi, hielt dagegen eine bundesgesetzliche Regelung nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts für „unverzichtbar“. Benno Pöppelmann vom Deutschen Journalisten-Verband argumentierte, im Interesse der Rechtsklarheit sei eine schnelle Reaktion des Gesetzgebers nötig. Zwar sei eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil geplant, doch bis zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts müsse man mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts umgehen. Daher solle man nicht abwarten, sondern eine „vorsorgliche“ Regelung schaffen. Angela Rapp vom Deutschen Anwaltsverein regte an, das Informationsfreiheitsgesetz so zu ergänzen, dass es auch für die Presse gilt. Der Kölner Professor Michael Sachs sagte, ein bundesgesetzliche Lösung, „mit dem bewussten Risiko des Kompetenzmangels“ wäre am wenigsten problematisch, wenn einfach auf die jeweils maßgeblichen Landespressegesetze verwiesen würde. sto ||

Im Grunde hat auch Meinhardt laut eigenem Bekunden nichts gegen Ganztagschulen. Entschieden werden müsse darüber aber vor Ort, forderte er. „Wir brauchen kein flächendeckendes Beglückungsprogramm.“ Das sah auch die Christsoziale Dorothee Bär so: Bevormundung sei es, was die SPD wolle. Statt einem Ganztagschulzwang benötige man verschiedene Optionen, schließlich sei „nicht jedes Kind gleich“. Bär wehrte sich zugleich gegen Steinmeiers Kritik an der schwarz-gelben Bildungspolitik. Wer von einer katastrophalen Bilanz rede, ignoriere die Fakten. „Es war unsere Fraktion, die den Kita-Ausbau überhaupt auf den Weg gebracht hat“, betonte sie. Dass die CSU sich für das Betreuungsgeld stark mache, habe im Übrigen damit zu tun, „dass bei uns Bildung in erster Linie in der Familie stattfindet“.

Gemeinschaftsschule Linken-Fraktionschef Gregor Gysi wiederum sieht die Gemeinschaftsschule als eine Lösung für die Probleme im Bildungsbereich an. „Mit einer Einheitsschule hat das überhaupt nichts zu tun“, hielt er Kritikern entgegen. Vorteil der Gemeinschaftsschule sei, dass es keinen Schulwechsel mehr gebe und auch keine nach Leistung sortierten Gruppen. Vielmehr werde nach den individuellen Fähigkeiten gefördert. Zudem seien Gemeinschaftsschulen auch Ganztagschulen. Gysi verwies auf eine Untersuchung, die die Berliner Gemeinschaftsschulen mit Hamburger Schulen verglichen habe. Diese habe ergeben, dass zum einen die leistungsschwachen Schüler in Berlin besser seien. „Aber auch die leistungsstarken Schüler sind besser“, sagte er. Die „Mär“, dass die leistungsstarken Schüler unter der Gemeinschaftsschule leiden würden, sei damit wissenschaftlich widerlegt, befand Gysi.

Als Anhängerin der Ganztagschulen bekannte sich auch Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU): „Ich freue mich über die Entwicklung der letzten Jahre.“ Ganztagschulen seien wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und böten die Möglichkeit, Impulse für die Kinder zu geben, die diese im Elternhaus nicht erhalten. Allerdings könne man nicht sagen, dass Ganztagschulen per se gut oder schlecht sind. „Nicht die Form, sondern die Qualität ist entscheidend“, sagte die Ministerin. Wanka plädierte mit Blick auf das Kooperationsverbot auch für eine Ausweitung der Bundeskompetenz. Es gehe aber nicht an, dass der Bund nur das Geld gebe, jedoch keinen Gestaltungsspielraum erhalte, argumentierte die Ministerin. Im Übrigen seien es vor allem die Länder, die einer Aufhebung des Kooperationsverbotes ablehnend gegenüberstünden. Diesen Vorwurf gab Thüringens Kultusminister Christoph Matschie (SPD) direkt zurück: „Die Blockade gegen die Grundgesetzänderung kam aus Bayern, Hessen und Niedersachsen, als sie dort noch Kultusminister waren“, sagte er an Wanka gewandt. Matschie verwies auf die Erfolge des ersten Ganztagschulprogramms, das 2002 unter der rot-grünen Bundesregierung aufgelegt wurde. Von zehn Prozent im Jahr 2002 sei der Anteil der Ganztagschulen bis 2009 auf 30 Prozent gestiegen. „Lassen Sie uns die Verfassung so ändern, dass wir einen kooperativen Bildungsföderalismus bekommen, in dem Bund und Länder an einem Strang ziehen“, forderte Matschie. Götz Hausding ||

SPD fordert Gleichstellung

KULTUR Die SPD-Fraktion fordert von der Bundesregierung konkrete Maßnahmen, um die Gleichstellung von Frauen in den vom Bund geförderten Institutionen, Programmen und Projekten im Kunst-, Kultur- und Medienbereich umzusetzen. In ihrem Antrag (17/13478), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag in die Ausschüsse überwies, spricht sich die Fraktion unter anderem dafür aus, eine verpflichtende Ausstellungszahl für bildende Künstlerinnen und Künstler sowie Fotografinnen und Fotografen in die Ausschüsse der Förderkriterien aufzunehmen. Beim Ankauf von Kunstwerken durch die Bundesrepublik müssten zudem Künstlerinnen stärker berücksichtigt werden. Ebenso soll die Vergabe von Stipendien, Fördermitteln und Projekten durch Gremien und Jurs der vom Bund finanzierten Institutionen, Programme und Projekte stärker unter dem Aspekt der Gleichstellung von Frauen erfolgen. Förder- und Beratungsangebote im Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft müssten zudem an die Bedürfnisse von Frauen angepasst werden.

Die Sozialdemokraten fordern von der Regierung auch Vorschläge, wie die Künstler-sozialkasse „stabil und zukunftsfest“ ausgestaltet und das Urhebervertragsrecht so entwickelt werden kann, um eine angemessene Vergütung für die Verwertung künstlerischer und kreativer Arbeit zu ermöglichen. aw ||

Einigung über Filmförderung

KULTUR Die Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG) steht vor dem Abschluss. Der Kulturausschuss hat in der vergangenen Woche den Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12370) in einer geänderten Fassung ohne Gegenstimmen verabschiedet. Lediglich die Linksfraktion enthielt sich der Stimme. Mit der Novelle soll die Filmförderung des Bundes und die Erhebung der Filmabgabe an die Filmförderungsanstalt (FFA) bis Ende 2016 verlängert werden. Bis zur letzten Minute hatten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP mit den Oppositionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss über einen Kompromiss in strittigen Fragen der Referenzfilmförderung verhandelt, um die Gesetzesnovellierung gemeinsam im Bundestag verabschieden zu können. Die Fraktionen wollen damit „ein starkes Signal“ für das System der Filmförderung und die Erhebung der Filmabgabe geben. Gegen die Filmabgabe hatten große Kinoketten beim Bundesverfassungsgericht geklagt. Über die Klage muss Karlsruhe noch entscheiden. Mit einem gemeinsamen Änderungsantrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, dem auch die Linksfraktion zustimmt, werden Dokumentar- und Kinderfilme, Erstlingswerke und Filme mit Herstellungskosten von unter 100.000 Euro bei der Anrechnung von Referenzpunkten besser gestellt, als dies im ursprünglichen Gesetzentwurf der Regierung vorgesehen war. Diese Referenzpunkte sind entscheidend für die Höhe der Förderung. Mit der Novelle wird erstmals auch die Produktion barrierefreier Filme in die Förderkriterien der FFA aufgenommen. So muss zukünftig von jedem geförderten Film eine Version mit Untertiteln für Hörschädigte und eine Fassung mit Audiodeskription für Sehbehinderte produziert werden. aw ||

Bafög bleibt unberührt

BILDUNG SPD scheitert mit Vorstoß zur Hochschulpolitik

Zu der von der SPD geforderten Bafög-Verbesserung wird es nicht kommen. Der Bundestag lehnte am vergangenen Donnerstag einen dazu vorgelegten Antrag (17/13475) ohne Ausschussberatung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP ab. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen votierten mit Stimmenthaltung. Ziel der Vorlage war es, die soziale Situation der Studierenden zu verbessern und damit die Bildungschancen auszuweiten sowie die soziale Öffnung der Hochschulen zu forcieren. Dazu bedarf es aus Sicht der Sozialdemokraten unter anderem einer Verbesserung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) mittels Erhöhung der Bedarfssätze und Freibeträge sowie deren Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten. Zudem müsse die BAföG-Förderlücke beim Übergang vom Bachelor zum Masterstudium geschlossen werden.

tor“ des Bologna-Prozesses seien. In ihrem Antrag fordert die SPD-Fraktion auch eine „Nationale Bologna-Konferenz“, die auf zunächst fünf Jahre eingerichtet und institutionalisiert werden sollte. Auf diesem Weg, so die Abgeordneten, könnten Struktur und Studierbarkeit der Studiengänge gemeinsam mit den Ländern und Hochschulen optimiert werden.

Um das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu beenden, schlägt die SPD vor, das Grundgesetz zu ändern. Der dazu benötigte Gesetzentwurf müsse die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zur Bildungszusammenarbeit in Anbetracht der bildungspolitischen Herausforderungen ausreichend berücksichtigen, heißt es in dem Antrag. Die Sozialdemokraten argumentierten in der Vorlage, dass die im Jahr 2002 in Kraft gesetzte Bologna-Reform ein richtiger Schritt sei, damit Europa im Hochschulbereich und mit einem gestuften Studiensystem aus Bachelor und Master zusammenwächst. Die europaweit vergleichbaren Abschlüsse seien dabei ein wichtiges Moment. hau ||

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Nach langem Streit um Gorleben (re.) fanden Bund und Länder einen Kompromiss. Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU, li. oben Mitte) und die Regierungschefs von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Grüne, li. oben), und von Niedersachsen, Stephan Weil (SPD), waren zufrieden.



Nicht vor meiner Haustür

ATOMMÜLL Nach dem Kompromiss für die Standortauswahl geht die Suche weiter – nach Zwischenlagern und nach Geld

Das 2007 abgeschaltete Kernkraftwerk Brunsbüttel ist auf den ersten Blick ein idealer Standort für ein bundesweites Zwischenlager für Atommüll aus der Wiederaufarbeitung: Es liegt verkehrsgünstig an der Elbmündung und war zwar ursprünglich für 80 Castoren ausgelegt, bisher sind aber erst neun dieser Atommüllbehälter eingelagert. Doch die Ratsversammlung der schleswig-holsteinischen Industrie- und Hafenstadt legt sich quer. „Wir nehmen nur den Müll auf, der auch hier entstanden ist“, sagt Bürgermeister Stefan Mohrdieck (parteilos).

»Wir nehmen nur den Müll auf, der auch bei uns entstanden ist.«

Stefan Mohrdieck, Bürgermeister in Brunsbüttel

Die Länder verlieren allerdings Kompetenzen: Die Zulassung von Zwischen- und Endlagern für Atommüll ist künftig Sache des Bundes. Nach mehreren vergeblichen Anläufen war die politische Einigung von Bund, Ländern, Fraktionen und Parteien am 9. April möglich geworden. Geholfen hat dabei die gemeinsame Überzeugung, dass Atommüll weder exportiert noch die Hinterlassenschaft der Nutzung der Kernenergie den nächsten Generationen angelastet werden sollen. Das Gesetz (17/13471) regelt, dass in einem ersten Schritt Bund und Länder eine Enquete-Kommission einrichten. Sie besteht aus 24 Personen: Sechs Bundestagsabgeordnete und sechs Vertreter von Landesregierungen, vier Wissenschaftlicher und je zwei Vertreter von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wirtschaft und Gewerkschaft. Bis Ende 2015 soll die öffentlich tagende Kommission Kriterien für eine ergebnisoffene Endlagerung in ganz Deutschland ausarbeiten. Wenn das Gremium dann im Jahr 2015 seine Arbeit abgeschlossen hat, wird das Standortauswahlgesetz überprüft und – wenn nötig – geändert. Danach beginnt die eigentliche Standortauswahl. Dabei werden alle wichtigen Entscheidungen in Form von Gesetzen getroffen. Dazu gehört auch die Entscheidung über den Standort selbst. Die Suche ist ergebnisoffen. Sie geht vom Prinzip der „weißen Landkarte“ aus. Es gibt also keine Vorfestlegungen für oder gegen einzelne Standorte. Das Auswahlverfahren soll spätestens 2031 enden. So lange muss der Atommüll in Zwischenlagern.

Protest der Stromkonzerne Altmaier wies darauf hin, dass 2002 und 2003 zwölf Zwischenlager an Atomkraftwerken für einen Zeitraum von 40 Jahren genehmigt wurden. Ein Endlager müsste folglich bis 2040 zur Verfügung stehen. Im Gesetz wird festgelegt, dass die Betreiber der Atomkraftwerke die Kosten der Suche tragen müssen. Sie werden auf etwa zwei Milliarden Euro geschätzt. Doch die Stromkonzerne haben bereits im März 2012 ein Gutachten des

Rechtsprofessors Hans-Wolfgang Arndt vorgelegt. Er kommt zu dem Schluss: „Die Kosten für eine alternative Endlagerung pauschal auf die Betreiber der Kernkraftwerke abzuwälzen, ist grundsätzlich verfassungswidrig.“ Wenn der Gesetzgeber eine Alternativsuche beginne, bevor überhaupt feststehe, dass der Salzstock Gorleben als Endlager nicht geeignet ist, sei „diese Suche vom Steuerzahler zu finanzieren“. Jahrzehntlang haben Atomkraftgegner gegen ein Endlager in Gorleben protestiert. Sie halten es für verantwortungslos, Atommüll in Salz zu lagern. Das zeige etwa die Schachtanlage Asse. Doch die Atomkonzerne haben bereits 1,6 Milliarden Euro in die Erkundung des Standorts Gorleben investiert. Der Präsi-

dent des Deutschen Atomforums, Ralf Güldner, sagte, zwar seien die Betreiber als Abfallverursacher bereit, die Kosten für die Bereitstellung eines Endlagers zu tragen. „Für politisch gewünschten Aufwand zur Steigerung von politischer Akzeptanz aber muss der Gesetzgeber eine andere Finanzierungsquelle finden.“ Der Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“, Jochen Stay, sagte, nach der von ihm verkündeten „historischen Einigung“ stehe Altmaier mit leeren Händen da. Die Betreiber weigerten sich, die neue Suche zu finanzieren. Nur vier von 16 Ministerpräsidenten seien bislang bereit, in ihrem Land Atommüll dauerhaft lagern zu lassen. „Landes- und Kommunalpolitiker bringen die absurdesten Ar-

gumente vor, warum gerade ihre Region nicht als Atommülllager geeignet sei.“ Einige Lokalpolitiker suchen bereits jetzt nach Argumenten, warum es bei ihnen kein Endlager geben dürfe: So schickte der Oberbürgermeister der Stadt Singen/Hohentwiel, Oliver Ehret, unterstützt von 20 Kollegen im Landkreis Konstanz, eine Resolution an den Bundesumweltminister. Ehret sagte, bereits 2007 sei die vulkanisch geprägte Landschaft am Bodensee von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe untersucht worden. „Mit dem Ergebnis, dass der Hegau auf Grund der Geologie und der Erdbebengefahr ungeeignet ist.“ Vera Fröhlich

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Die Konsensmacher

NUKLEARE ENTSORGUNG Fraktionen legen Gesetzentwurf für Endlagerung vor

Ein Wort durfte bei der Debatte über die nukleare Entsorgung in keiner Rede fehlen: Konsens. Mit Ausnahme der Fraktion Die Linke zeigten sich die Abgeordneten am vergangenen Freitag nach 30 Jahren Streit um Gorleben zufrieden und erleichtert, noch vor Ende der Legislaturperiode einen gemeinsamen Gesetzentwurf (17/13471) für die Suche nach einem Endlager in den Bundestag einbringen zu können. Dennoch machten viele Redner auch deutlich, dass das Gesetz, erst der Beginn eines langen und auch kontroversen Prozesses sein werde.

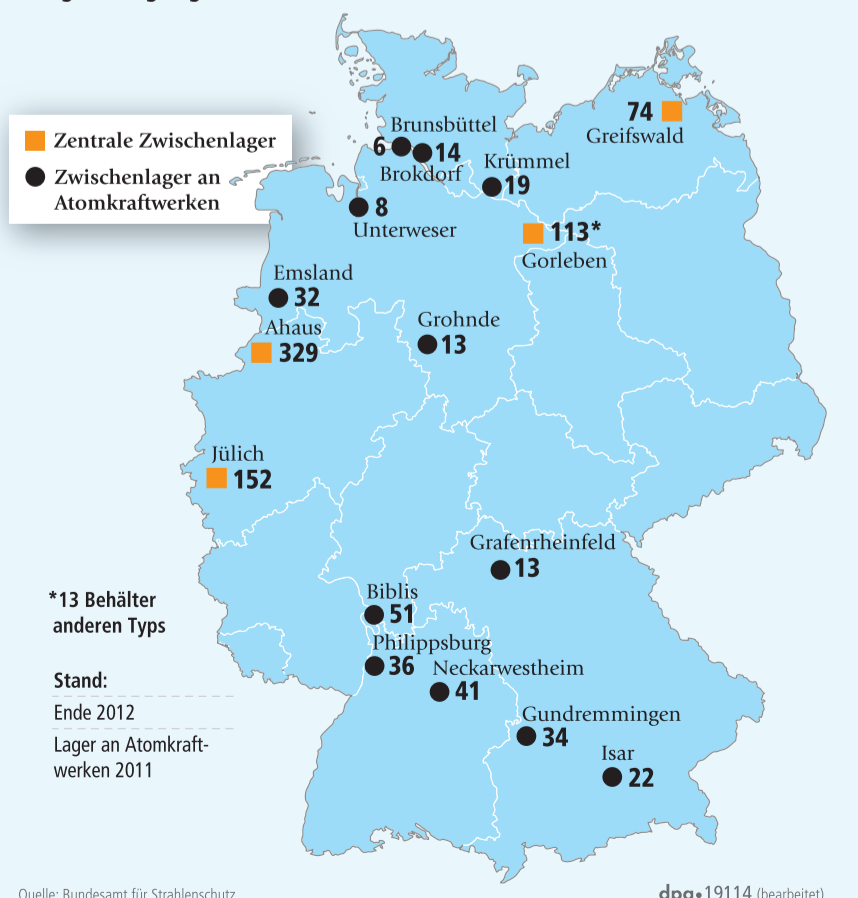
Konsens Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zeigte sich dennoch optimistisch: „Dieser Konsens ist ein historischer Durchbruch“, erklärte er in seiner Regierungserklärung. Damit werde für ihn eines der letzten Kapitel „in der langen und zugleich wechselvollen Kernenergiepolitik unseres Landes aufgeschlagen – und es wird eines der letzten sein“, versprach er. Mit dem Standortauswahlgesetz werde der Fahrplan für die Suche nach einem Endlager erstmals auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. „Die Generation, die es verursacht hat, muss es auch lösen“, forderte der Umweltminister. Dabei müssten die Kosten des Verfahrens von den Verursachern getragen werden: „Das ist gesetzlich vorgeschrieben“, sagte er. Er sprach damit einen der bereits bestehenden Streitpunkte an und bekräftigte erneut, dass es wie vereinbart keine weiteren Castor-Transporte nach Gorleben geben werde. Ei-

ne Frage, die besonders Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) beschäftigt. Er betonte, dass es keine weiteren Transporte mit hochradioaktivem Müll in sein Bundesland geben dürfe. „Kein Mensch würde sonst an die ergebnisoffene Suche glauben“, warnte er. Mit Blick auf andere Bundesländer, die bislang keine Castoren aufnehmen, sagte er: „Es kann nicht nur Aufgabe von rot-grünen Ländern sein, sich der nationalen Herausforderung zu stellen.“ Kurz vor Beginn der Debatte hatte auch Schleswig-Holstein den Druck erhöht. Nach einer Agentur-Meldung stellte Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) Altmaier eine Art Ultimatum. In einem Brief drohte er, das Gesetz könne am 5. Juli nur dann den Bundesrat passieren, wenn bis Mitte Juni sechs strittige Punkte wie auch die Frage des Zwischenlagers für die 26 ausstehenden Castor-Behälter geklärt wer-

ner über 30 Jahre umstrittenen Frage“. Er betonte aber, dass der Neustart „viel damit zu tun hat, dass Vertrauen entsteht“. Dazu müssten noch strittige Punkte geklärt werden. Hierbei geht es neben der Frage der Zwischenlagerung der Castor-Behälter auch noch um mögliche Enteignungen bei Erkundungen von Lagerstätten. Große Probleme sieht auch die Fraktion Die Linke. Dorothee Menzner begründete ihre Kritik mit „drei Grundirrtümern“: So wäre die Annahme, dass die „Zeit dränge“, nicht richtig, weil die radioaktiven Brennelemente frühestens 2068 einer Endlagerung zugeführt werden müssten. Außerdem kritisierte sie die Zusammensetzung der geplanten 24-köpfigen Bund-Länder-Kommission. Das Fehlen von ihrer Meinung nach kritischen Wissenschaftlern sei ein weiterer Grund, dass „der gesellschaftliche Grobkonflikt“ mit diesem Gesetzentwurf nicht beseitigt würde. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) hat inzwischen erhebliche Bedenken gegenüber dem Gesetzentwurf geäußert. Lammert wandte sich vor allem gegen die Ansiedlung der geplanten Expertenkommission beim Deutschen Bundestag. Es handle sich dabei zwar um ein „komplexes Thema“. Er vertrat jedoch die Ansicht, dass es dafür eine klare Ressortzuständigkeit beim Umweltbundesministerium gebe. Annette Sach

Atommüll in Deutschland

Mengen des gelagerten radioaktiven Abfalls in Castor-Behältern



Historischer Kompromiss Für den Bundesumweltminister ist die Einigung „historisch, weil wir damit den parteipolitischen Streit über die Kernenergie endgültig beenden“. Nach 30 Jahren heftiger Diskussion könne jetzt parteiübergreifend und unabhängig von Wahlterminen nach dem richtigen Standort für ein Atommüllendlager gesucht werden. In dem wissenschaftsbasierten Verfahren habe die Sicherheit Vorrang.

»Die Generation, die es verursacht hat, muss es auch lösen.«

Peter Altmaier (CDU) Umweltminister

Michael Kauch (FDP) begann seine Rede mit den Worten: „Das ist ein guter Tag.“ Gleichzeitig machte er deutlich, dass es mit dem Gesetz zwar ein Verfahren gebe, „aber damit ist das Problem noch nicht gelöst“. Dabei appellierte er an alle Parlamentarier: „Jeder, der dem Gesetz zustimmt, sollte sich darüber im klaren sein, dass es seinen eigenen Wahlkreis treffen kann.“

Offene Fragen Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin sieht in dem Kompromiss ebenfalls die Chance für einen Neustart, in „ei-

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Die Wartburg bei Eisenach (Mitte) und die Schlosskirche in Wittenberg (links und rechts) sind wichtige Stätten der Reformation. Sie werden für das Luther-Jahr 2017 als touristische Destinationen beworben.

Auf Martin Luthers Spuren

TOURISMUS Zum Jahrestag der Reformation locken vielfältige touristische Angebote

Im Jahr 2017 feiern die Protestanten das 500. Jubiläum der Reformation. Zum Jahrestag des Thesenanschlags Martin Luthers an der Schlosskirche in Wittenberg werden in Deutschland viele Touristen aus aller Welt erwartet. Schon jetzt wird das Reformationsjubiläum im Rahmen der Lutherdekade zelebriert und touristisch beworben. In der vergangenen Woche beschäftigte sich auch der Tourismusausschuss des Bundestag in einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema. Sieben Sachverständige waren eingeladen, über den „spirituellen Tourismus“ als Zielgruppe der Lutherdekade zu berichten.

Vielfältiges Angebot
Christian Antz von der Fachhochschule Westküste in Heide sagte, spiritueller Tourismus sei stark im Kommen. „Weil die Menschen das wünschen.“ Sie wollten mehr als nur Urlaub, sondern auch „Spiritualität, Emotionen, Werte, Heimat und Sinn.“

Das betreffe sowohl ältere als auch jüngere Menschen. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass die Investitionen im Rahmen der Lutherdekade auch nachhaltig touristische Wirkung erzielen. Er wies darauf hin, dass die Kirchen „das spirituelle Original“ besitzen und die Inhalte der touristischen Angebote liefern müssten. Dabei kritisierte

er jedoch, dass es vor Ort sehr viele verschiedene Initiativen gebe. Diese müssten stärker gebündelt werden, damit der Gast nicht den Überblick verliere.

»Die Menschen wollen auch Spiritualität, Emotionen, Werte, Heimat und Sinn.«

Christian Antz, FH Heide

Als Verbindung von kulturellem und spirituellem Tourismus beschrieb Jürgen Dittich, Präsident der Lutherweg-Gesellschaft e.V., den Lutherweg. Der Wanderweg entlang des Lebensweges Martin Luthers sollte den Menschen im Sinne des Pilgers Erfahrung über den Alltag hinaus liefern und die authentischen Stätten der Reformation näher bringen. Außerdem spreche der Lutherweg natürlich explizit Wanderer als Zielgruppe an. Ein solches Angebot ermögliche es auch, „über 2017 hinweg, die Thematik des spirituellen Tourismus nachhaltig zu gestalten.“

Birgit Dittmar von der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) erklärte, der Name Luther stärke im Ausland das positive Image Deutschlands und trage zu dessen Stellung als Kulturreiseland Nummer Eins in Europa bei. Deshalb bewerbe die DZT die Lutherdekade seit 2008 unter der Rubrik „Spirituelles Reisen“ auf ihrer Website. Für das Auslandsmarketing habe die DZT die zwei Themenblöcke „Reformation und Musik“ und „Reformation – Bild und Bibel“ herausgearbeitet. Die Lutherdekade werde zudem durch gezielte Präsentationen im Ausland bekannt

gemacht. So habe man im September 2012 eine große Marketing-Veranstaltung im südkoreanischen Seoul veranstaltet und für 2013 sei eine ähnliche Veranstaltung in Finnland geplant.

Thies Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), wies ebenfalls auf den „gewaltigen Klang“ hin, den die Stadt Wittenberg und die Person Martin Luther im Ausland hätten. Über 400 Millionen reformistisch geprägte Christen wären daran interessiert, nach Deutschland zu kommen. Vor Ort brauche es jedoch auch eine Infrastruktur, die die Interessen der Menschen aufnehme, speziell mehrsprachige Informationsangebote in Klöstern und Kirchen. Gundlach erinnerte daran, dass die Lutherdekade und das Reformationsjubiläum 2017 „kein evangelisches Kirchenfest“ seien, sondern auch religiös nicht gebundene Menschen ansprechen. Zudem wies Gundlach die Kritik Antz an der fehlenden Bündelung der Angebote zurück. „Auf der politischen Ebene war von Anfang an eine Bündelung da, bei der eine gemeinsame Grundrichtung ausgemacht wurde.“

Luther 2017 Erst seit kurzem existiert die Staatliche Geschäftsstelle „Luther 2017“, deren Geschäftsführer Stefan Zowislo in der vergangenen Woche ebenfalls zur Anhörung eingeladen war. Sie ist eine Kooperation zwischen sieben Bundesländern und dem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien mit dem Auftrag, „Deutschland und

die beteiligten Länder als Land der Reformation national und international zu präsentieren.“ Zowislo erklärte, im Rahmen der Lutherdekade seien vier nationale Sonderausstellungen geplant: 2015 in Torgau und 2017 in Wittenberg, auf der Wartburg und in Berlin.

Antje Rennack von der Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH und Projektkoordinatorin „Sachsen Barrierefrei“ sagte, ihre Gesellschaft arbeite daran, entlang der gesamten touristischen Servicekette einen barrierefreien Zugang zu den Attraktionen

zu ermöglichen. Manche Gebäude seien jedoch aufgrund des Denkmalschutzes nur eingeschränkt erreichbar. Trotzdem sei barrierefreier Zugang ein Wettbewerbsvorteil, der auch beworben werden müsse.

Christoph Seele, Beauftragter der Evangelischen Kirchen beim Freistaat Sachsen, wies darauf hin, dass viele der touristischen Attraktionen im ländlichen Gebieten seien und die Infrastruktur zum Teil entsprechend wenig ausgebaut sei. Zudem gebe es Nachholbedarf bei der Unterbringung von Jugendlichen.

Julian Burgert

STICHWORT

Die Luther-Dekade – 500 Jahre Reformation

Reformationsjubiläum Die Lutherdekade ist eine Veranstaltungsreihe zum Jubiläum der Reformation. Die Reihe begann 2008 und findet im Jahr 2017 ihren Abschluss. Dann jährt sich der Thesenanschlag Martin Luthers in Wittenberg zum 500. Mal.

Themenjahre Jedes Jahr der Luther-Dekade ist einem Thema gewidmet, darunter Reformation und Bekenntnis, Musik oder Politik. 2013 ist das Jahr der „Reformation und Toleranz“.

Besucher Anlässlich des Jubiläums werden viel Touristen aus aller Welt erwartet. Insbesondere aus Ländern mit großem protestantischem Bevölkerungsanteil wie den USA, Skandinavien, dem Baltikum oder Südkorea.



Keine kostenlose Verköstigung

ERNÄHRUNG Forderung nach unentgeltlichen Mittagessen in Schulen und Kindertagesstätten abgelehnt

Der Bundestag stimmte gegen einen Antrag (17/11880) der Fraktion Die Linke, die unentgeltliche Verpflegung in Schulen und Kindertagesstätten durch den Bund mit pauschal vier Euro je Kind und Tag zu finanzieren. Die Linke begründete ihre Forderung am vergangenen Donnerstag damit, dass Chancengleichheit in der Schule unabhängig vom Geldbeutel der Eltern auch die Verpflegung der Kinder betrifft. Das Plenum folgte damit einer Empfehlung des Ernährungsausschusses (17/13451) und lehnte gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung der Grünen den Antrag ab.

Schulspeisung Als „populistisch“ bezeichnete Carola Stauche (CDU/CSU) die Forderung der Linken und lehnte für ihre Fraktion den Antrag ab, der sich volksnah gebe und einfache Lösungen vortäusche. Stauche fand die Einführung einer komplett kostenlosen Verpflegung nicht hilfreich, „um Kinder und Jugendliche ein Bewusstsein vom Wert von Nahrungsmitteln zu vermitteln“.

Die Union setzte in dieser Frage auf die Familie, denn in ihr finde die Ernährungsbildung statt. Im Gegensatz dazu sprach sich Petra Crone (SPD) für mehr Unterstützung durch die Politik aus: „Heute sind fast alle Familienmitglieder außer Haus, ob auf der Arbeit oder in der Schule.“ Aufgabe sei es deshalb, den neuen Anforderungen gerecht zu wer-



Mittagessen in Schulen und Kitas wird auch künftig nicht gratis sein.

den. „Berufstätige Mütter und Väter werden durch eine ordentliche Schulverpflegung entlastet.“ Der Bund müsse die Länder durch geeignete Maßnahmen in die Lage versetzen, die höheren Kosten zu tragen. Eine Unterstützung könne deshalb sein, dass die Schulspeisung in die ermäßigte Mehrwertsteuer aufgenommen wird. Die Liberalen zeigten sich einverstanden mit dem Vor-

schlag, den Mehrwertsteuersatz für die Schulverpflegung zu senken. Doch Hans-Michael Goldmann (FDP) wunderte sich, dass „die SPD so tut, als wolle sie dem Antrag zustimmen“. Das Gegenteil sei der Fall. Goldmann erinnerte daran, dass die Zuverlässigkeit in dieser Frage bei den Ländern liege. Er kritisierte zudem, dass die veranschlagten Kosten von acht Milliarden Euro an der Sache vorbei gehen.

Karin Binder (Die Linke) antwortete für ihre Fraktion auf die Kritik, indem sie auf die soziale Situation aufmerksam machte: „Nehmen Sie zur Kenntnis, wie das Leben vieler Kinder aussieht.“ Schüler würden hungrig in der Schule lernen müssen, weil diese aufgrund zu geringer Einkommen ihrer Eltern nicht an der Schulspeisung teilnehmen. Auch sei die vorgeschlagene Pauschale von vier Euro nicht utopisch, „denn unter vier Euro kommt man nicht hin, eine hochwertige Ernährung zu gewährleisten“. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Nicole Maisch fest, dass besonders Kinder aus armen Familien von Fehlernährung und Übergewicht betroffen seien. „Doch die Koalition fühlt sich nicht zuständig für die Ernährung, handeln sollen immer andere.“ Aus diesem Grund forderte sie, die Länder beim Ausbau der Schulküchen und Mensen zu unterstützen. Jan Eisel

Linken-Vorstoß abgelehnt

REISEN Mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen Antrag der Fraktion Die Linke zum Thema sozialen Tourismus abgelehnt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich, die Linke stimmte für den Antrag. Im Antrag (17/11588) der Linken mit dem Titel „Reisen für alle – Für einen sozialen Tourismus“ forderte die Fraktion die Bundesregierung auf, ein für fünf Jahre ausgelegtes Programm für sozialen Tourismus vorzulegen. Das Programm sollte sich dabei am globalen Ethikkodex für den Tourismus orientieren, den tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung entsprechen und die Hinweise des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses berücksichtigen.

Im Detail verlangte die Fraktion, dass im Rahmen der Regelbedarfsätze des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) und SGB XII für Bedarfsgemeinschaften und Familien mit Kindern ein „angemessenes Budget“ für Erholungsurlaub berücksichtigt wird. Allgemein sollten Mittel für die stärkere Finanzierung von Projekten des sozialen Tourismus bereitgestellt werden. Obwohl der Tourismus für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens sei, könne sich jedoch ein großer Teil der Bevölkerung keinen Urlaub mehr leisten. Der Bundestag folgte in seiner Entscheidung der Beschlussempfehlung des Tourismusausschusses (17/13397).

jbb

Kritik an den Solar-Zöllen

WIRTSCHAFT Die Ankündigung der EU-Kommission, zum Schutz der europäischen Photovoltaikindustrie Strafzölle gegen China zu verhängen, ist im Wirtschaftsausschuss des Bundestages in der vergangenen Woche auf ein überwiegend kritisches Echo gestoßen. Die Situation der deutschen Solarwirtschaft und ihre mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sei nicht auf chinesische Einflüsse zurückzuführen, sondern auf das „süße Gift der Subventionen“, erklärte ein Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Die Verhängung von Strafzöllen sah der Sprecher „skeptisch“ und erklärte: „Wir leben von offenen Märkten.“

Auch der Sprecher der FDP-Fraktion erklärte, die Solarunternehmen hätten bis vor einigen Jahren sehr viel verdient, aber kaum in die Forschung und Entwicklung investiert. Man rate dazu, gegenüber der Volksrepublik China den Ball flach zu halten.

Die SPD-Fraktion erklärte, in der Vergangenheit sei im Bereich der Photovoltaik nicht alles richtig gemacht worden. Die Gründe für einen Teil des Niedergangs der Photovoltaikindustrie seien hausgemacht. Aber auch Subventionen in China für die dortige Industrie würden eine Rolle spielen. Bevor man zur Notreaktion der Strafzölle greife, müssten alle anderen Möglichkeiten genutzt werden.

Auch der Sprecher der Linkenfraktion sagte, Strafzölle seien keine ideale Maßnahme, „aber sonst brauchen wir in einem Jahr mehr über eine europäische Solarindustrie zu reden“. Die Grünen-Fraktion erinnerte, dass sich die Mehrheit der deutschen Hersteller deutlich gegen Dumpingzölle der EU ausgesprochen habe. Die Preise für die Module würden wieder steigen, nachdem sie über einen langen Zeitraum gefallen seien.

hle

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Gemischte Bilanz der Umweltpolitik

UMWELT Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) überraschte die Opposition mit einem Lob: er freue sich, dass er nach einem Jahr im Amt als „nettes Geburtstagsgeschenk“ das Erreichte im Plenum darstellen könne: „Es war ein gutes Jahr für den Umweltschutz und die Energiewende in Deutschland“, sagte er. Anlass der Debatte war eine Aktuelle Stunde in der vergangenen Woche, die von der SPD eingebracht worden war und den Titel „Bilanz nach einem Jahr Umweltminister Altmaier“ trug.

„Netter Typ, bunte Show, praktisch keine Ergebnisse“, sagte Ulrich Kelber (SPD) zu Beginn der Aktuelle Stunde. Er warf Altmaier (CDU) vor, in verschiedenen Bereichen wie bei den erneuerbaren Energien, beim Klimaschutz, der Biodiversität oder dem Ressourcenschutz nichts erreicht zu haben. „Das ist die Null-Bilanz von Peter Altmaier“, sagte er. Altmaier verteidigte seine Politik und nannte als positive Beispiele die drei großen Gesetzesvorhaben für die Rückholung der Abfälle aus der Schachtanlage Asse, die Reform der Photovoltaik und das Endlagersuchgesetz. Auch der Ausstieg aus der Kernenergie sei inzwischen „eindeutig, umfassend und überall, nicht nur auf grünen Parteitag, sondern auch im Bereich des Mittelstandes akzeptiert und unterstützt“, erklärte er. Für die FDP lobte Michael

Kauch die umweltpolitischen Projekte der schwarz-gelben Regierung: „Das waren vier gute Jahre für den Umweltschutz in Deutschland“, sagte er. Die Regierung habe in dieser Zeit die Energiewende beschlossen und eine dynamische Entwicklung der erneuerbaren Energien erreicht. Außerdem gebe es jetzt mehr Ökostrom für weniger Geld. „Es ist ein Märchen, dass die Energiewende gescheitert ist“, erklärte er. Die Grünen kritisierten die Arbeit des Ministers ebenfalls. So sei der Ausstoß von CO2 erstmals wieder um 1,6 Prozent gestiegen und die Zahl der Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien zurückgegangen, führte Bärbel Höhn (Bündnis90/Die Grünen) an. Als einzigen Erfolg Altmaiers bezeichnete sie den Kompromiss beim Endlagersuchgesetz, „aber es war ein Grüner, dem Sie diesen Erfolg zu verdanken haben“, sagte sie. Die Linke zog vor allem eine negative Resümee der Klimapolitik des Umweltministers. Für sie kritisierte Eva Bulling-Schröter, dass sich die Regierung in Brüssel bei der Frage der zeitweiligen Verknappung von Emissionszertifikaten enthalten habe. Außerdem bemängelte sie, dass die Linke beim Endlagersuchgesetz von den anderen Fraktionen ausgegrenzt worden sei. „Das Ergebnis ist, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zur Alibi-Veranstaltung wird.“ Annette Sach





Auf etwa 40 Prozent der deutschen Autobahnstrecken gibt es Geschwindigkeitsbeschränkungen. Oft sind sogar weniger als 120 Stundenkilometer erlaubt.

Zoos wollen Delfine halten

LANDWIRTSCHAFT Vertreter deutscher Zoos haben sich dagegen ausgesprochen, die Haltung von Delfinen in ihren Einrichtungen zu beenden. In einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in der vergangenen Woche sprach sich Thomas Kauffels, Direktor des Opel-Zoos in Kronberg, eindeutig für die Haltung der Großen Tümmler in deutschen Zoos aus. „Es gibt keinen Grund, die Tiere nicht zu halten.“ Grundlage der Anhörung war ein Antrag der Grünen (17/12657) mit dem Titel „Haltung von Delfinen beenden“.

Kauffels sah in der Verbotsinitiative einen Versuch, den Zoos zu schaden. Er wies auf die Botschafterfunktion der Tiere hin. „Wir reden über 16 Delfine in Deutschland, die einen großen Beitrag dazu leisten, dass man über diese Tiere spricht.“

Der Leitende Direktor des Nürnberger Tierparks, Dag Encke, vermutete in seiner schriftlichen Stellungnahme politische statt fachliche Gründe für den Verbotsantrag. Auch der Einzelsachverständige Thomas Althaus vermutete keine objektiven Gründe für den Verbotsantrag, sondern „reine Willkür“. Cornelis Erik van Elk vom niederländischen Dolfinarium Harderwijk konstatierte: „Unsere Umwelt braucht unser Engagement. Unsere Kinder brauchen Zoos, um Tiere kennen zu lernen und dann schützen zu wollen.“

Die Befürworter des Verbotsantrages argumentierten hauptsächlich mit den in ihrer Meinung nach schwierigen oder ganz unmöglichen Haltungsbedingungen. Karsten Brensing von der Whale and Dolphin Conservation wies auf zwei Probleme in den Delfinarien hin: Aggression und eine nicht nachhaltige Nachzucht. Er kritisierte, dass sich unter den Tieren keine Netzwerke entwickeln könnten. Diese Situation würde zu Aggressionen führen, die dann mit Psychopharmaka behandelt werden. Der Biologe Philip Loos sagte: „Die Haltungsbedingungen für Delfine sind nicht darstellbar.“ Er verwies auf ihre langen Wanderungen und tiefen Tauchgänge in freier Wildbahn und empfahl, „das vermeidbare Leiden der Tiere zu beenden.“

Immer schön langsam

VERKEHR Fraktionen haben unterschiedliche Auffassungen zur Unfallreduzierung auf Autobahnen

Deutliche Absage an ein generelles Tempolimit von CDU/CSU und FDP. Klares Ja von Bündnis 90/Die Grünen nebst der Fraktion Die Linke. Und die SPD-Fraktion bekräftigte bei einer Aktuellen Stunde im Bundestag in der letzten Woche die Aussage von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück: Da, wo es aus Sicherheitsgründen sinnvoll sei, trete er für eine Begrenzung der Geschwindigkeit ein – allerdings sei er gegen ein generelles Limit. Dies strich Johannes Kahrs in der Debatte heraus. Dass es in einer großen Volkspartei unterschiedliche Meinungen gebe, sei doch „ganz in Ordnung“.

Die SPD-Fraktion bekräftigte bei einer Aktuellen Stunde im Bundestag in der letzten Woche die Aussage von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück: Da, wo es aus Sicherheitsgründen sinnvoll sei, trete er für eine Begrenzung der Geschwindigkeit ein – allerdings sei er gegen ein generelles Limit. Dies strich Johannes Kahrs in der Debatte heraus. Dass es in einer großen Volkspartei unterschiedliche Meinungen gebe, sei doch „ganz in Ordnung“.



»Gabriels Äußerung ist das Signal für eine Politik der Bevormundung.«
Oliver Luksic (FDP)

Koalition wundert sich Er hob damit auf eine Äußerung von SPD-Chef Sigmar Gabriel ab, der sich für das Höchsttempo 120 überall auf Autobahnen eingesetzt hatte. Die Koalition hatte deshalb die Aktuelle Stunde beantragt – „verwundert“ über unterschiedliche Feststellungen „innerhalb eines Tages“, so Gero Storjohann (CDU). Er verwies darauf, dass die SPD auf ihrem Parteitag 2007 einen Tempo-130-Antrag beschlossen habe, seitdem aber im Parlament nicht aktiv geworden sei. Und drängte auf Auskunft: „was die SPD wirklich will“. Die Union setze auf Geschwindigkeitsbeschränkungen, „wo es Sinn macht“. Schon jetzt gebe es auf 40 Prozent der Autobahnen unterschiedliche Tempo-Einschränkungen – Baustellen etwa oder Gefahrenstellen. Ein wichtiger Bereich zur Verringerung

der Unfallzahlen müsse neben dem Umbau von Unfallschwerpunkten nicht zuletzt eine „intelligente Fahrzeugtechnik“ sein. Im Übrigen zielten die von der Koalition betriebenen Änderungen bei der Flensburger Verkehrssünderkartei ja ausdrücklich darauf, die Bedrohung der Verkehrssicherheit durch rücksichtsloses Fahrverhalten zu ahnden. Für die SPD warf Florian Pronold mit dem Verweis auf zwei Bücher einen Blick zurück auf den Smogso m m e r 1995. Damals habe Angela Merkel (CDU) als Umweltministerin für ein Tempolimit gekämpft, sei aber im Kabinett von Helmut Kohl gebremst worden. Darüber sei sie, so habe er gelesen, „in Tränen ausgebrochen“. Wegen ihrer Forderung habe sie sich aus der CSU die Titulierung „Vaterlandsverräterin“ anhehren müssen. Zudem, so Pronold, würde er auch gerne mal über den Gegensatz zwischen Kanzlerin und Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) über die Einführung einer Pkw-Maut reden. Dem warf er vor, als „Schlaglochminister“ die Gefahr heraufzubeschwören, dass es „de facto“ zu einem generellen Tempolimit kommen werde. Oliver Luksic (FDP) sah in der Gabriel-Äußerung ein „Signal“ für eine „Bevormundungspolitik“. Und fragte: „Wer spricht eigentlich für die SPD?“ Gabriel habe jeden-

falls „den Kanzlerkandidaten auf 180 gebracht“. Beide bremsen sich beim Tempo-Thema selber aus: „Das ist keine seriöse Politik.“ Für ihn steht fest: „Wir brauchen kein starres Limit auf Autobahnen.“ Zwischen Tempo-Obergrenze und Sicherheit bestehe „kein Zusammenhang“. Die Unfallzahlen zeigten ohnehin, dass die Verkehrssituation „vor allem auf den Landstraßen“ verbessert werde müssen.

Luksic meinte, Rot-Grün wolle – unabhängig von der Autobahn-Diskussion – auch in allen geschlossenen Ortschaften Tempo 30 einführen. Und die Begrenzung auf Autobahnen strebe die SPD „eigentlich“ auch an. Schließlich sei das deren Beschlusslage. Herbert Behrens (Die Linke) befand, die Tempo-Frage „gehört auch in den Wahlkampf“. Die Gabriel-Äußerung sei „eine Steilvorlage für die Koalition“. Er wolle indes nicht zulassen, dass das Thema nach der Debatte wieder in der Versenkung verschwindet. Die Zahl der Opfer zwinge dazu, jeden Vorschlag aufzugreifen, der „endlich mehr Verkehrssicherheit“ bringe. Kein Tempolimit, das sei ein „verkehrspolitisches Relikt“. Er zählte auf: 42 Prozent aller schweren Unfälle auf Autobahnen seien Geschwindigkeitsunfälle. Eine Tempobegrenzung führe zu einem flüssigeren Verkehrsfluss, mindere die Lärmbelastung und sei ein Beitrag zum Umweltschutz. Behrens hielt SPD und Grünen vor, das Thema nicht auf die Tagesordnung im Bundestag gebracht zu haben. „Keiner kommt um, alle kommen an.“ Dieser Schlusssatz stand über der Rede von Stephan Kühn von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er unterstrich: „Alle Fakten sprechen für ein Tempolimit.“ Er lenkte den Blick darauf, dass es „an vielen Stellen

Stau“ auf den Strecken gebe. Kühn setzte sich mit dem Vorwurf auseinander, Autobahnbaue wegen der Krötentunnel und Wildbrücken so teuer. In Wahrheit führten die wegen der hohen Geschwindigkeiten nötigen hohen Standards zu den großen

Ausgaben. Auch könne das Aggressionspotenzial durch ein Limit reduziert werden. Auf einer Autobahnstrecke bei Berlin habe die Einführung von Tempo 130 zur einer deutlichen Absenkung der Unfallzahlen geführt. Franz Ludwig Averdunk

Anzeige

Hier wird Geschichte zum Erlebnis!

PRAXIS GESCHICHTE

Unterrichtsanregungen und Materialien für einen schülergerechten und modernen Geschichtsunterricht

PRAXIS GESCHICHTE ist die führende Fachzeitschrift für den Geschichtsunterricht – und das aus gutem Grund: Unterricht außerhalb der klassischen Medien motiviert und belebt. Mit PRAXIS GESCHICHTE profitieren Sie von vielen neuen Ideen, Arbeitsblättern und zusätzlichen Materialien für einen schülergerechten und modernen Unterricht.

In jedem Heft finden Sie

- einen lehrplanorientierten Themenschwerpunkt
- zahlreiche differenzierte und handlungsorientierte Kopiervorlagen
- neue Ideen für einen methodisch und inhaltlich anschaulichen Unterricht
- erprobte Unterrichtsentwürfe und Arbeitsblätter
- regelmäßige kostenlose Beilagen wie Folien, Karten oder Poster

Geplante Themen der nächsten Hefte:

- Zeitschriften – illustrierte Geschichte
- Das Land der Pharaonen (Altes Ägypten)
- Die 1970er Jahre – in Ost- und Westdeutschland
- Erster Weltkrieg – Ereignis und Erinnerung

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.praxisgeschichte.de



6 Ausgaben pro Jahr

Jahresabonnement AboPlus:
Normalpreis: 63,00 €,
Studierende/Referendare: 42,60 €
Jahresabonnement Print:
Schulen/Institutionen: 102,00 €

Bestellen Sie einfach und schnell per

Telefon: 0531-708-8631
Telefax: 0531-708-617
E-Mail: abo-bestellung@westermann.de
Post: BMS
Bildungsmedien Service GmbH
Zeitschriftenvertrieb
Postfach 3320
38023 Braunschweig

... entdecke die Welt

westermann

Ein Meilenstein nach dem anderen

FINANZEN Banken werden stärker reguliert. Opposition hält Eigenkapitalhöhe für unzureichend

Die Finanzmarktregulierung schreitet voran. Und zwar beeindruckend, wenn man den Koalitionsfraktionen folgt. Über 30 Gesetze seien dazu bereits verabschiedet, lobte Hans Michelbach (CSU) am Donnerstag in der Plenardebatte. Weitere drei Gesetzentwürfe zur Kapitalausstattung von Banken und zur Regulierung von Fonds, die am Donnerstag zur Abstimmung standen, bezeichnete Michelbach als „Meilensteine“. Auch die Opposition gestand zu, dass, mit den Worten von Axel Troost (Die Linke), „zumindest die Richtung stimmt“. Allerdings habe die Regierung „längst nicht genug getan“.

Investmentfonds geregelt Mit den Gesetzentwürfen zu Investmentfonds werde der Grundsatz umgesetzt, dass kein Finanzprodukt unbeaufsichtigt sein dürfe, sagte Michelbach. „Haftung und Verantwortung auf den Finanzmärkten gehört zu den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft.“ Als eines der ersten Länder setze Deutschland zudem die Basel-III-Richtlinie zum Eigenkapital von Banken in nationales Recht um. Manfred Zöllmer (SPD) zollte dem durchaus seine Anerkennung. Allerdings könne niemand in der Wissenschaft sagen, ob die künftig geforderte Kapitalausstattung in ei-

nem neuen Krisenfall ausreicht. Immerhin habe die US-Bank Lehman Brothers vor ihrer Pleite zehn Prozent Eigenkapital gehabt. Zöllmer kritisierte, dass die von den Banken selbst entwickelten Modelle zur Risikoabschätzung weiterhin die Grundlage für die Berechnung des erforderlichen Eigenkapitals bilden sollten. Erst 2017 solle eine verlässliche Kennziffer eingeführt werden. Die strengeren Eigenkapitalvorschriften für Banken nannte Barbara Höll (Die Linke) richtig, aber nicht ausreichend. Um wirksam zu sein, müsse das Eigenkapital 20 bis 25 Prozent betragen. „Nur bei dieser hohen Quote würde kein Anreiz mehr bestehen, dass mit Verbriefungen locker-fröhlich spekuliert wird.“ Thomas Gambke (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass dem Staat durch die Steuergestaltung von Privatbanken jährlich 20 Milliarden Euro an Steuereinnahmen entgingen. Statt hiergegen jetzt etwas zu unternehmen, habe die Koalition dieses Thema auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Björn Sänger (FDP) begrüßte, dass Offene Immobilienfonds, mit denen sich Kleinanleger am Immobilienmarkt beteiligen können, erhalten blieben, aber krisenfester ausgestaltet werden müssten. Im Zuge der Finanzkrise hätten einige Offene Immobilienfonds schließen müssen.

Gegenstand der Debatte waren drei von der Bundesregierung eingebrachte Gesetzentwürfe, die EU-Richtlinien in nationales Recht umsetzen. Im CRD-IV-Umsetzungsgesetz (17/10974, 17/11474, 17/13524, 17/13541) geht es um strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken. Ihm stimmte der Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP sowie der SPD gegen die Stimmen der Grünen bei Enthaltung der Linken zu. Das AIFM-Umsetzungsgesetz (17/12294, 17/13395, 17/13396) unterteilt sämtliche Arten von Investmentfonds und deren Verwalter einer Finanzaufsicht. Er wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die der Linken bei Enthaltung von SPD und Grünen angenommen. Um die Anpassung weiterer Gesetze an dieses AIFM-Umsetzungsgesetz geht es im AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz (17/12603, 17/13036, 17/13522). Es wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen beschlossen, alle drei Oppositionsfraktionen stimmten dagegen. pst

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



KURZ NOTIERT

Steuerabkommen mit Cookinseln und Grenada

Die Regierungen der Cookinseln und von Grenada sowie die Bundesrepublik Deutschland haben sich vertraglich verpflichtet, gegenseitig auf Ersuchen alle für ein Besteuerungsverfahren oder ein Strafverfahren notwendigen Informationen zu erteilen. Der Bundestag stimmte am Donnerstag zwei von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwürfen (17/12958, 17/12959, 17/13345) zu. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmten den Verträgen zu, SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen waren dagegen. Die Linksfraktion enthielt sich. *hle*

Bundestag regelt Aufsicht für die KfW-Bankengruppe

Die Bundesregierung wird in Zukunft per Verordnung festlegen können, welche bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften bei der staatlichen Förderbank KfW anzuwenden sind. Der Bundestag stimmte am Donnerstag dem von der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (17/13061, 17/12815, 17/13318) zu. Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmten zu, Linksfraktion und Bündnis 90/Die Grünen waren dagegen. Die SPD-Fraktion enthielt sich. In dem Gesetz heißt es, die mit anderen Banken nicht vergleichbare KfW halte bereits heute wesentliche Aufsichtsvorschriften freiwillig ein, aber es gebe ein Bedürfnis festlegen zu können, „welche bankenaufsichtlichen Standards für die KfW entsprechend gelten“. *hle*

Grüne wollen Exportverbot für Überwachungstechnik

Die Bundesregierung soll den Export von Überwachungs- und Zensurtechnologie an autoritäre Staaten verhindern. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordert in einem Antrag (17/13489), der vom Bundestag am Donnerstag an die Ausschüsse überwiesen wurde, „sofort alle Möglichkeiten zu nutzen, um den Export von entsprechender Technologie und Software auf nationaler Ebene zu regulieren und in autoritäre Staaten zu unterbinden“. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich auf europäischer und internationaler Ebene verstärkt für den freien und ungehinderten Zugang zum Internet einzusetzen. *hle*

Bundesregierung soll auf Netzneutralität achten

IP-Datenpakete sollen im Internet grundsätzlich gleichberechtigt und diskriminierungsfrei behandelt werden. Dies fordert die Fraktion Die Linke in einem Antrag (17/13466), der vom Bundestag am Donnerstag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen wurde. Außerdem verlangt die Fraktion, dass die von Internetzugangsanbietern beworbenen Geschwindigkeiten von Internetanschlüssen den Kunden auch in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden. *hle*

Beilagenhinweis

Unserer Ausgabe liegt eine Beilage der Firma RSD Reiseservice bei.

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de



Neubau der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main: Von hier aus werden in Zukunft die größten europäischen Banken überwacht.

Großbanken unter EZB-Kontrolle

FINANZEN Institute müssen besonders risikoreiche Geschäftsbereiche abtrennen

Bisher national wahrgenommene Aufgaben der Bankenaufsicht sollen in Zukunft von der Europäischen Zentralbank (EZB) übernommen werden. Der Bundestag überwie am Freitag einen von Union und FDP gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf zur Aufsicht über Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank (17/13470) an die zuständigen Ausschüsse. Außerdem wird in Deutschland das sogenannte Trennbankensystem eingeführt, das Banken ab einer gewissen Größe zwingt, risikoreiche Teile ihres Geschäftsbetriebs auszugliedern. Der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Hartmut Koschyk (CSU), sagte, mit einer europäischen Aufsicht solle „das Vertrauen in unsere europäische Währung und in ein stabiles Bankensystem in Europa gefestigt werden“. Deutschland habe sich für eine klare Aufteilung der Aufgaben und für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips eingesetzt. „Wir konnten uns durchsetzen“, stellte Koschyk zufrieden fest. Auch der CDU/CSU-Finanzexperte Peter Aumer sagte: „Wir geben den Finanzmärkten den Regulierungsrahmen, den sie brauchen.“ Manfred Zöllmer (SPD-Fraktion) erklärte dagegen, Geldpolitik und Aufsicht könnten nicht getrennt werden, auch wenn Koschyk dies behauptete. Er fragte: „Wie soll eine EZB eine Bank beaufsichtigen, wenn sie gleichzeitig Geschäftspartner und Gläubiger ist?“ Zöllmer verlangte, die EZB-Aufsicht zeitlich zu begrenzen und eine unabhängige Auf-

sicht einzurichten. Zum Trennbanken-Gesetz sagte Zöllmer, hier werde nichts getrennt, sondern ein „Placebo-Gesetz“ beschlossen. Die Rettung der nächsten Pleitebank müsse wieder vom Steuerzahler bezahlt werden.

»Einfache Botschaften« Volker Wissing (FDP) entgegnete auf die Kritik der Sozialdemokraten, nicht Universalbanken, sondern Spezialbanken hätten die Krise ausgelöst. Die Opposition verbreite wahrheitswidrig die einfache Botschaft, die Universalbanken seien das Problem und Trennbanken die Lösung. Gleichwohl müsse man etwas tun, weil die Komplexität einer Bank zu einem Problem führen könne. „Wir vervollständigen Schritt für Schritt unser Werk einer guten Finanzmarktregulierung für Europa“, stellte Wissing fest. Axel Troost (Fraktion Die Linke) verlangte, die Banken nicht länger mit Samthandschuhen anzufassen. Es drohe ein Verlust der in Deutschland sehr erfolgreichen Allfinanzaufsicht durch die Bundesanstalt für

Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), warnte er. Jetzt würden aber gerade die besonders riskanten systemrelevanten Banken aus der deutschen Bankenaufsicht herausgenommen und in die EZB hineingegeben. „Das ist aus unserer Sicht kontraproduktiv und wird die Aufsicht eher verschlechtern und nicht verbessern.“ Zum Trennbanken-Gesetz erklärte Troost, die „Zocker-Banking-Teile“ würden in der gemeinsamen Banken-Holding bleiben. Die Verbindung zwischen den Bankteilen bleibe also erhalten. Genauso kritisch befasste sich Gerhard Schick (Grüne) mit dem Trennbankensystem. Es komme nicht zu einer wirklichen Trennung der Aktivitäten. Mit dem Gesetz seien die Banken und die Bundesregierung

zufrieden. Die Banken seien zufrieden, weil sich für sie nichts ändere, und die Bundesregierung, weil sie den Eindruck erwecke, es würde sich etwas ändern. In der Frage der europäischen Bankenaufsicht warf Schick der Regierung vor, zu spät zu kommen. Wenn es die Bankenaufsicht schon gegeben hätte, hätte in Spanien und Zypern bereits durchgegriffen werden können.

Aufsicht für bedeutende Banken Der Gesetzentwurf zur Bankenaufsicht soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der deutsche Vertreter im Europäischen Rat zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (SSM-Verordnung) in der Fassung vom 16. April 2013 (Ratsdokument 7776/1/13 REV 1) seine förmliche Zustimmung erteilen darf. Dem neuen einheitlichen Aufsichtsmechanismus werden automatisch sämtliche Eurozonen-Mitgliedstaaten angehören. Nicht-Eurozonen-Mitgliedstaaten können freiwillig teilnehmen.

Wie die Fraktionen in der Begründung des Gesetzentwurfs erläutern, konzentriert sich die direkte EZB-Aufsicht auf „bedeutende“ Kreditinstitute der teilnehmenden Länder. Kreditinstitute oder Konzerne mit einer Bilanzsumme über 30 Milliarden Euro oder mehr als 20 Prozent des Bruttoninlandsprodukts eines Mitgliedslandes gelten grundsätzlich als bedeutend. „Unabhängig von diesen Kriterien beaufsichtigt die EZB mindestens die drei bedeutendsten Kreditinstitute eines jeden teilnehmenden Mitgliedsstaats direkt“, schreiben die Fraktionen. Außerdem soll die EZB jene Kreditinstitute beaufsichtigen, die vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität

(EFSF) direkte Unterstützung beantragt oder erhalten hätten. Die direkte Aufsicht über die übrigen Kreditinstitute soll weiter durch die nationalen Bankenaufsichtsbehörden erfolgen. „Die EZB kann nationalen Bankenaufsichtsbehörden in deren Zuständigkeitsbereich nur allgemeine Weisungen erteilen und verfügt über hohe Aufsichtsstandards über ein Selbsteintrittsrecht, durch das sie die direkte Aufsicht über einzelne Kreditinstitute an sich ziehen kann“, schreiben die Fraktionen.

Trennbankensystem Zugestimmt hat der Bundestag der Einführung des sogenannten Trennbankensystems und neuer Pflichten für die Geldhäuser, die Vorkehrungen für ihre eigene Abwicklung treffen müssen. Der von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen (17/12601, 17/13035, 17/13532, 17/13539) wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP angenommen, die Oppositionsfraktionen stimmten dagegen. Mit dem Gesetz sollen systemrelevante Geldhäuser verpflichtet werden, den spekulativen Handel in rechtlich selbstständige Einheiten auszulagern. Zudem sollen die Strafen für Banker bei Verletzung von wesentlichen Risikomanagementpflichten verschärft werden. So drohen künftig bei Missmanagement bis zu fünf Jahre Haft. Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/12687, 17/13476) mit dem Titel „Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte: Erpressungspotenzial verringern – Geschäfts- und Investmentbanking trennen“.

de mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP angenommen, die Oppositionsfraktionen stimmten dagegen. Mit dem Gesetz sollen systemrelevante Geldhäuser verpflichtet werden, den spekulativen Handel in rechtlich selbstständige Einheiten auszulagern. Zudem sollen die Strafen für Banker bei Verletzung von wesentlichen Risikomanagementpflichten verschärft werden. So drohen künftig bei Missmanagement bis zu fünf Jahre Haft. Abgelehnt wurde ein Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (17/12687, 17/13476) mit dem Titel „Ein neuer Anlauf zur Bändigung der Finanzmärkte: Erpressungspotenzial verringern – Geschäfts- und Investmentbanking trennen“.

Arznei-Vorstoß gescheitert

UMWELT I Die Linke ist mit einem Antrag gescheitert, Humanarzneimittel stärker auf ihre Umweltbelastungen zu überprüfen und besser zu entsorgen. Der Antrag (17/11897) der Fraktion wurde am vergangenen Donnerstag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich. Die Linke hatte gefordert, bis 2015 ein bundeseinheitliches Rücknahmesystem für Alt-Arzneimittel zu schaffen, das von der Pharmaindustrie finanziert werden sollte. Das Arzneimittelgesetz (AMG) sollte dabei aus Sicht der Fraktion dahingehend geändert werden, dass auch für Medikamente, die vor der Einführung einer Umweltprüfung zugelassen wurden, eine nachträgliche Umweltprüfung durchgeführt werden könnte. „Die Vorschläge zeigen auf, wie an den Quellen die Menge an Arzneirückständen in Gewässern verringert werden“, erläuterte Ralph Lenkert für Die Linke den Antrag.

Für die Union erklärte Ingbert Liebing (CDU), man brauche noch mehr „Daten und Fakten“, wie sich Arzneimittel auswirken und warnte vor einer „Dramatisierung“. Waltraud Wolff räumte für die SPD ein, dass alle Fraktionen das Ziel teilten, die Umweltbelastung durch Arzneimittel zu reduzieren. Momentan sei die Belastung im Trinkwasser aber so gering, „dass keine Gefährdung des Menschen zu befürchten ist“, erklärte sie. Horst Meierhofer (FDP) gab zu Protokoll, er glaube nicht, dass man durch ein umfassendes Umweltmonitoring, wie es in dem Antrag gefordert wird, der Sache gerecht werden könne. Für Bündnis 90/Die Grünen stimmte Dorothea Steiner mit der Linksfraktion überein, dass es sich weiter verschärfende Probleme gebe. Der Antrag „liefert aber leider keine hinreichenden Lösungen, um derer Herr zu werden“. *as*

Neue Regeln bei Emissionen

UMWELT II Der Bundestag hat am vergangenen Donnerstag Änderungen des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes (17/13398) beschlossen. Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten gegen den Gesetzentwurf. Das Gesetz sieht vor, dass mit der dritten Handelsperiode des EU-Emissionshandelsystems für die Erstellung von Emissionsberichten ab 2013 grundsätzlich nur noch Prüfstellen tätig sein dürfen, die von den Mitgliedstaaten selbst zugelassen wurden. Nach der neuen EU-Verifizierungsverordnung sollen in Zukunft auch Einzelsachverständige als Prüfer zugelassen werden. Dabei müssen die Mitgliedstaaten jedoch sicherstellen, dass diese mit akkreditierten Prüfstellen gleichwertig sind. In den ersten beiden Handelsperioden des EU-Emissionshandels konnten die Mitgliedstaaten bislang weitgehend selbst entscheiden, wie sie die Prüfung von Emissionsberichten regelten. In Deutschland erfolgte die Prüfung des Emissionshandels bisher durch sogenannte sachverständige Stellen. Diese Stellen sind nach der neuen EU-Verifizierungsverordnung, mit der die Regelungen in Europa harmonisiert werden sollen, jedoch nicht mehr ausreichend legitimiert. *ad*

Linke fordert Solarsubvention

WIRTSCHAFT Die Bundesregierung soll kurzfristig ein Unterstützungsprogramm für die Photovoltaikindustrie auflagen, das der Branche zinsgünstige Kredite zur Verfügung stellt und damit die Vorfinanzierung der Produktionskosten ermöglicht. Die Fraktion Die Linke fordert in einem Antrag (17/13242) darüber hinaus ein Förderprogramm für kommunale Investitionen in erneuerbare Energien und deren Integration in kommunale Stromsysteme. Außerdem soll die Förderung der Forschung und Entwicklung von Speicherlösungen im Bereich Photovoltaik intensiviert werden. Der Antrag wurde am Donnerstag vom Bundestag an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Die Fraktion verweist auf Insolvenzen in der Photovoltaikindustrie und Ankündigungen von Werkschließungen. Ein stetiger Zuwachs von Strom aus Photovoltaikanlagen sei jedoch für das Gelingen der Energiewende ein zentraler Baustein. „Es ist daher auch erstrebenswert, die Produktionsstätten möglichst aller Teile der Wertschöpfungskette der Photovoltaikindustrie in Deutschland und Europa zu halten und innovativ auszubauen“, schreibt die Fraktion. Große Teile der Produktionsstätten der Photovoltaikindustrie seien in Regionen Ostdeutschlands angesiedelt, die vor 20 Jahren schon einmal einen Zusammenbruch der örtlichen Industrie verkraften mussten. „Ein abermaliger Niedergang eines ganzen Industriezweigs wäre für die Menschen vor Ort fatal“, warnt die Linksfraktion. *hle*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Mehr Wettbewerb

VERKEHR I Bundestag verabschiedet Gesetz zur Regulierung bei der Eisenbahn. Bundesnetzagentur wird gestärkt

Über das Ziel sind sich alle einig: Möglichst viele Menschen sollen von der Straße auf die Schiene gebracht werden. Doch Vorurteile gegenüber der Bahn gibt es viele. Die Züge sind überfüllt und dreckig, und wenn sie endlich kommen, sind sie zu spät. Außerdem sind die Fahrkarten zu teuer. Wettbewerb gibt es so gut wie keinen und das Geld, das aus den Mitteln des öffentlichen Personennahverkehrs für die Bahn bereitgestellt wird, versickert irgendwo im Konzern.

te, dass das Gesetz keine grundlegende Neuausrichtung der Bahn zum Beispiel mit der Einführung eines Deutschlandtaktes ermöglichte. Für die Grünen ist es wichtig, das monopolistische Verhalten der DB AG in den Griff zu bekommen. Dies gelinge mit dem Gesetz nicht.

Anhörung Bei der öffentlichen Anhörung des Verkehrsausschusses einen Tag zuvor hatten die meisten Experten noch Verbesserungen am Gesetzentwurf gefordert. So sah Susanne Henckel von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) „noch erhebliche Defizite“. Sie kritisierte vor allem, dass es weiterhin keine Trennung zwischen Netz und Betrieb gebe und die Gewinnabführungsverträge zwischen den Infrastrukturgesellschaften des DB-Konzerns und der DB-Holding weiterhin unangetastet blieben. Dies müsse jedoch unterbunden werden, damit die Gewinne der Eisenbahninfrastrukturgesellschaften, die überwiegend aus den Nutzungsentgelten des SPNV gespeist würden, für die Infrastruktur zur Verfügung ständen.

Professor Kay Mitusch vom Karlsruher Institut für Technologie sah das Vorhaben positiver. So werde ein entscheidender Schritt zum Abbau des Informationsmonopols und zum Abbau des grundlegenden Steuerungsdefizits der DB Infrastrukturunternehmen getan. Die Kontrollinstanzen der Kapitalmärkte seien bei DB und DB Netz weitgehend außer Kraft gesetzt, ohne dass es einen Ersatz dafür gäbe. Dies könne so nicht weitergehen. Es gebe hohe gesellschaftliche und politische Ansprüche an den Verkehrsträger Schiene. Dafür werde die Bahn mit hohen Steuermitteln unterstützt. Die Baukostenzuschüsse des Bundes und die Regionalisierungsmittel würden sich auf rund elf Milliarden Euro pro Jahr addieren. Ein Un-

ternehmen, das derart aus Steuermitteln finanziert werde, könne nicht hinsichtlich des effizienten Einsatzes dieser Mittel als „Black Box“ behandelt werden.

Für Engelbert Recker von Mofair bleiben die Möglichkeiten der Deutschen Bahn zur Diskriminierung ihrer Wettbewerber erhalten. Formal werde die Regulierung insbesondere durch eine Ausweitung der Kompetenzen der Bundesnetzagentur verschärft, gleichzeitig werde aber sichergestellt, dass die Regulierung in der Sache im Wesentlichen leerlaufe. So werde eine Genehmigungspflicht für die Trassenentgelte eingeführt. Gleichzeitig werde ein Großteil der Kosten der Eisenbahninfrastruktur von der Regulierung ausgenommen.

Mehr Regulierung gefordert Für Thomas Petersen, KCW GmbH, werden die Erwartungen an eine Senkung oder Stabilisierung der Infrastrukturpreise nicht eintreten, weil die Gewinnabführungsverträge nicht angegangen würden. Er hält eine weitere Verschärfung der Regulierung für notwendig, weil die Regelungen bisher nicht hätten verhindern können, dass die Trassen- und Stationspreise trotz gewaltiger Zuschüsse des Bundes kontinuierlich gestiegen seien. Dies habe dazu geführt, dass sich der Anteil der Infrastrukturpreise bei den Gesamtkosten des Regionalverkehrs „signifikant“ erhöht hätten. Dadurch sei der Spielraum der Länder bei den Bestellungen des SPNV deutlich eingeschränkt. Ihnen bleibe als einzige kostendämpfende Maßnahme, den Angebotsumfang zu reduzieren beziehungsweise abzustellen. Wenn die Preisentwicklung so weitergehe, würden massive Kürzungen im SPNV-Angebot wie zuletzt in Mecklenburg-Vorpommern Schule machen. Die Leidtragenden seien dann die Fahrgäste, insbesondere Geringverdienende und Schüler. *Michael Klein*



Die Preise für die Nutzung der Bahngleise werden immer höher. Das soll sich ändern.

Effizienz erhöhen Um dies zu ändern, hat der Bundestag am vergangenen Donnerstag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12726, 17/13526) zur Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich in geänderter Fassung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Opposition verabschiedet. Damit soll der Wettbewerb auf der Schiene gestärkt und die Effizienz im Eisenbahnbereich erhöht werden. Um dies zu erreichen, werden die Zahlungen für die Nutzung einer Eisenbahninfrastruktur reguliert und der Zugang der Nutzer zu Schienen, Bahnhöfen und den Elektroleitungen verbessert. Außerdem werden die Überwachungsmöglichkeiten der Bundesnetzagentur gestärkt. Für die CDU/CSU-Fraktion kommt man mit dem Gesetz bei der Regulierung des Eisenbahnmarktes einen „großen Schritt“ voran und die FDP betonte, dass trotz aller Regulierung die Deutsche Bahn (DB) AG weiterhin Anreize für Investitionen habe. Die SPD-Fraktion wandte sich gegen Forderungen des Bundesrates, der dem Gesetz noch zustimmen muss, Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge zwischen den Infrastrukturgesellschaften und der DB zu kappen. Die Fraktion Die Linke kritisiert,

Einfacher und transparenter

VERKEHR II Reform der Flensburger Punktekartei beschlossen

Die Flensburger Punktekartei wird reformiert. Der Bundestag stimmte am vergangenen Donnerstag einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/12636) in geänderter Fassung mit großer Mehrheit zu. Das Plenum folgte dabei einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (17/13452). Damit soll in Zukunft das bisher komplizierte, unübersichtliche und wenig transparente Punktesystem einfacher und transparenter werden. Deshalb gibt es künftig nur noch drei Kategorien für den Eintrag in die Flensburger Kartei: ein Punkt bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, zwei Punkte bei Ordnungswidrigkeiten, die die Verkehrssicherheit besonders beeinträchtigen sowie bei Straftaten ohne Führerscheinentzug, und drei Punkte bei Straftaten mit Führerscheinentzug. Weg sein soll der Führerschein auch, wenn insgesamt acht Punkte angestammelt wurden. Mehr Transparenz und Akzeptanz soll auch durch einen Verzicht auf die bisher komplizierten Tilgungsregelungen erreicht werden. Bei den parlamentarischen Beratungen wur-

de auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP unter anderem festgelegt, dass bei freiwilliger Teilnahme an den Fahrreignungsseminaren zwei Punkte vom Konto gestrichen werden können. Außerdem erhöhten die Parlamentarier die Verjährungsfrist von zwei Jahren, wie im Regierungsentwurf vorgesehen, auf 2,5 Jahre. Alle Fraktionen begrüßten die Vereinfachung des Punktesystems, die Regelung für feste Tilgungsfristen sowie die Konzentration auf verkehrssicherheitsrelevante Verstöße. Die Union wies darauf hin, dass wesentliche Vorschläge der Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung Eingang in das Gesetz gefunden hätten. Dazu gehöre die Möglichkeit der Punktebefreiung und die Verlängerung der Verjährungsfrist. Die SPD-Fraktion setzte sich zusätzlich für eine gesetzliche vorgeschriebene Evaluation der Fahrreignungsseminare ein. Für die Fraktion Die Linke ist die Reform des Punktekatlogs nur ein Baustein für mehr Verkehrssicherheit, und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hielt die Einführung eines Alkoholverbots am Steuer und Tempolimits innerorts und auf Autobahnen für dringend notwendig. *mik*

Seefahrt wird sicherer

VERKEHR III Datenbank für Schiffsunfälle beschlossen

Deutschland bekommt eine Datenbank für Schiffsunfälle. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13032) stimmte der Bundestag am Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (17/13532) zu. Damit wird eine gesetzliche Grundlage zur Errichtung eines elektronischen Datenbanksystems für Schiffsunfälle geschaffen, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Durch die neue

Datenbank soll die statistische Erfassung, Verarbeitung und Auswertung von Schiffsunfällen „erheblich“ verbessert werden. Die Datenbank dient neben statistischen Zwecken auch der Unfallforschung sowie der Erteilung von Auskünften. Die aus dieser Datenbank gewonnenen Erkenntnisse sollen ermöglichen, das Unfallgeschehen im Hinblick auf Gefahrenpotentiale, Unfallschwerpunkte und Mängel an Verkehrswegen und Schiffen zu erfassen. Weiter stimmte das Plenum der Verordnung über die Zulassung von Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen (17/13308) und der Verordnung zur Durchführung der Seeschiffsüberwachungsverordnung (17/13309) zu. Damit wird das Verfahren für die Zulassung dieser Unternehmen konkretisiert und dem Bewachungsunternehmen werden klare Vorgaben über die Anforderungen für die Zulassung von Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen gegeben. *mik*



Schiffsunfall auf dem Nord-Ostsee-Kanal

Anzeige

Lernerfolg leicht gemacht!

PRAXIS GESCHICHTE

Zusatzmaterialien für Ihren Unterricht

Preisvorteil für Abonnentinnen und Abonnenten*

Wir bieten Ihnen vielseitige Begleitprodukte rund um die Zeitschrift PRAXIS GESCHICHTE. Eine Auswahl finden Sie hier:

Dokumente des Holocaust	Best.-Nr. 161017	14,95 €*
Das Mittelalter – rund um die Staufer	Best.-Nr. 140001	29,95 €*
Themenhefte 2003–2007	Best.-Nr. 366017	99,95 €*

Diese und weitere Materialien rund um PRAXIS GESCHICHTE finden Sie unter:
www.praxisgeschichte.de/shop

Bestellen Sie einfach und schnell per
Telefon: 05 31-7 08-86 31
Telefax: 05 31-7 08-6 17
E-Mail: abo-bestellung@westermann.de
Post: BMS
 Bildungsmedien Service GmbH
 Zeitschriftenvertrieb
 Postfach 3320
 38023 Braunschweig

...entdecke die Welt
westermann

KURZ NOTIERT

Regierung will Abkommen mit Polen aktualisieren

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf (17/13418) zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken an der deutsch-polnischen Grenze vorgelegt. Das Abkommen enthalte Regelungen über die Zuständigkeit für die Erhaltung bestehender Grenzbrücken im Zuge des Bundesfernstraßennetzes und der polnischen Landesstraßen. Da es in den vergangenen Jahren zahlreiche Umstufungen und Bau- lastträgerwechsel gegeben hätte, müsse das Abkommen aktualisiert werden, heißt es im Gesetzentwurf, der am Donnerstag zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen wurde. *mik*

Bund gibt Geld für private Schienenwege

Der Bund wird die Träger von öffentlichen, nicht bundeseigenen Schienenwegen bei Ersatzinvestitionen mit Bundesmitteln unterstützen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13021) stimmte der Bundestag am Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (17/13494) in geänderter Fassung zu. Dadurch sollen zusätzliche Kapazitäten für den Schienengüterfernverkehr geschaffen und der Verkehrsnutzen der Schieneninfrastruktur der Eisenbahnen des Bundes verstärkt werden. Die Eisenbahn als besonders umweltfreundliches Verkehrsmittel müsse in die Lage versetzt werden, die wachsende Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen zu übernehmen. *mik*

Besserer EU-Datenaustausch nach Verkehrsdelikten

Verkehrsdelikte im europäischen Ausland sollen besser geahndet werden können. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag auf Beschlussempfehlung des Verkehrsausschusses (17/13351 neu) einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (17/13026) in geänderter Fassung. Damit soll die Richtlinie 2011/82/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Verkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte umgesetzt werden. Die Richtlinie regelt den elektronischen Halterdatenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei Verkehrsverstößen, die mit im EU-Ausland zugelassenen Fahrzeugen begangen wurden. *mik*

* Abonnenten der Westermann Fachzeitschriften erhalten 30 % Rabatt! Preis zzgl. Versandkosten. Stand: 01.01.2013. Preisänderungen und Irrtümer vorbehalten

KURZ NOTIERT

Grüne halten Mexikos Krieg gegen Drogen für gescheitert

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit ihrer Forderung gescheitert, ein geplantes Sicherheitsabkommen mit Mexiko „unter dem Primat der Menschenrechte“ zu gestalten.

SPD setzt sich für religiös Verfolgte im Iran ein

Die SPD setzt sich für eine Stärkung der Religionsfreiheit im Iran und der Rechte Glaubensgemeinschaft der Baha'i ein.

Mehr Stimmrechte für Entwicklungsländer

Der Bundestag hat die Anhebung der Stimmrechte von Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) gebilligt.

Grüne fordern Anstrengungen gegen den Hunger

Die Grünen fordern eine kohärente Strategie zur Ernährungssicherheit. Ein entsprechender Antrag der Fraktion (17/13492) wurde vergangene Woche in die Ausschüsse überwiesen.



Anfang Juli ist es offiziell: Dann wird Kroatien nach einem sieben Jahre währenden Aufnahmeverfahren Mitglied der EU. Im Bild die europäische und die kroatische Flagge am Regierungssitz in Zagreb

Zagreb nimmt die letzte Hürde

KROATIEN Der Bundestag stimmt nahezu geschlossen und ohne Gegenstimmen für den EU-Beitritt im Juli

Mano Kovic lächelt freundlich. Der auf der Besuchertribüne des Plenarsaals im Reichstagsgebäude sitzende Botschafter Kroatiens in Deutschland hat auch allen Grund dazu. Sein Land wird in die Europäische Union (EU) aufgenommen.

Signal für die Region Im Verlauf der Debatte zeigten sich Redner aller Fraktionen erfreut über den Beitritt des Westbalkan-Staates. Der erfolgreiche Abschluss des siebenjährigen Aufnahmeverfahrens sei aber auch ein Signal für die gesamte Region, lautete die fraktionsübergreifende Einschätzung.

Kroatiens profitiere. „Die wirtschaftlichen Verflechtungen sind eine Chance – gerade für Mittelständler“, sagte der FDP-Abgeordnete. „Während sich in manchen Gründungsstaaten der EU Euroskepsis und Re-Nationalisierung breitmachen, freuen sich die Menschen in Kroatien auf den Beitritt ihres Landes in die EU“, sagte Dietmar Nietan (SPD).

Strenge Verhandlungen An die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens im Jahre 1991 erinnerte Thomas Dörflinger (CDU). Die Anerkennung Kroatiens durch Deutschland sei damals kritisch bewertet worden.

auch auf die von SPD und Grünen vorgelegten Anträge (17/12182, 17/12821) ein, in denen eine stärkere Transparenz bei Beitrittsverhandlungen gefordert wurde.



Außenminister Guido Westerwelle und seine kroatische Amtskollegin Vesna Pusic

Thomas Nord (Die Linke) machte deutlich, dass die Akzeptanz des Beitritts in Kroatien selbst entscheidend für die Zustimmung seiner Fraktion gewesen sei.

chen werden dürfe. „Für Deutschland ist das angesichts der Mitverantwortung für den Zerfall Jugoslawiens eine moralische Verantwortung“, befand Nord, der zugleich Kritik an seinem Vorredner übte.



Wirtschaftspolitik von Deregulierung, Privatisierung und dem Abbau öffentlicher Leistungen ist kein zukunftsfähiger Weg für Europa und die Europäische Union“, urteilte der Linkenpolitiker.

Frage der Fairness Kroatien habe für den Beitritt viel getan und sei durch einen echten Transformationsprozess gegangen, sagte Manuel Sarrazin (Bündnis 90/Die Grünen).

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) nannte Kroatiens Beitritt „historisch“. Das Land werde jetzt ein vollwertiges EU-Mitglied, sagte der Minister.

Mehr zum Erweiterungsprozess der EU unter: http://ec.europa.eu/enlargement/index_de.htm

Streit um zwei Kilometer Küstenstreifen

ATALANTA Bundestag gibt grünes Licht für Fortsetzung des Einsatzes gegen Piraten vor Somalia

Der Bundestag hat den Anti-Piraten-Einsatz der Bundeswehr vor der Küste Somalias um ein Jahr verlängert. Für einen entsprechenden Antrag der Bundesregierung (17/13111) votierten am vergangenen Donnerstag in namentlicher Abstimmung 310 Abgeordnete, 206 stimmten dagegen, 61 enthielten sich.

Fortschritte“. Der Opposition warf Stinner vor, mit ihren Bedenken wegen der letztjährigen Ausweitung des Mandats auf den Küstenstreifen ein „Horror szenario“ zu zeichnen.



Mutmaßliche Piraten im Golf von Aden

der Piraterie in der Region nannte Nietan eine „positive Entwicklung“. „Das wollen wir in keiner Weise in Frage stellen.“ Ingo Gädchens (CDU) betonte, dass sich die Mandatserweiterung bewährt habe. „Es gab kein unkalkulierbares Abenteuer oder gar ein Massaker an Zivilisten an den Küsten vor Somalia.“

Patt in Sofia

BULGARIEN Der Wahlsieger Bojko Borissov strebt eine weitere Abstimmung an

Die Wahl hat er mit seiner GERB-Partei eigentlich gewonnen, nun strebt Bulgariens früherer Premier Bojko Borissov eine neue Abstimmung an.

Unentschieden Damit zeichnet sich im Parlament eine Pattsituation ab: Von den 240 Sitzen fallen jeweils 120 auf das rechte und auf das linke Lager.

der Europäischen Sozialisten, mehrmals abgelehnt hat.

Sofioter Politologe Martin Lessinski fest. Djkankows auffällige Bemerkungen über die „Nichtsteuer“ im öffentlichen Dienst oder bei der Akademie der Wissenschaft sorgten zudem für eine starke Polarisierung.

Modernisierungskurs Nach dem EU-Beitritt 2007 haben sich viele Bulgaren große Hoffnungen auf eine rasche Entwicklung ihres Landes gemacht.

In Sofia haben die Bürger auch nach der Wahl Mitte Mai heftig protestiert. Das Prinzip der massiven Bürgerbeteiligung auf allen institutionellen Ebenen müsse in einer neuen Verfassung verankert werden, lautet eine zentrale Forderung der Protestler.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Der Autor ist freier Osteuropa-Korrespondent.

Ungarns umstrittene Verfassungsänderungen werden in Brüssel immer kritischer gesehen. Anfang des Monats legte der Europaabgeordnete Rui Tavares (Grüne) einen Initiativbericht vor, in dem er fordert, dem Land das Stimmrecht in der EU zu entziehen, sollte es zu keinen Korrekturen kommen. Die EU-Kommission hatte Ungarn wenige Tage zuvor drei neue Vertragsverletzungsverfahren angedroht. Im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission bereits zwei Vertragsverletzungsverfahren in Gang gesetzt. Die ungarische Regierungschef Viktor Orbán spricht von einem „Rachefeldzug“ gegen sein Land. Die Gruppe der Regierungspartei Fidesz im Europäischen Parlament nannte den Initiativbericht gar „einen Versuch, Ungarn verfassungsmäßig zu kolonialisieren.“

Bisher überwiegt in Ungarn die Einschätzung, die EU werde nicht zu ihrem härtesten Instrument, dem Stimmrechtsentzug, greifen. Die zuständige EU-Justizkommissarin Viviane Reding bezeichnet ein entsprechendes Verfahren nach Artikel sieben des EU-Vertrags als „Nuklearkapazität“. Sie rät zum vorsichtigen Einsatz: „Man sollte zwei oder besser drei Mal überlegen, bevor man zu diesem Instrument greift.“ Reding weiß vor allem auch, dass es peinlich wäre, ein Verfahren nach Artikel sieben anzustoßen, dann aber keine ausreichenden Mehrheiten dafür zu finden. Im Europäischen Parlament wird die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit bisher klar verfehlt, weil die größte Fraktion, die Konservativen, sich weigert, gegen die konservative Regierung Orbán vorzugehen. Auch unter den EU-Mitgliedsstaaten zeichnet sich kein klares Votum für Sanktionen aus. „Nach dem Prinzip, eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus unterstützen die konservativen Regierungschefs nach wie vor Orbán“, beklagt die grüne Europaabgeordnete Rebecca Harms.

Grüne, Sozialisten und Liberale im Europäischen Parlament hoffen, dass der Initiativbericht neue Dynamik in das Thema bringt. Noch vor der Sommerpause soll er im Plenum diskutiert und verabschiedet werden. Er erhöht den politischen Druck, hat aber keine konkreten Folgen.

EU-Kommissarin Reding gilt durchaus als Befürworterin eines harten Vorgehens gegen Ungarn. Die Informationspolitik ihrer Mitarbeiter hat allerdings bereits zu Ärger geführt. So hatte die ungarischsprachige rumänische Zeitung „Mazs“ unter Berufung auf Redings Umfeld berichtet, dass die europäische Konservativen erwägen würden, die ungarische Fidesz-Gruppe im Europäischen Parlament auszuschließen. Die Konservativen haben dies dementiert, ihr Fraktionsvorsitzender hat sehr irritiert auf den Zeitungsbericht reagiert.

Neue Instrumente György Schöpflin, ein Europaabgeordneter der Fidesz, sieht Redings Vorgehen als Teil eines größeren Plans: „Ich denke, dass sie eine Grundlage finden will für neue Instrumente, mit denen die Kommission Mitgliedstaaten zur Disziplin rufen kann.“ Dies könne ihr nur gelingen, wenn sie Fidesz im Europäischen Parlament isoliere. Reding hat bereits öffentlich davon gesprochen, dass die EU sol-



Druck auf Ungarn wächst

EUROPA Der Streit um die Verfassung entfacht eine neue Debatte über Sanktionen gegenüber EU-Mitgliedstaaten

Die rechtsextreme Jobbik-Partei, hier eine Kundgebung Anfang Mai, ist drittstärkste Kraft im ungarischen Parlament. Ihre politischen Äußerungen werden nicht nur von Abgeordneten im Europäischen Parlament mit großer Sorge betrachtet.

che zusätzlichen Instrumente benötige, wie es zuvor auch schon EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso im September 2012 betont hatte. In einer Rede vor den europäischen Außenministern Ende April in Luxemburg sprach Reding von einer „Lücke“, die sich zwischen politischer Überzeugungskraft und der extremen Sanktionsoption nach Artikel sieben auftue. Die Kommission arbeitet bereits an einer Reihe von Instrumenten. Reding spricht jedoch von einem Prozess, der eher mittelfristig und nicht schon kurzfristig zu einem Ergebnis führen werde. „Während wir nicht ausschließen, dass die geltenden Verträge Handlungsspielraum lassen, glauben wir

auch, dass es angemessen wäre, dieses Thema bei möglichen Vertragsänderungen in Betracht zu ziehen“, betonte Reding mit Blick auf einen Konvent. Unterstützung bekam die Luxemburger Justizkommissarin bei dieser Suche nach neuen Instrumenten von Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP), der sich in einem Brief mit drei Amtskollegen ebenfalls für weitere Optionen stark gemacht hatte. Die Suche nach neuen Instrumenten ist auch deswegen logisch, weil die EU-Kommission bisher die Möglichkeit hat, Beitrittskandidaten sehr strenge Auflagen zu machen, aber an Einfluss verliert, sobald diese Länder der EU beigetreten wird. Reding betont allerdings,

dass ein neuer Sanktionsmechanismus „die starke Unterstützung aller Mitgliedsstaaten und nationaler Parlamente benötigt“. Ungarn ist der bisher drastischste Fall in der EU, in dem ein Land mit einer Reihe von Verfassungsänderungen die europäischen Grundwerte verletzt. Orbán, der seit 2010 mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit mit der Fidesz-Partei regiert, hat eine neue Verfassung durchgesetzt, die Anfang 2012 in Kraft trat. Seitdem wurde sie bereits vier Mal geändert. Einen Teil der Änderungen hat das ungarische Verfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft.

Silke Wettach

Die Autorin ist Korrespondentin in Brüssel.

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Soforthilfe für Opfer von Savar

ENTWICKLUNG Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) stellt für die Opfer des Fabrikeinsturzes in Savar in Bangladesch 2,5 Millionen Euro zur Verfügung. Das Geld sei insbesondere für die berufliche Wiedereingliederung der Überlebenden vorgesehen, die durch die Katastrophe bleibende Schäden erlitten haben, sagte die parlamentarische Staatssekretärin des BMZ, Gudrun Kopp (FDP), vergangene Woche im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Ein Vertreter der Unionsfraktion betonte die Wichtigkeit einer glaubwürdigen Zertifizierung von Textilprodukten. Ein Vertreter der FDP-Fraktion verwies in diesem Zusammenhang auch auf das Kaufverhalten deutscher Verbraucher. Politisch sei eine Verbesserung der Situation nur im EU-Rahmen und nicht als „Insellösung“ auf Bangladesch beschränkt zu erreichen. Textilproduzenten würden sonst schlicht in Nachbarländern ausweichen.

Ein Vertreter der Linksfraktion wies darauf hin, dass unter den Trümmern in Savar auch Etiketten eines deutschen Textilhandelsunternehmens gefunden worden seien. Der Gesetzgeber könnte durch ein Unternehmensstrafrecht hier Grenzen setzen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragte, was die Bundesregierung zur Förderung von Sozialstandards in Entwicklungsländern getan habe. Bei den geplanten Offenlegungspflichten der Produktions- und Lieferketten für Unternehmen sei die Bundesregierung häufig „Bremsen“ gewesen, kritisierte ein Vertreter der Fraktion. Die SPD-Fraktion forderte, bei zwischenstaatlichen Verhandlungen stärker als bisher auf die Einhaltung von ILO-Mindeststandards zu drängen. Zudem soll die Bundesregierung die Strategie der EU-Kommission zur sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR-Strategie) unterstützen. Nach den Plänen der Kommission wären Textilhändler in Europa verpflichtet, ihre Lieferketten offenzulegen, sagte eine Vertreterin der Sozialdemokraten. *aha*

Deutschland auf dem Prüfstand

MENSCHENRECHTE Die internationale Staatengemeinschaft sieht in Deutschland insbesondere bei der Bekämpfung von Rassismus und bei der Integration von Einwanderern Verbesserungsbedarf. Das habe die Anhörung im UN-Menschenrechtsrat in Genf im Rahmen der „Universal Periodic Review“ (UPR) Ende April ergeben, berichtete ein Vertreter des Auswärtigen Amtes vergangene Woche im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Der Menschenrechtsrat überprüft regelmäßig die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Das Gremium wird nun Empfehlungen ausarbeiten, die Deutschland annehmen oder ablehnen kann. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes sagte, bis September werde die Bundesrepublik zu den Empfehlungen Stellung nehmen.

Er unterstrich, dass eine Reihe von Staaten, darunter die Türkei, die dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ zugeschriebenen Morde und die Pannenser der Behörden bei der Aufklärung in den Mittelpunkt stellten. Weitere Themen seien die Integration von Einwanderern und die Geschlechtergerechtigkeit etwa in Bezug auf die Entlohnung gewesen. Daneben hätten eine Reihe von Staaten „politische Fragen“ gestellt: So hätte Weißrussland Polizeigewalt in Deutschland thematisiert, Nordkorea Einschränkungen bei der Versammlungsfreiheit moniert. Auch wenn dies manchem Beobachter merkwürdig vorkomme, böten die Äußerungen in der Anhörung eine „Bezugsgröße“ und „Berufungsgrundlage“ unter den Staaten – und nicht zuletzt die Gelegenheit zur Gegenfrage an den Fragesteller, betonte der Vertreter des Auswärtigen Amtes. *aha*

Regierung lobt Reformprogramm

EUROPA Das Nationale Reformprogramm (NRP) zeigt nach Auffassung der Bundesregierung große Fortschritte bei der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. In einer Sitzung des Europaausschusses erklärte vergangene Woche der parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Ernst Burgbacher (FDP), man habe die länderspezifischen Empfehlungen der Kommission aufgegriffen und „umfangreich inhaltlich umgesetzt“. Als ein Beispiel nannte er den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit sowie das Einhalten der Schuldenbremse bereits im Jahr 2012. Für die CDU/CSU-Fraktion sprach sich Johann Wadepuhl für einen Abbau der sogenannten kalten Progression aus, weil sie die Kräfte in der Wirtschaft bremse, die das Wachstum erhöhen. Die Steuerpläne der Opposition seien daher kontraproduktiv, sagte er. Kerstin Griese (SPD)

lobte, dass sich die Information des Parlaments beim NRP verbessert habe, die Einbeziehung der Verbände erfolge aber weiterhin zu kurzfristig. Sie kritisierte zudem, dass die Armut in Deutschland an der Langzeitarbeitslosigkeit gemessen werde. Den Arbeitsmarkt bezeichnete Gabriele Molitor (FDP) als „sehr guten Indikator“ für die wirtschaftliche Entwicklung. Für die Fraktion Die Linke wies allerdings Dieter Dehm darauf hin, dass zwar die Quote der Langzeitarbeitslosigkeit von 10,8 Prozent auf 8,1 Prozent gesunken, gleichzeitig aber die Armutsquote von 13,4 Prozent auf 15,3 Prozent gestiegen sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigte sich nach den quantitativen Zielen der Strategie Europa 2020: Lisa Paus wollte wissen, wo Deutschland in Bezug auf diese Ziele stehe und wie groß der Beitrag Deutschlands sei, diese Ziele auch zu erreichen. *as*

»Unser aller Wunde«

MAUTHAUSEN KZ-Gedenkstätte erinnert mit neuem Konzept an Opfer des Nationalsozialismus

Als die 11. US-Panzerdivision am 5. Mai 1945 das Konzentrationslager Mauthausen in Österreich befreite, bot sich ihr ein Bild von unvorstellbarer Grausamkeit: Sie trafen dort auf 18.000 ausgezehrt, bis auf die Knochen abgemagert, halb verhungerte Menschen. Seit 1938 waren dort von den Nationalsozialisten mehr als 200.000 Menschen unter grausamsten Bedingungen inhaftiert, gefoltert und zur Zwangsarbeit gezwungen worden, schätzungsweise die Hälfte von ihnen starb in Mauthausen oder einem der zahlreichen Nebenlager. 30 Häftlinge, die das Grauen überlebt haben, sind 68 Jahre später wieder an den Ort gekommen, der einst als „Vorhof der Hölle“ galt. Einer von ihnen ist Moshe Spitzer, der von seiner prominenten Schwiegertochter, der israelischen Justizministerin Tzipi Livni und ihren Söhnen, begleitet wird. „Die Wunde auf ihren Körpern ist nicht nur ihre Wunde, sondern unser aller Wunde“, sagte Livni bei der Gedenkveranstaltung Anfang Mai, zu der neben den Präsidenten Österreichs, Ungarns und Polens auch die Vizepräsidentin des Bundestages, Petra Pau, gekommen war. Sie legte im Anschluss an die Veranstaltung in Begleitung des deutschen Botschafters, Detlev Rüniger, zwei Kränze nieder. Aufgrund der früheren deutschen Teilung gibt es an der Gedenkstätte zwei deutsche Mahnmale.

Mauthausen und Gusen umgebracht wurden: 81.000 Namen und Schicksale. Auch die Gedenkstätte selbst wurde umgestaltet. In den Gebäuden wurde der Originalzustand freigelegt, früher angelegte „Beschnittenungen“ der Anlage verschwand.

Gruß und Mahnung Bei der Eröffnung legten in einer bewegenden Zeremonie viele der Überlebenden, oftmals gestützt von Freunden und Angehörigen, persönliche Erinnerungstücker oder Fotos in eine Zeitkapsel, die Teil der neuen Ausstellung ist. Sie soll als „Gruß und als Mahnung“ an die nächste Generation weitergegeben werden. Für Österreich ist diese Art des Umgangs mit der Geschichte mehr als die Eröffnung neuer Ausstellungsräume. Der österreichische

Bundespräsident Heinz Fischer wies darauf hin, dass die Aufarbeitung der Geschichte in seinem Land lange gedauert habe: „Die pauschale Formulierung als erstes Opfer Hitlers lenkte von manchen Fragen ab, die man hätte mit aller Deutlichkeit stellen müssen“, sagte er. Es sei der richtige Anlass und Ort, „den dringenden Appell zu richten, aus Geschichte zu lernen, jeder Form von Rassismus und Antisemitismus entgegenzutreten“, sagte er. Seine Worte waren von beklemmender Aktualität.

Neuer Antisemitismus Denn nur einen Tag zuvor waren in Budapest, nur rund 400 Kilometer von Mauthausen entfernt, 500 Menschen dem Aufruf der rechtsextremen Jobbik-Partei zu einer „antizionistischen Kundgebung“ gefolgt (siehe Beitrag oben). Die Partei, die bei den Wahlen 2010 knapp 17 Prozent der Stimmen erhielt, hatte Ende 2012 im Parlament verlangt, dass alle Juden in Ungarn auf Listen erfasst werden sollten. Aufgrund des wachsenden Antisemitismus in Ungarn hatte sich der jüdische Weltkongress entschieden, aus Solidarität seine Jahresversammlung in Budapest abzuhalten. Auch der Vertreter des amerikanischen Jewish Committee, David Harris, erinnerte in seiner Rede vor den 500 Gästen in Mauthausen daran, dass es bereits in drei europäischen Parlamenten offen fremdenfeindliche Parteien gebe. „Unterschätzen Sie nicht die Macht des Antisemitismus“, warnte er. Und an alle Anwesenden gerichtet sagte er: „Jeder von uns trägt eine Verantwortung.“

Annette Sach



Der neue „Raum der Namen“ – mit 81.000 eingravierten Namen von Ermordeten

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



FÜNF FRAGEN ZU: Gedenkkultur und Antisemitismus in Europa



PETRA PAU
Vizepräsidentin des Bundestages für die Fraktion Die Linke

»Es geht um die Generationen danach ohne ein eigenes Erleben.«

Was hat Sie bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ-Mauthausen besonders beeindruckt?
Wir sind in einer Umbruchsituation. Immer weniger Menschen können noch Zeugnis davon ablegen, was im Nationalsozialismus Menschen anderen Menschen angetan haben. Mich hat daher der Auftritt der mehr als 30 Überlebenden besonders bewegt.

Wie kann das Gedenken bewahrt werden, wenn diese Menschen einmal nicht mehr leben?
Ich halte es nicht für sinnvoll, Schulklassen an einen Gedenkstein zu zitieren, um zu sagen, gedenkt der Taten und der Toten. Entscheidend ist vielmehr die Frage, wie reagieren wir, wenn Menschen aufgrund bestimmter Merkmale oder der Zugehörigkeit zu einer Gruppe ausgegrenzt werden. Jedem muss klar gemacht werden, was so ein Verhalten für jeden einzelnen im Alltag bedeutet – und daher muss in solchen Fällen rechtzeitig ein „Stoppchild“ aufgestellt werden.

Beobachten Sie einen Wandel in der Erinnerungskultur?
Es gibt ihn und wir brauchen ihn auch. Es geht um die Generationen danach ohne ein eigenes Erleben. Und viele haben keine deutschen Wurzeln. Deshalb brauchen wir neue Zugänge zur Geschichte. Wobei es nicht um schlichtes Erinnern geht, sondern vor allem um die Gegenwart und die Zukunft. Menschenrechte und Demokratie müssen immer wieder neu bewahrt werden.

In Ungarn werden bei Demonstrationen wieder offen antisemitische Parolen gezeigt. Ist der Antisemitismus in Europa wieder salonfähig geworden?
Die Vorgänge in Ungarn dürfen uns nicht kalt lassen. Ich habe kürzlich im Bundestag gesagt, dass die Bundesregierung hier auch eine Verantwortung gegenüber ihren ungarischen Partnern in der EU hat. Man darf dort nicht wegsehen, sondern gerade weil man befreundet ist, muss man Freunde auch deutlich kritisieren dürfen.

Sie sind auch Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses. Vor kurzem hat Justizministerin Sabine Leutheusser-Scharnberger vorgeschlagen, in der nächsten Wahlperiode einen Extremismusbeauftragten einzusetzen. Halten Sie das für sinnvoll?
Das Verrühren aller möglicher Extremismen hat in der Vergangenheit nichts gebracht und ich kann dem auch für die Zukunft nichts abgewinnen. Gerade die Untersuchungen im NSU-Komplex zeigen, dass der Fokus der Sicherheitsbehörden nicht auf die spezifischen Zeichen für das Entstehen von Rechtsterrorismus ausgerichtet war. Man sollte daher den unterschiedlichen und sicherlich gefährlichen Phänomenen für die Demokratie adäquate Mittel entgegenzusetzen. Ich persönlich bin dafür, einen Beauftragten für Demokratie einzusetzen, um gezielt gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus vorzugehen.

Das Interview führte Annette Sach.

AFGEKEHRT

Die wahre Angela M.

Den Anfang machten die Bilder vom Urlaub auf der italienischen Ferieninsel Ischia: Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Ehemann und Familie beim Wandern und am Strand. Hier bekam die Öffentlichkeit ein im wortwörtlichen Sinne Bild der Kanzlerin als Privatmensch.

VOR 60 JAHREN ...

Nehmen und geben

3. Juni 1953: Gesetz über Länderfinanzausgleich Die Starken helfen den Schwachen. Das seit 1950 geltende Prinzip des Länderfinanzausgleichs ist simpel und stützt sich auf das Grundgesetz.



Berlin ist aktuell der größte Gewinner des Finanzausgleichs.

In dem Gesetzentwurf war damals mit veranschlagten 108,3 Millionen D-Mark Nordrhein-Westfalen als größtes Geber- und Schleswig-Holstein mit 97,2 Millionen D-Mark als größtes Nehmerland eingeplant.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

ORTSTERMIN: 2. POLITIKER-LAN UNTER DER REICHSTAGSKUPPEL



Die Bundestagsabgeordneten Dorothee Bär (CSU), Manuel Höferlin und Jimmy Schulz (beide FDP) (v. links) veranstalteten zum zweiten Mal eine Politiker-LAN im Bundestag.

Nichts für Ballermentarier

Die Kompetenz von Politikern bemisst sich nicht gerade danach, ob sie bei „Egoshooter-Spielen“ möglichst viele „Feinde“ abballern können.

Die Kompetenz von Politikern bemisst sich nicht gerade danach, ob sie bei „Egoshooter-Spielen“ möglichst viele „Feinde“ abballern können.

ren Rechnern habe erst eine Hardware-Struktur hervorgebracht, auf der jetzt alle Wirtschaftsbereiche aufbauen könnten.

LESERPOST

Zur Ausgabe 18 vom 29.4.2013, Seite 1: Die NPD ist eine reichlich unappetitliche Partei, die es besser nicht gäbe.

im 82-Millionen-Einwohnerstaat Deutschland eine kleine, in der Gesellschaft völlig isolierte Partei.

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament Platz der Republik 1, 11011 Berlin redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 10. Juni.

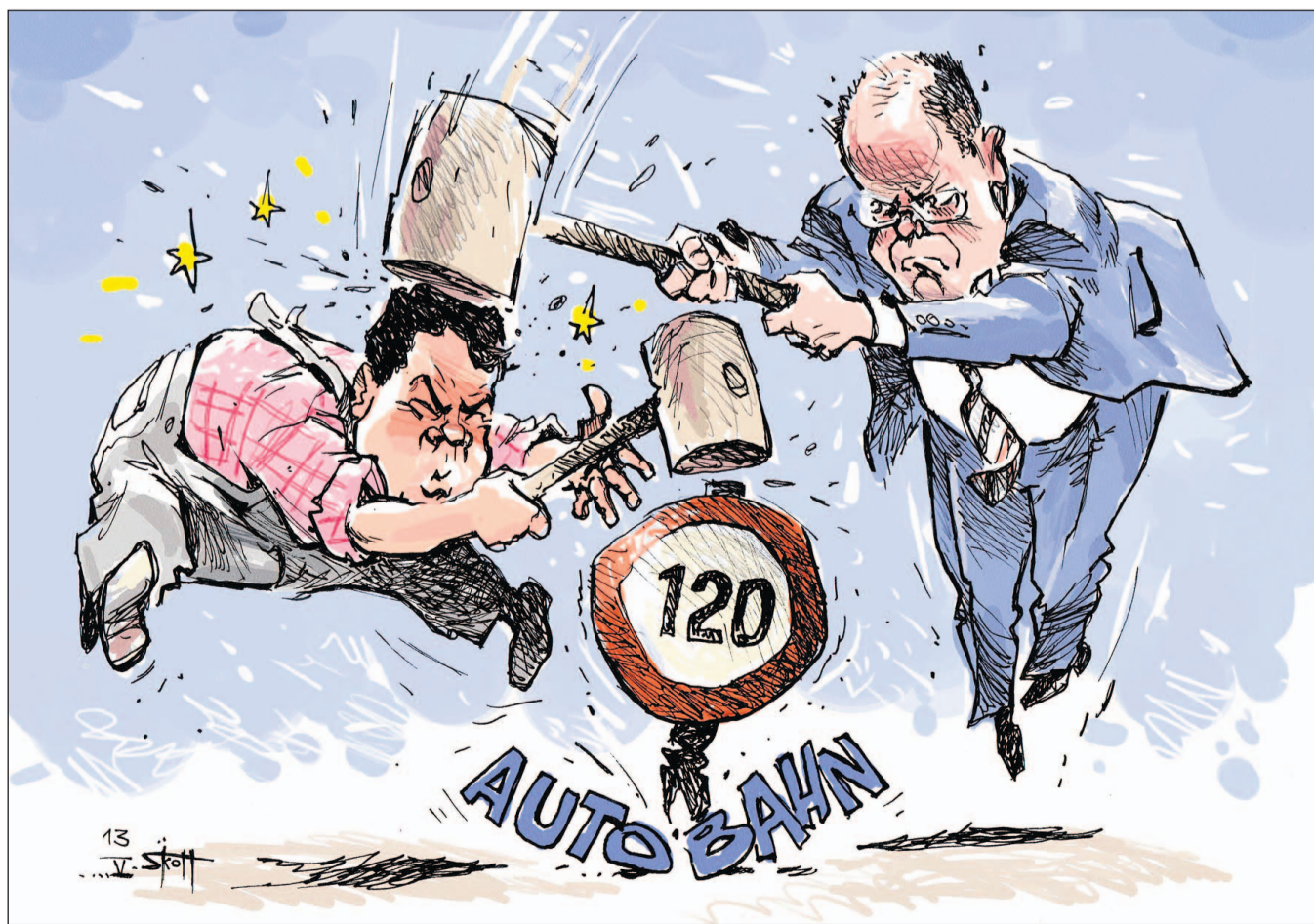
BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 03.-07.06.2013 Situation der Kommunen (Do), Die Lage der freien Berufe (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de: Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

SEITENBLICKE



NACHRUF

Jürgen Warnke gestorben

Am 27. April starb der ehemalige Bundesminister und CSU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Warnke im Alter von 81 Jahren.

NACHRUF

Trauer um Max Stadler

Am 12. Mai starb Max Stadler, Bundestagsabgeordneter der FDP und Parlamentarischer Staatssekretär, im Alter von 64 Jahren.



PERSONALIA

>Gerd Langguth † Bundestagsabgeordneter 1976-1980, CDU

Am 12. Mai starb Gerd Langguth im Alter von 66 Jahren. Der promovierte Politikwissenschaftler, Direktor bei der Bundeszentrale für politische Bildung und Staatssekretär war von 1970 bis 1974 RCDS-Bundesvorsitzender.

>Helmut Haussmann Bundestagsabgeordneter 1976-2002, FDP

Helmut Haussmann wurde am 18. Mai 70 Jahre alt. Der promovierte Diplom-Kaufmann, FDP-Mitglied seit 1969, war von 1975 bis 1987 Kreisvorsitzender in Reutlingen und amtierte von 1984 bis 1988 als FDP-Generalsekretär.

>Gisela Babel Bundestagsabgeordnete 1990-1998, FDP

Am 23. Mai wird Gisela Babel 75 Jahre alt. Die promovierte Juristin aus Marburg trat 1976 der FDP bei.

>Katrjn Fuchs Bundestagsabgeordnete 1983-1998, SPD

Katrin Fuchs feiert am 25. Mai ihren 75. Geburtstag. Die Fremdsprachenkorrespondentin trat 1970 in die SPD ein und war viele Jahre Vorsitzende des Unterbezirks Gütersloh.

>Klaus Haupt Bundestagsabgeordneter 1998-2005, FDP

Am 29. Mai wird Klaus Haupt 70 Jahre alt. Der Dipl.-Handelslehrer aus Hoyerswerda, FDP-Mitglied seit 1990, war von 1995 bis 1997 FDP-Vorsitzender in Sachsen.

>Antje Vollmer Bundestagsabgeordnete 1983-1985, 1987-1990, 1994-2005, Bündnis 90/Die Grünen

Am 31. Mai vollendet Antje Vollmer ihr 70. Lebensjahr. Die promovierte protestantische Theologin und Publizistin schloss sich 1985 der Partei Die Grünen an und gehörte 1984/85 dem ersten Fraktionsvorstand ihrer Partei im Bundestag an.

>Gundolf Gries Bundestagsabgeordneter 1990, CDU

Gundolf Gries wird am 2. Juni 70 Jahre alt. Der Dipl.-Ökonom aus Mülhausen trat 1961 der CDU in der DDR bei.

>Norbert Mann Bundestagsabgeordneter 1985-1987, Die Grünen

Norbert Mann feiert am 4. Juni seinen 70. Geburtstag. Der Richter aus Mülheim/Ruhr beteiligte sich 1980 an der Gründung der Partei Die Grünen und gehörte von 1979-1981 und 1989/90 dem Bundesvorstand an.

Dr. Thomas de Maiziére, Bundesminister der Verteidigung:

Verteidigungspolitischer Schlusstrich unter den Kalten



Thomas de Maiziére *1954
Bundesminister

Der Bundestagspräsident hat eben darauf hingewiesen: Am 4. Mai dieses Jahres ist ein deutscher Soldat in Afghanistan gefallen. Die Trauerfeier für ihn war am Montag. Frau Kollegin Kastner und ich waren dort. Die Beisetzung hat gestern stattgefunden.

Wir trauern um diesen Kameraden, sind in Gedanken mit den Angehörigen, mit denen der Generalinspekteur und ich auch sprechen konnten. Der Tod unseres Soldaten wie der aller Gefallenen ist uns Auftrag und Verpflichtung für unsere Arbeit in Afghanistan, in allen Einsätzen und auch in Deutschland, auch im Grundbetrieb und auch in der Neuausrichtung.

Diese Neuausrichtung der Bundeswehr ist eines der grundlegenden und großen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode. Sie ist ein tiefgreifender Umbruch in der Geschichte der Bundeswehr. Die Neuausrichtung ist für die Bundeswehr keine weitere Etappe in einer Reihe von Reformen. Sie ist nicht die soundsovielte Reform. Sie ist mehr als die Aussetzung der Wehrpflicht und mehr als Standortschließungen.

Mit der Neuausrichtung der Bundeswehr setzen wir einen verteidigungspolitischen Schlusstrich unter den Kalten Krieg und auch seine Nachwehen. Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist die grundlegende Antwort auf die veränderte sicherheitspolitische Lage, und sie ist die grundlegende Vorbereitung auf absehbare, ja auf unabsehbare zu-

künftige Aufgaben. Das hat viel zu tun mit Organisationen und Verfahren, mit dem Aufbau und dem Umbau und dem Abbau von Behörden, mit Schließungen und Umgruppierungen von Einheiten. Ich komme darauf noch zu sprechen.

Aber neben diesen wahrlich nicht zu unterschätzenden Strukturveränderungen ist die Neuausrichtung der Bundeswehr auch ein geistiger Prozess, der das Selbstverständnis der Bundeswehr berührt. Die geistige Dimension der Neuausrichtung schafft zugleich die Grundlage für eine neue Organisationskultur. Die Übernahme von Verantwortung vor Ort soll Freude machen. Wir wollen dem Prinzip des Führens mit Auftrag wieder mehr Geltung verschaffen. Eine Fehlerkultur auf allen Ebenen wollen wir ermöglichen, damit wir aus Fehlern lernen. Wir wollen, dass die Bundeswehr den Soldatinnen und Soldaten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Heimat bietet und Kameradschaft lebt. Wir wollen, dass sie Respekt, Achtung und Wertschätzung unserer Gesellschaft erfahren; denn unsere Soldaten und Mitarbeiter dienen wie keine andere Berufsgruppe unserem Land.

Ausgangspunkt und Ziel der Neuausrichtung ist der Auftrag der Bundeswehr.

Ausgangspunkt und Ziel der Neuausrichtung ist der Auftrag der Bundeswehr. Bis 1990 bestand die sicherheitspolitische Verantwortung Deutschlands vor allem darin, unser Land und Mitteleuropa durch Abschreckung zu verteidigen, ohne die Anwendung von militärischer Gewalt, nur durch die Balance von Sicherheit und Entspannung.

Das haben wir Schulter an Schulter mit unseren NATO-Alliierten gemacht. Oft haben wir dabei auf die starken Schultern der anderen verwiesen. Heute tragen wir als vereintes, starkes und souveränes Land im Herzen Europas Mitverantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt. Wir gehören heute selbst zu den starken Schultern. Wir werden gefragt.

Unser Einfluss ist erwünscht und anerkannt. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr – mit historischem Bewusstsein und politischem Augenmaß.

Wir sollten uns nicht überschätzen, aber auch nicht unterschätzen.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr schafft die Voraussetzung dafür, dass wir unsere internationale Verantwortung sicherheitspolitisch und auch militärisch erfüllen können. Sie ist ein deutliches Signal an unsere Verbündeten und Partner. Dort wird dies erkannt und anerkannt.

Deutschland ist auch und gerade wegen seiner Einsätze und auch und gerade wegen der Art und Weise seines Vorgehens bei Einsätzen ein angesehenes Mitglied der internationalen Gemeinschaft. Unsere Bundeswehr ist nicht das einzige, aber sie ist ein zentrales Instrument deutscher Sicherheitspolitik. Voraussetzung dafür aber sind die passenden Mittel, die richtigen Instrumente, gut ausgebildete Menschen und eine nachhaltige Finanzierung.

Die Bundeswehr war nicht umfassend auf die sicherheitspolitischen Voraussetzungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Das – ich füge es hinzu – ist für die Vergangenheit auch nicht kritikwürdig. Wir hatten mit den Veränderungen durch und seit 1990 wahrlich genug zu tun.

Für die Zukunft wäre der Status quo aber nicht ausreichend.

Das Ziel der Neuausrichtung ist deshalb eine einsatzbereite und leistungsfähige Bundeswehr, die der Politik ein breites Spektrum an Fähigkeiten und Handlungsoptionen bietet, eine Bundeswehr, die sich durch effektive Strukturen und effektive Prozesse auszeichnet, eine Bundeswehr, die nachhaltig finanziert und gut ausgerüstet ist, über eine ausgewogene Personalstruktur verfügt und als Freiwilligenarmee fest in unserer Gesellschaft verankert ist.

Unsere Bundeswehr ist ein hochkomplexes Gebilde. Sie scheint äußerlich vergleichbar mit einem global agierenden Konzern – mit bisher rund 300 000 Mitarbeitern an rund 400 Standorten im In- und Ausland, mit Kampftruppe, einem Luftfahrtunternehmen, einer Reederei, einem Krankenhausverbund, einem Logistikunternehmen, einer entsprechenden Verwaltung; die Liste ließe sich lange fortsetzen. Ein solch komplexes Gebilde bei laufendem Betrieb grundlegend zu verändern, ist überall schwierig. Nur:

Die Bundeswehr ist kein global agierender Konzern. Wir sind die Bundeswehr mit einem hoheitlichen Auftrag. Der Soldatenberuf ist kein Beruf wie jeder andere. Von niemandem sonst verlangen wir Tapferkeit, von niemandem sonst erwarten wir, sich bewusst in Gefahr zu begeben, von niemandem sonst verlangen wir, notfalls im Gefecht zu bestehen, und von niemandem sonst verlangen wir einen solch treuen Dienst.

Es geht bei der Neuausrichtung um eine Reform aus einem Guss, die keine Ecke der Bundeswehr, keinen in der Bundeswehr und auch keinen im Verteidigungsministerium ausspart. Ich weiß, dass das kritisiert wird. Das sei zu viel auf einmal, das sei zu schnell, sagen einige.

Es ist aber notwendig, dass wir alles gleichzeitig und gemeinsam auf den Prüfstand stellen und anpacken, weil die Dinge nämlich ineinandergreifen.

Unsere Entscheidungen sind 2011 und 2012 gefallen.

Nun setzen wir sie systematisch nacheinander um. Im Ministerium haben wir angefangen, um mit gutem Beispiel voranzugehen. Knapp 5 000 der 6 400 Organisationselemente der Bundeswehr werden umstrukturiert und sind direkt betroffen; die restlichen mindestens indirekt.

Der Zeitplan für die Umsetzung ist ehrgeizig, aber realistisch. Bis Ende dieses Jahres sind über die Hälfte der neuen Organisationselemente arbeitsfähig. Die neue Führungsorganisation wird bis Ende 2014 vollständig eingenommen sein. Die Verbände und Dienststellen werden bis Ende 2016 umstrukturiert sein. Spätestens 2017 wollen wir fertig sein. Wo stehen wir nun, und was ist noch zu tun? Ich möchte mich heute auf drei Punkte konzentrieren.

Erstens. Die geplanten Fähigkeiten der Bundeswehr sind sicherheitspolitisch begründet. Was heißt das? Die Bundeswehr wird im multinationalen Verbund eingesetzt. Das erfordert bündnisfähige Strukturen. „Bündnisfähigkeit“ bedeutet für ein Land von unserer Größe, auch als Rahmennation, ein breites Spektrum von Fähigkeiten vorzuhalten, in das sich kleinere Nationen einfügen können. Die Bundeswehr muss neben bekannten auch für neue Aufgaben vorbereitet sein, ohne sie schon genau zu kennen. Das ist so, wenn man in einer unsicheren Welt agiert. Für so viel wie

nötig vorbereitet zu sein, verlangt ein breites Fähigkeitsspektrum. Wir müssen nicht alles können, aber viel.

Wir sprechen hier nicht über abstrakte Prinzipien. In den letzten sechs Monaten hat der Deutsche Bundestag drei neue Einsatzmandate beschlossen. Kleinere Kontingente der Bundeswehr wurden in die Türkei sowie in den Senegal und nach Mali entsandt – mit unterschiedlichem Auftrag. Aus diesen Erwägungen – unsere Erfahrungen mit dem Einsatz, die Rolle im Bündnis und unsere internationale Verantwortung – haben wir uns für das Prinzip „Breite vor Tiefe“ entschieden. Das macht eine enge Arbeitsteilung mit unseren Partnern in Europa und in der NATO überhaupt erst möglich.

Natürlich gibt es für Fähigkeiten kritische Untergrenzen. Das ist wahr. Wir unterschreiten sie auch nicht. Wir wollen uns sicherheitspolitische Optionen in verschiedener Weise offenhalten. Deshalb darf unser Fähigkeitsspektrum nicht so aufgestellt sein, dass wir uns militärisch nur dann beteiligen können oder quasi müssen, wenn wir eine bestimmte Fähigkeit in größerem Umfang vorhalten, die mal gerade gebraucht wird. Wir müssen in der Lage sein, auch in kleinerem Umfang Kontingente zur Verfügung zu stellen, zum Beispiel: mal Flugzeuge zur Durchsetzung einer Flugverbotszone, mal Spezialkräfte, mal Ausbilder, mal Infrastruktur oder mal Sanität – jedes für sich Teil eines Pakets im Bündnis. Frankreich und Großbritannien, meine Damen und Herren, machen es im Übrigen ganz genauso.

Ein zweiter Punkt. Die geplanten Strukturen der Bundeswehr sind demografiefest. Was heißt das? Die demografischen Bedingungen sind auch für die Bundeswehr absehbar schwierig. Die Zahl der potenziellen Bewerberinnen und Bewerber

Unsere Soldaten und Mitarbeiter dienen wie keine andere Berufsgruppe unserem Land.

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/index.html>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister der Verteidigung)

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 13. bis 17. Mai 2013 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Arbeit und Soziales „Gesetz zu dem Seerechtsübereinkommen 2006 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 23. Februar 2006“ (Bundesregierung, 17/13059, 17/13302);

Finanzen „Gesetz zu dem Abkommen vom 23. Juli 2012 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich über die Nachnutzung der ehemaligen deutsch-österreichischen gemeinschaftlichen Grenzzollämter“ (Bundesregierung, 17/12954, 17/13346).

Verkehr und Bau „Gesetzes zur Anpassung des Luftverkehrsrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 der Kommission vom 3. November 2011 zur Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das fliegende Personal in der Zivilluftfahrt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008“ (Bundesregierung, 17/13029, 17/13349);

„Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004“ (Bundesregierung, 17/13031, 17/13350);

„Gesetzes zur Änderung des Verkehrsleistungsgesetzes“ (Bundesregierung, 17/13028, 17/13352);

„Erstes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes“ (Bundesregierung, 17/13027, 17/13465);

„Schiffsunfalldatenbankgesetz (SchUnfDatG)“ (Bundesregierung, 17/13032, 17/13532);

Entwicklungszusammenarbeit „Gesetzes zur Änderung des Abkommens vom 11. April 1955 über die Internationale Finanz-Corporation“ (Bundesregierung, 17/12953, 17/13366);

Wirtschaft und Technologie „Verordnung über die Zulassung von Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen (Seeschiffbewachungsverordnung – SeeBewachV)“ und „Verordnung zur Durchführung der Seeschiffbewachungsverordnung (Seeschiffbewachungsdurchführungsverordnung – SeeBewachDV)“ (Bundeswirtschaftsministerium, 17/13308, 17/13309, 17/13525).

Ablehnung

Gesundheit Antrag „WHO-Tabakrahenkonvention umsetzen – Vollständiges Tabakwerbeverbot einführen“ (Die Linke, 17/12838, 17/13368).

eines Jahrgangs für den Dienst in der Bundeswehr haben sich seit 1990 ungefähr halbiert.

Die Bundeswehr brauchte deshalb eine realistische Personalplanung.

Dabei bleibt es. Notwendig war und ist ein gleichzeitiger Abbau, Umbau und Aufbau des Personalkörpers Bundeswehr. Nach derzeitigem Stand sieht es danach aus, dass wir unsere Ziele erreichen – quantitativ und qualitativ, über alle Statusgruppen hinweg. Die jungen Menschen bewerben sich bei uns. Wir können unter Bewerbern auswählen. Ich freue mich darüber.

Die Bewerberzahlen sind insgesamt gut. Es gibt allerdings Ausnahmen, zum Beispiel bei der Marine. Wir sind uns jedoch bewusst: Wir stehen mit Blick auf die Personalgewinnung vor großen Herausforderungen.

Deshalb haben wir auch gerade den gesamten Organisationsbereich Personal so umgestaltet, dass er den Erfordernissen der Bundeswehr und denen des Arbeitsmarktes entspricht. Die bisher zersplitterten Zuständigkeiten für Personal werden gebündelt. Interessenten und Bewerber, aktive Mitarbeiter und Soldaten haben bei der Bundeswehr künftig einen zentralen Ansprechpartner.

Dort fassen wir die Personalführung für zivile Mitarbeiter und Soldaten zusammen und führen sie als einen Personalkörper aus einer Hand. Mitarbeiter und Soldaten, militärische und zivile Organisationsbereiche: Sie alle sind eine Bundeswehr. Aus einem Nebeneinander von zivilen Mitarbeitern und Soldaten machen wir ein Miteinander.

Auch das verlangt ein Umdenken.

Die Bundeswehr wird künftig im Verhältnis über weniger Berufssoldaten und mehr Zeitsoldaten verfügen, mehr als zwei Drittel. Deswegen werden wir auch keine Berufsarmee, sondern wir sind eine Freiwilligenarmee.

Unser Personal verlässt die Bundeswehr höher qualifiziert, als es in sie eingetreten ist. Das unterscheidet uns von vielen anderen Streitkräften in der Welt. Wir sind deswegen mit der Wirtschaft keine Konkurrenten um junge Menschen, sondern in Wahrheit Partner. Die Wirtschaft wird wie bisher Zeitsoldaten einstellen, wenn sie die Bundeswehr verlassen. Sie tut damit etwas für unser Land und etwas Gutes für sich. Bessere Bewerber findet sie nicht.

Für junge Menschen gehört zur Attraktivität eines Arbeitgebers neben einem guten Gehalt auch ein guter Ruf. Seit Jahren gehört die Bundeswehr für Schüler zu den attraktivsten Arbeitgebern. Auch in diesem Jahr belegt sie in den Umfragen den dritten Platz. Jüngst wurde der Bundeswehr von Studenten bescheinigt, zum oberen Drittel der Toparbeitgeber zu gehö-

ren. Wir waren der Aufsteiger des Jahres.

Das hat sich an der Humboldt-Uni vielleicht noch nicht herumgesprochen.

Gleichzeitig müssen wir aber besser daran arbeiten, diejenigen zu halten, die wir haben. Das hat mit guten Dienstbedingungen zu tun. Das hat viel zu tun mit der noch nicht ausreichenden Vereinbarkeit von Familie und Dienst und mit Aufstiegschancen. An all dem arbeiten wir. Hier werden wir weiter investieren. Das Reformbegleitprogramm und das Attraktivitätsprogramm sind deshalb wichtige Eckpunkte der Neuausrichtung.

Ein dritter Punkt: Die Neuausrichtung ist solide finanziert.

Die neu ausgerichtete Bundeswehr ist nachhaltig finanzierbar.

Was heißt das? Wir stellen die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. Der aktuelle Haushalt, die Eckwerte für den Haushalt 2014 und die mittelfristige Finanzplanung schaffen eine stabile

Grundlage für die nachhaltige Finanzierung der Bundeswehr in ihren neuen Strukturen. Unser Haushalt bleibt im Wesentlichen gleich. Höhe und Stabilität unseres Haushalts in den nächsten Jahren halten jedem Vergleich mit unseren vergleichbaren Partnern in Europa stand, insbesondere dem Vergleich mit Großbritannien und Frankreich. Der Verteidigungshaushalt dieser Bundesregierung ist ein Bekenntnis zur Bundeswehr und zu unserer internationalen Verantwortung.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr beendet zudem unzureichende Abläufe der Rüstungsbeschaffung und -nutzung. Das liegt auch im Interesse der Steuerzahler.

Wir alle waren – übrigens nicht nur in Deutschland – mit den Beschaffungsprozessen der Bundeswehr für moderne Rüstungsgüter unzufrieden. Ein kritischer Blick richtete sich dabei oft auf die Industrie; das ist aber heute nicht mein Thema. Denn auch in der Bundeswehr gab es Schwachstellen. Die sogenannten Bedarfsträger wollten schnell das Allerbeste kaufen bzw. haben. Die sogenannten Bedarfsdecker mussten es irgendwie beschaffen. Die Haushälter sollten es irgendwie finanzieren. Die Beschaffungskosten wurden von den Nutzungskosten entkoppelt.

Wünsche an ein neues Großgerät wurden auch nach der Bestellung ständig verändert. Der IT-Bedarf wurde unterschätzt. All dies wird mit der Neuausrichtung der Bundeswehr grundlegend verändert.

Das neue Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung ist aufgestellt und beginnt, mit neuen Verfahren zu ar-

beiten. Wir planen nur, was wir uns leisten können. Wir beschaffen nur, was wir brauchen, und nicht, was uns angeboten wird.

Die Nutzungskosten werden von Beginn an in die Kostenkalkulation einbezogen. Nachträgliche Veränderungen werden erschwert. Gerade die Erfahrungen der letzten Tage zeigen, wie notwendig ein integriertes Beschaffungs- und Nutzungsverfahren ist, das von Beginn an alle denkbaren Gesichtspunkte in den Blick nimmt.

Wenn Probleme bei neuartigen Modellen auftauchen, wie bei dem Fall, über den wir jetzt diskutieren, so wird erst daran gearbeitet, sie zu lösen. Wenn wir dann sehen, dass diese Probleme nicht adäquat behoben werden können, wenn Kosten aus dem Ruder zu laufen dro-

hen, dann ziehen wir lieber die Reißleine – auch in Zukunft. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Das werden wir auch in diesem Fall chronologisch genau dokumentieren.

Die Neuausrichtung wird umgesetzt, und zwar konsequent von oben nach unten. Mit dem Ministerium haben wir angefangen. Dazu gehört auch die Verringerung der Zahl der Mitarbeiter von 3 500 auf 2 000. Seit dem 1. April 2012 arbeiten wir mit der neuen Struktur. Ab der zweiten Jahreshälfte 2012 folgten nach und nach die Aufstellung der drei neuen Bundesoberbehörden, die Auflösung der bisherigen Strukturen und die Aufstellung der höheren militärischen Kommandobehörden. Ende 2012 wurde mit der Aufstellung der sogenannten Fähigkeitskommandos, also der Ebene unter den Inspektoren, begonnen.

Die Neuausrichtung beginnt, im Alltag zunehmend sichtbar zu werden: die Konzentration von Aufgaben an einer Stelle, der Verzicht auf Doppelstrukturen, die Stärkung der Verantwortung unterhalb des Ministeriums, der Abbau einer ganzen Kommando- und Verwaltungsebene, die erstmalige Unterstellung der gesamten Streitkräfte unter den Generalinspekteur der Bundeswehr als wirklich obersten Soldaten der Bundeswehr und ein umfassendes Programm zur Deregulierung, um den Entscheidern die erforderliche Gestaltungsfreiheit zu geben.

All diese Maßnahmen greifen.

Aber: Die Neuausrichtung verlangt den Mitarbeiterinnen und Soldaten viel ab. Der Abschied von gewohnten Rollen und Aufgaben, von eingespielten Strukturen und Abläufen, von vertrauten Orten und Netzwerken und der Personalabbau und -umbau kosten Kraft und führen zu Unsicherheiten. Wer hätte dafür kein Verständnis?

Die Sachentscheidungen in einem derartig tiefgreifenden Verän-

derungsprozess – mögen sie auch noch so logisch und sinnvoll sein – werden nur dann von den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umgesetzt und gelebt, wenn sie ausreichend bekannt sind, verstanden und mitgetragen werden. Hier gab es Kritik, auch berechtigte Kritik. Wir haben sie aufgenommen. Enttäuschungen und Kritik begleiten jeden großen Veränderungsprozess.

Die Angehörigen der Bundeswehr wissen aus eigener Anschauung am besten, warum die Neuausrichtung notwendig ist; sie sind von der Notwendigkeit der Veränderungen überzeugt und tragen sie trotz mancher einschneidender persönlicher Nachteile insgesamt mit.

Das Wie der Neuausrichtung müssen wir besser vermitteln; aber wir werden trotzdem nicht jeden zufriedenstellen können. Personalabbau, Versetzungen, Abgabe von Aufgaben an andere Ressorts – da hat das „Mitnehmen“, wie es immer gefordert wird, objektive Grenzen.

Dennoch: Die Erfolge bei der Umsetzung werden Woche für Woche sichtbar. Auf diesem Weg sollten wir weitergehen. Ich will ihn mit möglichst vielen gemeinsam gehen. Nichts, meine Damen und Herren, fürchtet die Bundeswehr mehr als eine neue Reform. Verlässlichkeit und Kontinuität bei der Neuausrichtung – das sollten wir anstreben. Das schließt Kritik an Details natürlich nicht aus. Auch wir werden im Laufe des nächsten Jahres die Neuausrichtung evaluieren und an dem einen oder anderen Punkt möglicherweise nachsteuern.

Ein Nachsteuern ist aber keine grundlegende Revision der Neuausrichtung.

Lassen Sie mich mit der Bitte schließen, dass wir die Umsetzung der Neuausrichtung entschlossen und so gemeinsam wie nur irgend möglich fortsetzen. Das deckt sich im Übrigen auch mit der Aussage des Kanzlerkandidaten der SPD, der nach einem Besuch bei der Bundeswehr gesagt hat, die Neuausrichtung würde nur schleppend vorangetrieben. Daraus kann ich nur schließen: Sie sollte entschlossen vorangetrieben werden. Recht hat er – mal sehen, ob es die folgenden Redner auch so sehen.

Alles, was wir tun, meine Damen und Herren, dient nicht den Interessen von Einzelnen, auch nicht innerhalb der Bundeswehr. Es dient auch nicht den Interessen von Parteien, ja, nicht einmal der Bundesregierung. Alles, was wir tun, hat den Interessen und der Sicherheit unseres Landes zu dienen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verdienen unser Vertrauen, auch bei der Neuausrichtung.

Sie dienen Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Seit Jahren gehört die Bundeswehr für Schüler zu den attraktivsten Arbeitgebern.

Rainer Arnold, SPD:

Nichts wurde wirklich auf den Prüfstand gestellt



Rainer Arnold *1950
Landesliste: Baden-Württemberg

gut, dass heute das Thema Bundeswehrreform an exponierter Stelle im Parlament behandelt wird. Schlecht, dass es dazu einer Großen Anfrage der Sozialdemokraten bedurfte; denn sonst hätte das nicht stattgefunden.

Und schlecht, Herr Minister, dass Sie sich zwölf Monate Zeit gelassen haben, diese Große Anfrage überhaupt zu beantworten.

Sie wollten über den Stand der Neuausrichtung reden; so heißt es im Titel Ihres Berichtes. In Wirklichkeit sprechen Sie aber darüber, was Sie angeordnet haben, was Sie sich wünschen. Wo wir stehen und welche Probleme auf dem Tisch liegen, das blenden Sie aus. Sie nutzen nicht einmal die Gelegenheit, die aktuelle Debatte über die Euro-Hawk-Drohne hier dem ganzen Parlament zu erläutern und die veränderte Position zu begründen.

Es gibt im Internet einen interessanten Bundeswehr-Blog. Ich möchte Ihnen ein paar Zitate daraus vortragen.

Einer schreibt:

... ich habe selten einen so schlechten Bericht gesehen. Über die Qualität ... und das Ausmaß der Realitätsbeugung bin ich regelrecht entsetzt.

Zweiter Eintrag:

... hat das der Presse-/Info-Stab selbst geschrieben oder direkt eine Werbeagentur beauftragt?

Der Nutzer „Oberleutnant“ schreibt:

Sagenhaft ... Wo finde ich diese Bundeswehr, welche in diesem Bericht erwähnt wird?

Herr Minister, so schreiben die Menschen, die den Truppenalltag kennen und erleben. Es sind keine Menschen, die nach Anerkennung gieren, sondern solche, die sich Sorgen machen, ob ihr Berufsstand so attraktiv bleibt, dass auch in Zukunft die Richtigen gefunden werden; denn wenn das nicht gelingt, werden wir eine völlig veränderte Bundeswehr haben. Diese Menschen, Herr

Minister, wissen, dass Ihre Neuausrichtung eine Mogelpackung ist.

Noch ein Eintrag:

Der Anlaß für die Reform war das Einsparen ... nun wird es teuer bei geringer werdender ...fähigkeit ...

Jeder Mittelständler hätte seinen Geschäftsführer mit so einem Bericht entlassen. Dem muss man eigentlich nichts mehr hinzufügen.

Nur, Herr Minister, warum legen Sie die Messlatte bei Ihrer Reform so hoch? Die Anforderungen an diese Reform braucht man nicht zu überhöhen. Es geht nicht um eine völlige Neuerfindung der Bundeswehr. Sie behaupten:

Es wird alles neu. – Herr Minister, am Ende wird bei der Bundeswehrreform gar nichts Neues herauskommen – Sie benennen auch nichts Neues –, heraus kommt von allem weniger: weniger Geld, weniger Personal und weniger Gerät.

Die Reform ist auch sicherheitspolitisch überhaupt nicht begründet, sondern nur fiskalisch. Die Welt hatsich in den letzten drei Jahren doch nicht verändert.

Deswegen tragen wir so wichtige Eckpunkte wie die Aussetzung der Wehrpflicht mit; man müsste es nur besser machen. Aber eines hat sich ein Stückchen verändert: Wer glaubt, mit einem Einsatz wie in Afghanistan, mit einer Masse von Soldaten von außen kommend, Nation-Building, Staatsaufbau betreiben zu können, der irrt. Das wird sich die Staatengemeinschaft eher nicht mehr antun.

Sie selbst, Herr Minister, sprachen von kleinen Einsätzen. Genau auf diese neuen Herausforderungen – mehrere kleine parallele Einsätze logistisch zu unterstützen, Sicherheitsbündnisse auszubilden, vor Ort zu qualifizieren – gibt Ihre Reform keine Antwort. Gerade für die drängendsten Zukunftsfragen haben Sie keine Lösung.

Gewiss: Sie haben eine schwere Hypothek übernommen. Ihr Vorgänger hat Ihnen in der Tat eine Reformruine hinterlassen. Sie haben zu Beginn gesagt, Sie würden alles auf den Prüfstand stellen. In Wirklichkeit haben Sie aber bei der Reformvorgabe überhaupt nichts geändert. Sie haben nicht einmal – und das tut richtig weh – die Chance genutzt, aus dem freiwilligen Wehrdienst ein breites gesellschaftliches Projekt der Freiwilligendienste zu machen. Jetzt lese ich, dass die Kanzlerin in 14 Tagen einen Gipfel zum Thema Freiwilligendienste einberufen will. Das ist nun wirklich der Gipfel.

Es kommt doch nicht darauf an, vier Monate vor den Wahlen zu sagen: Schön, dass wir mal darüber geredet haben.

Herr Minister, Sie haben nichts wirklich auf den Prüfstand gestellt. Sie haben vor allem die Beschaffung von Großgeräten nicht ordentlich geprüft und begleitet. Deshalb führen wir im Augenblick so eine schwierige Debatte über den Euro Hawk. Es ist schon richtig, dass er mit großer Mehrheit des Parlaments gewollt wurde, aber im Jahr 2011 sind gravierende Probleme aufgetreten.

Staatssekretär Beemelmans hat gestern erklärt, alle Projektbeteiligten hätten diese Probleme vorgetragen bekommen.

Herr Staatssekretär, Herr Minister, ja sind denn das Parlament und der Haushaltsausschuss nicht projektbeteiligt?

Gerade für die drängendsten Zukunftsfragen gibt die Reform keine Lösung.

Uns hat man im Dunkeln gelassen; man hat sogar zwei Jahre lang Haushaltsbeschlüsse zu diesem Projekt fassen lassen.

Sehr interessant ist: Sie haben sogar Ihr eigenes Kabinett vor einer Woche regelrecht getäuscht. In Ihrer Kabinettsvorlage zum Stand der Neuausrichtung haben Sie so getan, als ob die Beschaffung struktureller Hauptwaffensysteme – Euro Hawk mit fünf Stück, Global Hawk mit vier Stück – ohne Probleme verfolgt werde. So gehen Sie mit Ihrem eigenen Kabinett um!

Ich frage mich schon: Erhebt die Kanzlerin nicht mehr den Anspruch, dass Probleme bei der Strukturreform, die sowohl im internationalen als auch im finanziellen Maßstab gravierend sind, im Bericht zum Stand der Neuausrichtung korrekt vorgetragen werden?

Herr Minister, Sie und Ihr langjähriger Weggefährte, Staatssekretär Beemelmans, sagen fast in jeder Rede vor Soldaten, Sie seien dafür und sorgten dafür, dass bei der Bundeswehr die Verantwortung in einer Hand liegt.

Nach dem finanziellen Desaster wäre jetzt eine gute Gelegenheit, diesem Anspruch gerecht zu werden. Oder soll ich Ihnen wirklich wünschen, Herr Minister, dass die Kanzlerin in den nächsten Tagen sagt, sie stehe voll und ganz hinter Ihrem Verteidigungsminister?

Herr Minister, ich spreche das auch deshalb an, weil der Umgang mit dem Parlament in dieser Frage ein Stück weit symptomatisch dafür ist, wie Sie mit den Menschen in der Bundeswehr insgesamt umgehen, nämlich: Von oben nach unten anordnen, und alle sollen wider-

spruchslos folgen. Wer das nicht tut, wird von Ihnen beschimpft.

Herr Minister, Sie haben oft gesagt: Die Reform ist eine schwierige Operation; sie entspricht einer Operation am offenen Herzen. Ich finde, das ist ein schönes Bild, weil es bei einer Operation am offenen Herzen wie dieser Reform insbesondere darauf ankommt, dass die Blutzirkulation des Patienten am Laufen gehalten wird. Das tun Sie aber nicht. Sie operieren ohne Herz-Lungen-Maschine.

Sie lassen die Bundeswehr gerade in diesem Übergangsprozess, der sechs bis sieben Jahre dauert, personell regelrecht ausbluten. Sie haben Ihre Reform nicht mit einem wirklichen Übergangsmanagementkonzept unterlegt. Darunter leiden die Soldaten. Das merken die Soldaten im Augenblick, da bei der Feinplanung sichtbar wird, wo die Defizite liegen. Über diese Probleme reden Sie aber in keiner Weise.

Im Gegenteil, Herr Minister, Sie sagen ganz schlicht:

Der Mensch folgt den Aufgaben.

Herr Minister, Sie haben auch heute in Ihrer Rede ein Bonbon verteilt: Sie haben gesagt, wir sollten den Soldaten vertrauen. Das sollten wir in der Tat. Wir sollten mit den Soldaten respektvoll und mit ihren persönlichen Bedürfnissen und den Bedürfnissen ihrer Familien achtsam umgehen. Wenn man von oben herab sagt: „Der Soldat folgt den Aufgaben“, dann ist das entschieden zu wenig. Das spüren die Soldaten.

Wir Sozialdemokraten werden die Reform zwar nach der Wahl im September nicht völlig über den Haufen werfen. Vieles kann man auch gar nicht ändern. Manches ist ja auch vernünftig, die Organisation des Ministeriums zum Beispiel. Aber wir werden an den Stellen, an denen man nachsteuern kann, zügig nachsteuern. Wir werden nicht, wie Sie es vorhaben, bis zum Jahr 2014/15 warten, dann evaluieren und dabei feststellen, dass man es gar nicht mehr ändern kann, weil der Prozess schon zu weit vorgeschritten ist. Wir wissen, dass man in vielen Bereichen etwas ändern kann.

Ein wichtiger Punkt ist die Einhaltung der Vorgabe – das hat auch das Parlament gewünscht –, dass Soldaten, nachdem sie 4 Monate im Einsatz waren, 20 Monate zu Hause sein können, um in ihrem sozialen Gefüge zu leben, um teilzunehmen am gesellschaftlichen Leben in ihrer Heimat. Diese Vorgabe wird bei der Hälfte der Einsatzsoldaten inzwischen nicht mehr erfüllt. Machen Sie sich darüber keine Gedanken? Reden Sie nicht darüber?

Erreichen Sie nicht die Briefe von Soldaten, in denen steht, dass sie nicht, wie vorgegeben, maximal 21 Tage auf Beihilfezahlungen zur Begleichung ihrer Arztrechnungen warten, sondern teilweise monatelang, und das vor dem Hintergrund, dass, wie Sie am Sonntag im ZDF ja noch gesagt haben, ein großer Teil der Soldaten zu wenig verdient. Macht Ihnen das keine Sorgen?

Macht es Ihnen keine Sorgen, dass das Fehlen eines Übergangsmanagements dazu führt, dass zwei von drei Offizieren und fünf von sieben Unteroffizieren im Beförderungsaustauschen, also nicht die Aufstiegschancen bekommen, die sie eigentlich verdient hätten? Auch das hat etwas mit Respekt zu tun.

Macht es Ihnen keine Sorgen, dass die Soldaten sagen, dass es keine wirkliche Personalplanung gibt, dass sie manchmal von einem Tag auf den anderen die Botschaft erhalten, wo sie jetzt hingehen sollen?

Macht es Ihnen keine Sorgen, dass es nach der Abschaffung der Wehrpflicht kein vernünftiges Verhältnis zwischen externer und interner Personalgewinnung gibt?

Herr Minister, Sie sagen, dass die Reform an der einen oder anderen Stelle Geld kostet, zum Beispiel, wenn es um die Ermöglichung besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Es gibt einen einfachen Ansatz – das wäre schnell umzusetzen –: Herr Minister, Sie selbst haben dem unsäglichen Betreuungsgeld im Kabinett und hier im Bundestag zugestimmt.

Dies führt dazu, dass entgegen der ursprünglichen Haushaltsplanung der Bundeswehretat bis zum Jahr 2017 auf 1 Milliarde Euro verzichten muss. Dieses Geld fehlt für Attraktivitätsmaßnahmen. Ich sage Ihnen, Herr Kollege, das werden wir im Herbst als Erstes ganz schnell ändern.

Herr Minister, Sie haben den Soldaten Hoffnungen gemacht und ihnen die Zusage gegeben, dass sie im Jahr 2013 wissen, was aus ihnen persönlich wird. Das ist auch eine Frage des Vertrauens, nämlich umgekehrt eine Frage des Vertrauens in die Regierung. Nehmen Sie nicht wahr, dass 70 Prozent der Soldaten bis zum heutigen Tag überhaupt noch nicht wissen, wohin sie gehen werden, was aus ihrer Familie, dem Arbeitsplatz und der Ausbildung ihrer Kinder wird? Darüber reden Sie nicht. Das führt zu Vertrauensverlusten.

Es ist einfach Fakt, dass 90 Prozent der in einer Umfrage des Bundeswehrverbandes befragten Soldaten gesagt haben, sie seien der Auffassung, diese Reform habe keine Zukunft. Angesichts dessen können Sie doch nicht einfach hier behaupten, dass die Soldaten die Reform gut finden. In welcher Welt lebt man, wenn man angesichts dieser Zahlen so etwas feststellt?

Ich habe Ihren Bericht gründlich gelesen. Am Schluss habe ich gedacht: Siehe da, jetzt kommt doch noch etwas.

Ich war guten Mutes. Da steht nämlich, dass Sie eine sozialwissenschaftliche Studie in Auftrag gegeben haben und einen Maßnahmenkatalog erarbeiten wollen, der auf die „Beseitigung erkannter Defizite“ abzielt.

Fortsetzung von Seite 3:
Rainer Arnold (SPD)

Jetzt geht es weiter: „... erkannter Defizite bei der Vermittlung der Kernbotschaften der Neuausrichtung ...“

Das heißt, Sie glauben immer noch, die Soldaten kapierten nicht, um was es geht. Sie kapierten sehr wohl, um was es geht. Es geht nicht in erster Linie um Kommunikation und Vermittlung, sondern darum, dass Sie den Rat und die berufliche Expertise der Soldaten endlich aufnehmen, dass Sie zuhören und dort Änderungen vornehmen, wo sie notwendig und angesagt sind.

Herr Minister, halten Sie doch bitte nicht weiter starr an Ihren falschen Vorgaben fest. Manchmal stehen wir ja zu Politikern, die dicke Bretter bohren; den Eindruck, als ob Sie dies tun, erwecken Sie ja auch mit Ihrem starren Festhalten. Ich glaube aber, im Augenblick bohren Sie eher Luftlöcher – siehe Veteranen-debatte, ein Projekt, das eher im Sande verlaufen wird. Nein, Herr Minister, steuern Sie jetzt um, und zerstören Sie nicht dieses für die Bundeswehr wichtige Gut, nämlich dass die großen Parteien hier im Parlament eigentlich einen Grundkonsens hinsichtlich der gemeinsamen Verantwortung für die Menschen bei den Streitkräften bewahren wollen.

Wir stehen zu diesem Grundkonsens. Er wird aber nur tragen, wenn Sie auch zuhören und an der einen oder anderen Stelle etwas ändern. Wir werden dies ab September tun, Herr Minister. Niemand muss Sorge haben, dass es eine neue Reform geben wird; vielmehr kann sich jeder darauf verlassen, dass das, was gut ist – das gibt es bei der Bundeswehr an vielen Stellen –, bewahrt wird und das, was schlecht läuft, mit Augenmaß und in für die Menschen verträglichen Schritten geändert wird.

So werden wir das ab der Bundestagswahl angehen.

(Beifall bei der SPD)

Elke Hoff, FDP:

Die Soldaten brauchen uns alle



Elke Hoff *1957
Landesliste: Rheinland-Pfalz

Es ist für jemanden, der nicht so tief in den Strukturen der Bundeswehr steckt, immer schwierig, ein Bild über die tatsächliche Lage zu bekommen. Wenn man das, was der Kollege Arnold gerade eben vorgelesen hat, genauer analysiert, bekommt man das Gefühl, dass es einen völlig demotivierten Apparat gibt, der überhaupt nicht mehr in der Lage ist, seinen Auftrag auszuführen, und dass es am besten wäre, all das, was auf den Weg gebracht worden ist, wieder einzustampfen.

Mein Eindruck aus acht Jahren Tätigkeit im Bereich der Verteidigung und aus vielen Truppenbesuchen sowohl im Inland als auch im Ausland ist, dass eher das Bild zutrifft, das Herr Minister de Maizière eben in seiner Rede gezeichnet hat, nämlich dass wir Soldaten haben, die ihren Beruf lieben, dass sie es in den seltensten Fällen bereuen, diesen Beruf ergriffen

zu haben, und dass sie nach wie vor davon überzeugt sind, einen richtigen Auftrag zu erfüllen. Gleichzeitig haben sie die Erwartung an uns Politikerinnen und Politiker, dass wir alles dafür tun, dass sie diesen Auftrag auch erfüllen können.

Ich glaube, dass diese Reform, die seit langer Zeit überfällig war und die sicherheitspolitisch dringend geboten war, zum richtigen Zeitpunkt auf den Weg gebracht worden ist. Ein Jahr! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wer kann ernsthaft erwarten, dass eine solche umfassende Reform innerhalb eines Jahres sozusagen ein Selbstläufer wird, ohne Strukturen zu erschüttern?

Genau das sollte doch auch mit der Reform bezweckt werden: Strukturen, die nicht mehr funktionierten, sollen so geändert werden, dass sie in Zukunft funktionieren.

Das bedeutet natürlich auch, dass sich an vielen Stellen vertraute Mechanismen ändern und auch vertraute Gesichter nicht mehr da sind. Das führt zu Widerständen, das führt zu Fragezeichen, das führt zu Problemen. Ich selbst habe dies in meiner Zeit außerhalb des Parlamentes, als ich Leitungsaufgaben in einer reformierten Behörde übernommen habe, erlebt.

Natürlich gibt es sehr viel Verunsicherung. Aber man darf auch nicht vergessen, dass wir in dieser Zeit Erhebliches für unsere Bundeswehr er-

reicht haben. Ich würde mich wirklich freuen, wenn bei aller berechtigten Kritik – nobody is perfect – an der einen oder anderen Stelle auch einmal die Verdienste dieser Reform dargelegt werden.

Ich werde dies jetzt tun, damit sie deutlich werden; dies kann dann auch später im Protokoll nachgelesen werden.

Wir haben eine deutliche Verbesserung der Einsatzversorgung für unsere Soldatinnen und Soldaten erreicht.

Wir haben das Reformbegleitgesetz verbessert, indem wir für den Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen und eine Verdoppelung der Einmalzahlung gesorgt haben. Wir haben die Verbesserung der Behandlung unserer seelisch verwundeten Soldatinnen und Soldaten erreicht. Wir haben die Härtefall-Stiftung eingerichtet.

Wir haben gemeinsam die Verbesserung der Betreuungskommunikation erreicht. Wir haben die Verbesserung der Ausrüstung und des Schutzes unserer Soldaten im Einsatz erreicht. Wir werden in Zukunft die Fähigkeit zur Rettung und Evakuierung deutscher Staatsbürger selbst zu 100 Prozent, in toto, haben. Wir haben mit dem Soldatengesetz eine einheitliche Rechtsgrundlage für den Dienst aller Soldaten erreicht. Wir haben einen einheitlichen Gerichtsstand für Auslandseinsätze der Bundeswehr geschaffen. Wir haben die zentrale Zuständigkeit des Bundes für

Wir haben eine deutliche Verbesserung der Einsatzversorgung für unsere Soldaten erreicht.

die Versorgung der Verwundeten, Geschädigten und Hinterbliebenen erreicht. Das ist ein wesentlicher Schritt nach vorne, um auch den schlimmen Auswirkungen von Auslandseinsätzen gerecht werden zu können.

Wir werden für Verbesserungen im Hinblick auf das Altersruhegeld, die Steuerfreiheit der Reservistenbezüge und die teilweise Steuerfreiheit der Bezüge von freiwillig Wehrdienstleistenden sorgen.

Die Gehälter von Beamten, Richtern und Soldaten wurden in den letzten vier Jahren um insgesamt 8 Prozent erhöht: Gehaltssteigerung im öffentlichen Dienst plus Wiedergewährung des Weihnachtsgeldes. Der finanzielle Ausgleich für mehrgeleiteten Dienst der Soldatinnen und Soldaten wurde fast verdoppelt.

Und: Die Wahlmöglichkeit zwischen Umzugskosten und Trennungsgeld blieb erhalten.

All das sind Dinge, die, mit Verlaub, auch im Rahmen der erfolgreichen Zusammenarbeit in dieser Koalition erreicht werden konnten.

Ich möchte die letzte Minute meiner Rede, die wahrscheinlich meine letzte Rede in diesem Parlament sein wird, dazu nutzen, mich an erster Stelle aus tiefster Überzeugung und aus tiefstem Herzen bei unseren Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien für das zu bedanken, was sie für uns tun und was sie für uns erleiden müssen. Es ist für uns alle eine Verpflichtung, das nie zu vergessen.

Ich möchte mich besonders bei den Kolleginnen und Kollegen des Verteidigungsausschusses bedanken – bei allen. Es hat viel, viel Freude gemacht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

Ich glaube, an dieser Stelle sagen zu können – gerade auch im Hinblick auf die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne –: Trotz vieler Unterschiede in der parteipolitischen Ausrichtung war es allen Kollegen ein Herzensanliegen, für unsere Soldatinnen und Soldaten das Beste zu erreichen. Das hat mich zu einem tief überzeugten Anhänger des Prinzips der Parlamentsarmee gemacht. Ich glaube, meine Damen und Herren, trotz aller parteipolitischen Unterschiede ist das, was wir hier erreicht haben, ein Gut, das wir alle sorgfältig pflegen sollten, für das wir einstehen sollten. Wir müssen immer wieder klarmachen, dass dieses Parlament für die Sicherheitspolitik unseres Landes, aber auch für das Wohlergehen unserer Soldatinnen und Soldaten besteht. Wir sollten allen möglichen Überlegungen, das Prinzip der Parlamentsarmee bzw. die Rechte des Parlamentes an dieser Stelle zu verwässern, auszuhöhlen oder abzuschaffen, mit allem Nachdruck gemeinsam entgegenzutreten. Die Soldaten brauchen uns alle!

Es war eine tolle Zeit mit Ihnen. Es war eine tolle Zeit mit den Soldaten. Ich melde mich ab.

Vielen Dank.

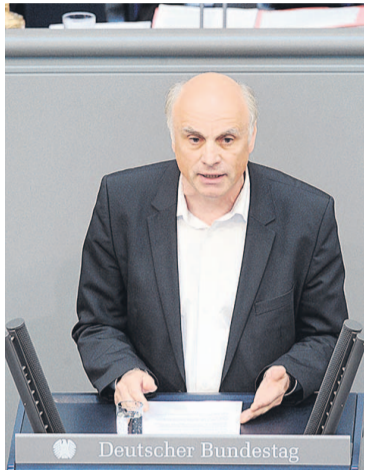
(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Die unbemannte Spionagedrohne „Euro Hawk“ bekommt keine Lizenz und kann von der Bundeswehr doch nicht angeschafft werden.

Paul Schäfer, DIE LINKE:

Deutschland als zivile Gestaltungsmacht



Paul Schäfer *1949
Landesliste: Nordrhein-Westfalen

Der Bundestagspräsident hat zu Beginn unserer Debatte an den deutschen Soldaten erinnert, der letzte Woche umgekommen ist. Auch wir trauern um ihn. Nach den Momenten des Innehaltens stellen sich Fragen: Warum?

Wofür? Musste das sein? – Diese Fragen kann man nicht abweisen, man darf sie nicht abweisen. Sie verbinden sich für uns damit, dass wir den Einzelfall beklagen, aber zugleich alle Opfer eines Gewalteinsetzes, nicht zuletzt die zivilen Opfer des Krieges, in den Blick nehmen. Daher geht es für uns immer auch um mahnendes Erinnern, nicht um Verklären.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute über den Stand der Bundeswehrreform.

Der Verteidigungsminister sagt gerne „Neuaufrichtung der Bundeswehr“ – In Wahrheit haben wir diese Ausrichtung seit 20 Jahren, und Sie wollen nun das Tüpfelchen auf dem i anbringen: Die Rede ist vom Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungszu einer Interventionsarmee.

Sie schreiben, Herr Minister, die Neuaufrichtung der Bundeswehr orientiere sich streng an den sicherheitspolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen.

Nun ja, zunächst, was die Wirtschaft anbetrifft: Vor drei Jahren hieß es angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise noch, dass auch die Streitkräfte ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten müssten. Heute haben wir immer noch Finanzkrise; aber jetzt heißt es wieder: Sicherheit hat ihren Preis. – Der Verteidigungshaushalt soll im nächsten Jahr statt wie eigentlich geplant 27,6 Milliarden Euro jetzt doch wieder 32 Milliarden Euro umfassen. Sie mögen sich das als Erfolg ans Revers heften, Herr Minister; aber das geht alles zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Deshalb bleiben wir bei dem Schluss: Die Bundeswehr ist und bleibt auch nach ihrem

Umbau überdimensioniert und unterschieden zu teuer.

Das Merkwürdige ist: Gleichzeitig werden die Mittel für einen sozialverträglichen Umbau – also einen Umbau im Interesse der Soldatinnen und Soldaten – nicht ausreichen.

Warum? Weil das Geld an der falschen Stelle ausgegeben wird. Das jüngste Beispiel dafür ist der Fall Euro Hawk: Über 600 Millionen Euro müssen als verbrannt gelten, weil man jetzt beschließen musste, das Projekt dieser Riesenaufklärungsdrohne zu beenden.

Reichlich spät ist man auf die Idee gekommen, dass auch und gerade Drohnen eine Zulassung für den zivilen Luftraum brauchen. Das hätte man früher wissen müssen.

Man hätte früher handeln müssen. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Politik zulasten der Steuerzahler und zugunsten der Rüstungswirtschaft gemacht wird.

Man verspricht jetzt – wir haben es gestern im Ausschuss erlebt –, der Rüstungslobby künftig weniger gutgläubig gegenüberzutreten zu wollen. Dieses Mantra kennen wir zur Genüge. Passieren tut nichts, wird nichts.

Man muss eben den ehrlichen Willen haben, den Einfluss dieser starken Lobbygruppe nachhaltig zu beschneiden, und es wird allerhöchste Zeit, dass das geschieht.

Was die sicherheitspolitische Einordnung betrifft, so schreiben Sie, Herr Minister de Maizière – ich darf das einmal zitieren –:

Da Bedrohungen für die Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten heute nicht mehr vorrangig geographisch oder militärisch definiert sind, müssen Streitkräfte im 21. Jahrhundert ein hohes Maß an Einsatzbefähigung in einem breiten Spektrum gewährleisten ...

Na, das müssen Sie uns und dem Wahlvolk näher erläutern.

Also, weil die globalen Risiken nicht primär militärischer Natur sind, reagieren Sie darauf mit qualitativer, breit angelegter Aufrüstung? Diese Logik ist doch absurd, und sie ist gefährlich obendrein.

Ein zweites Beispiel: Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehört es – so ist es in Ihrem Bericht zum Stand der Neuaufrichtung der Bundeswehr, den wir jetzt diskutieren, zu lesen –,

... die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen zu reduzieren ...

Richtig, genau das ist eine der wichtigsten Ursachen für die konflikträch-

tigen und gewaltförmigen Entwicklungen, die es in der Welt gibt. Aber die Mittel, die notwendig

sind, um diese Kluft zu schließen, müssen doch irgendwo herkommen. Dafür braucht es nicht zuletzt Abrüstung. Die Ausgaben der Welt für das Militär summieren sich auf mehr als 1 Billion Euro; das ist viel zu viel.

Im Klartext: Wir müssen aus der Rüstungsspirale raus.

Sie aber wollen – siehe Kampfdrohnen – in die nächste Runde einsteigen. Wir wollen das nicht.

Herr Minister, Sie leiten die Reform der Bundeswehr wieder einmal aus Ihrer Einschätzung der globalen Risiken und Bedrohungen ab. Sie stellen Behauptungen auf.

Warum man auf diese neuen Risiken militärisch reagieren müsse, das wird nicht plausibel begründet, und das kann man auch nicht. Ich nenne

Deutschland kann sich als Partner für Konfliktprävention und Wiederaufbau positionieren.

Beispiele: Kritische Infrastrukturen und Informationsnetzwerke seien gefährdet, sagen Sie in Ihrem Bericht. Was, bitte, wollen Sie gegen Trojaner im Netz mit militärischen Mitteln ausrichten? Oder will man vielleicht selber

Schadware platzieren?

Nächstes Beispiel: Transnationale organisierte Kriminalität breite sich aus. Um dieser zu begegnen, braucht man aber doch keine Panzer – das ist Sache der Polizei.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen drohe. Und Sie wollen der Verbreitung dieser Waffen jetzt begegnen, indem Sie selber an der nuklearen Abschreckung festhalten? Das Gegenteil ist doch richtig.

Wir müssen diese Schreckensvorstellung beenden und endlich aus der nuklearen Teilhabe der NATO heraus.

Das ist doch die Aufgabe, die sich stellt.

Der internationale Terrorismus bedrohe uns nach wie vor, wird dort gesagt. Wollen Sie wirklich behaupten, die militärische Seite der Terrorbekämpfung hätte den gewünschten Erfolg gebracht? Wenn wir jüngst wieder Soldaten entsandt haben, weil ein Terrorstaat in Afrika drohte – ja, die Rede ist von Mali –, dann zeigt das doch, dass wohl eher einiges schiefgelaufen ist.

Die Lehre heißt aus meiner Sicht vielmehr: Den militanten Dschihadismus bekämpft man vor allem, indem man Entwicklungs- und Demokratisierungsprozesse nicht zuletzt in der arabischen Welt fördert. Panzerlieferungen an Saudi-Arabien gehören ganz gewiss nicht dazu.

Last, not least: der Dauerbrenner der gescheiterten Staaten, in denen

wir – sprich: die NATO oder die EU – den Staat wieder aufbauen müssten. Die Realität zeigt doch, dass das, was wir nach westlichen Maßstäben gerne als „Failed“ oder „Failing States“ bezeichnen, eher der Normal- als der Ausnahmefall in der Welt ist. Ihre Schlussfolgerung kann doch nicht ernsthaft lauten, überall militärisch intervenieren zu wollen.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eines Forschungsprojekts an der FU Berlin, die sich intensiv mit Afghanistan beschäftigt haben, sind zu dem Schluss gekommen, externe militärische Interventionen seien in der Regel nicht effektiv, weil ihnen meist auch in den Augen der betroffenen Bevölkerung die Legitimität fehle, und oft trügen sie, weil sie lokale Widerstände hervorriefen, zu mehr Unsicherheit und sogar zu mehr Gewalt bei. Das ist ein Punkt, über den man nachdenken muss.

Ich setze noch eins drauf – ich weiß, der nächste Satz ist sehr plakativ; ich könnte das am Beispiel der pleitegegangenen Kabul Bank aber durchaus aufzeigen –: Der aggressive, auf Militär gestützte Export des neoliberalen Wirtschaftsmodells hat schon genug Schaden in den Ländern des globalen Südens angerichtet. So kann es nicht weitergehen.

Nachhaltige Fortschritte – auch das ist eine Konsequenz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – sind nur zu erreichen, wenn sich Akteure vor Ort finden, die sich für die Emanzipation und die demokratische Entwicklung ihres Landes einsetzen. Das ist der Schlüssel, den man in der Hand haben muss.

Spätestens angesichts der gescheiterten Intervention in Afghanistan müssen Sie doch zu ähnlichen Schlussfolgerungen gelangt sein. In Afghanistan geht es jetzt um eine Verhandlungslösung, um den NATO-Truppenabzug und um den zivilen wirtschaftlichen Aufbau. Dafür sind wir hier vor Jahren angegriffen und als naiv verspottet worden. Manchmal wäre es nicht schlecht, auf die Linke zu hören.

Der Interventionismus ist gescheitert, aber Sie bauen die Instrumentarien für eine solche Interventionsarmee aus. 10 000 Kampftruppen will man für künftige Einsätze bereithalten, das Heer soll über mehr Kampfverbände verfügen, und die Division Schnelle Kräfte wird zu einem Schlüsselement ausgebaut. Eine solche Interventionstruppe brauchen wir nicht, und wir wollen sie auch nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig: Wir müssen über die deutsche Sicherheitspolitik reden und darüber, welche Rolle die Bundesrepublik künftig international spielen will. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat einen breiten Dialog dazu eröffnet. Das ist zu begrüßen. Dazu gehört für mich auch der kritischkonstruktive Dialog mit den Soldatinnen und Soldaten.

Sie haben diesen Respekt verdient. In diesem Kontext kommen jetzt immer auch Stimmen hoch – gestützt auf die neue deutsche Dominanz in

der EU –, dass wir, Deutschland, jetzt endlich als europäische Führungsmacht auftreten müssen – auch militärisch.

Die Bundesregierung hat hier bislang eine eindeutige Positionierung vermieden. Sie reden wenig darüber, aber durch den Aufbau dieser militärischen Fähigkeiten schaffen Sie Fakten. Ich finde, darüber muss klar gesprochen werden.

Selbst das, was ich als Schlingerkurs bezeichne – einerseits ein bisschen zurückhalten, andererseits mitmachen, was man dann bündnispolitisch verbrämt –, ist schon alles andere als harmlos und kann in einer gefährlichen Eskalationsspirale münden, wie wir am Beispiel der Patriot-Stationierung in der Türkei sehen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, hier so schnell wie möglich ein deutliches Zeichen zu setzen, dass man weder an vorderster Front noch im Hinterland für eine Intervention zur Verfügung steht und im Gegenteil alles unternehmen wird, um eine Eskalation zu erreichen. Das fordern wir – also auch den Abzug der Patriots aus der Türkei.

Ich habe es erwähnt: Es gibt eine beunruhigende Debatte darüber, dass – leider hat auch der Minister einen entsprechenden Tonfall in seine Rede hineingebracht – sich Deutschland künftig als Führungsmacht präsentieren sollte, an die sich dann die kleineren europäischen Länder anlehnen könnten, dass es also sozusagen als Big Brother, als großer Bruder, auftreten soll, auf den man sich auch aufgrund seiner militärischen Fähigkeiten stützen kann.

Es ist altes Denken, dass sich Macht und Machtentfaltung in letzter Konsequenz in militärischer Potenz ausdrücken.

Unser Gegenentwurf heißt: Deutschland als zivile Gestaltungsmacht.

Deutschland kann sich künftig als globaler Partner für Konfliktprävention und Wiederaufbau positionieren.

Durch Abrüstung würden Mittel frei, die dafür gebraucht werden. Die Vereinten Nationen sind in ihren Bemühungen um Krisennachsorge, um Peacebuilding chronisch unterausgestattet. Sie können in der vorbeugenden Friedensarbeit jegliche Unterstützung gebrauchen. Das ist eine Aufgabe, die sich stellt. Hier könnte sich die Bundesrepublik Deutschland engagieren. Das ist unser Modell.

Ich höre schon wieder den Einwurf: deutsche Drückebergerei!

George W. Bush hat im Zuge des Irakkrieges geurteilt, die Deutschen seien nun einmal Pazifisten. Angesichts des Desasters und der Verwüstung durch diesen Angriffskrieg frage ich: War es nicht richtig, damals Pazifist zu sein?

Die Linke ist für Deutschland als Zivilmacht – nicht nur, weil das eine Konsequenz aus der deutschen Gewaltgeschichte ist, sondern weil das grundvernünftig ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Andreas Schockenhoff, CDU/CSU:

Breite sicherheitspolitische Debatte über die Bundeswehr



Andreas Schockenhoff *1957
Wahlkreis: Ravensburg

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt es sehr, dass der Verteidigungsminister heute eine inhaltlich breit angelegte sicherheitspolitische Debatte zur Neuausrichtung der Bundeswehr angestoßen hat. Dabei hat er auch zum Thema Rüstung, insbesondere zum Zusammenhang zwischen Beschaffung und Nutzung auch von Großgeräten, das Notwendige gesagt, und er hat in dieser Woche auch zum Thema Euro Hawk eine folgerichtige Entscheidung getroffen.

Herr Arnold, was Sie zu diesem Thema gesagt haben, war nichts als der billige Versuch, von der eigenen Mitwirkung der SPD-Fraktion an diesem Projekt abzulenken.

Lieber Herr Kollege Arnold, Sie haben das schlüssige Gesamtkonzept zur Ausrichtung der Bundeswehr völlig konfus kritisiert. Sie haben es tatsächlich geschafft, hier zwölf Minuten lang zu reden, ohne auch nur einen einzigen eigenen Vorschlag der SPD zur Neuausrichtung der Bundeswehr zu unterbreiten.

Damit haben Sie eine Gelegenheit versäumt. Es hätte uns interessiert, wie die Sozialdemokraten die künftige Rolle der Bundeswehr in einer weiterentwickelten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in der NATO sehen, Herr Arnold. Es hätte uns interessiert, wie sich die SPD die Reaktion auf die neuen Herausforderungen für die Sicherheit Europas, vor allem im Hinblick auf unsere südliche Nachbarschaft, vorstellt.

Allein diese Fragen – das zeigt die heutige Debatte – erfordern eine breite und aus unserer Sicht auch regelmäßige sicherheitspolitische Debatte hier im Bundestag.

Wir haben keinen Mangel an Debatten über die verschiedenen Auslandseinsätze, auch nicht über Teilaspekte der Umgestaltung der Bundeswehr, zumal wir heute Nachmittag zum Thema Atalanta bereits die nächste Mandatsdebatte führen werden. Um es mit konkreten Zahlen deutlich zu machen: Seit dem Urteil

des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1994 zur Parlamentsbeteiligung beschließt der Deutsche Bundestag heute exakt das 120. Mandat. Wir haben also in knapp 20 Jahren rund 240 Mandatsdebatten geführt.

Doch die sicherheitspolitischen Herausforderungen und Fragen unserer Zeit, wie sie der Minister heute dargestellt hat, gehen weit über die konkreten Aspekte der jeweiligen Mandate hinaus, zumal die sicherheitspolitische Lage Europas – auch das wurde in der Regierungserklärung deutlich – erheblichen Veränderungen unterliegt. Es geht zum Beispiel darum, welche Auswirkungen der Wandel in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit auch ganz praktisch für die Aufgaben der Bundeswehr hat – und dies in einer Zeit, in der Europa, auch das wurde gesagt, mit der Bewältigung der Schuldenkrise zu kämpfen hat.

Es ist notwendig, unsere übergreifenden Sicherheitsinteressen der deutschen Öffentlichkeit und unseren Partnern in der NATO und in der EU umfassend zu vermitteln.

Dabei geht es nicht zuletzt auch um die Werte, die Ziele und die Instrumente unserer Sicherheitspolitik.

Für alle diese Fragen brauchen wir eine regelmäßige Generaldebatte zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands.

Um auch hier die Zahlen zu nennen:

In den knapp 20 Jahren, in denen wir rund 240 mandatspezifische Debatten geführt haben, haben wir nicht einmal zehn übergreifende Debatten zur sicherheitspolitischen Lage geführt. Anlass dafür waren die Neuausrichtung der Bundeswehr, die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 2011, das neue Strategische Konzept der NATO 2010, die beiden Weißbücher von 2006 und 1994, die Europäische Sicherheitsstrategie von 2003 sowie die von meiner Fraktion erarbeitete Sicherheitsstrategie von 2008.

Angesichts der Bedeutung und des Gewichts unseres Landes in EU und NATO und mit Blick auf die vielfältigen sicherheitspolitischen Herausforderungen halten wir es für erforderlich, zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands regelmäßig eine Debatte auf der Grundlage einer Regierungserklärung, möglichst in einem jährlichen Rhythmus, zu führen.

Eine solche Debatte soll und kann kein Ersatz für die Mandatsdebatten sein. Aber sie soll für die einzelnen

Einsätze auch den größeren sicherheitspolitischen und strategischen Gesamtzusammenhang sichtbar werden lassen und damit auch das Verständnis und die Akzeptanz für die Einsätze verbessern. Deshalb danken wir dem Verteidigungsminister, dass er mit der heutigen Debatte den Anfang einer regelmäßigen Generaldebatte gemacht hat. Eine solche Generaldebatte ist heute beispielweise auch mit Blick auf die erforderliche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik notwendig, über die der Verteidigungsgipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im Dezember zu beraten hat.

Worum geht es? Die vergangenen Monate haben deutlich gemacht, dass wir Europäer nicht mehr in ähnlichem Umfang wie bisher auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten bauen können,

wenn es um die Wahrung und Durchsetzung europäischer Sicherheitsinteressen geht. Das bedeutet: Wir brauchen nicht nur mehr Handlungsbereitschaft bei der Sicherung und Gestaltung unseres

strategischen Umfeldes, sondern wir brauchen dafür auch die notwendige Handlungsfähigkeit.

Der Trend geht jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Schon heute müssen wir nicht zuletzt auch als Folge der Schuldenkrise durch unabhängige Kürzungsmaßnahmen zunehmend nationale Fähigkeitsverluste feststellen. Diese werden zu empfindlichen europäischen Fähigkeitsverlusten führen, wenn diese Prozesse weiterhin unkontrolliert ablaufen.

Dem entgegenzusteuern, wird eine der wichtigsten Aufgaben des EU-Verteidigungsgipfels im Dezember mit dem Ziel sein müssen, eine weit aus engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit sowie aktive, mutige Schritte in Richtung einer Vertiefung der militärischen Integration zu erreichen.

Das alles hat natürlich auch Konsequenzen für die künftige Rolle der Bundeswehr.

Im SPD-Wahlprogramm, weil Sie gerade danach fragen, heißt es, dass die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer Europäisierung der Streitkräfte führen soll. Ja, es ist sogar von dem langfristigen Ziel die Rede, die Bundeswehr solle in einer europäischen Armee aufgehen.

In diesen grundsätzlichen Zielen sehe ich durchaus eine Übereinstimmung. Ich finde es aller Mühe wert, uns hier in diesem Hause darüber zu

unterhalten, welche Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel erforderlich sind.

Was heißt das konkret? Nur ein Beispiel: Seit Jahren sind in der Europäischen Sicherheitsstrategie und im Strategischen Konzept der NATO die Aufgaben der Streitkräfte definiert. Aber hinsichtlich der Frage der geografischen Räume, in denen Europa künftig prioritär handlungsfäh sein soll, gibt es keine Übereinstimmung.

Solange es diese nicht gibt, wird es auch keine echte Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben.

Das aktuelle Krisen- und Konfliktpotenzial im nördlichen Afrika und im Nahen und Mittleren Osten legt es nahe, dieses als die geografisch nächstliegende Herausforderung für die europäische Sicherheit zu betrachten.

Einsätze jenseits dieser Nachbarschaft sollten von regionalen Partnern oder von Regionalorganisationen, wie beispielsweise der ECOWAS, durchgeführt werden, die dazu noch mehr ertüchtigt werden müssen. Allein das Beispiel Mali zeigt jedoch, wie weit der Weg noch ist, obwohl für eine solche Ertüchtigung in den letzten Jahren viel getan wurde und auch jetzt viel getan wird.

Aber sind wir uns denn hier im Hause oder in der EU über eine solche geografische Prioritätensetzung einig?

Das sehe ich noch nicht. Deshalb brauchen wir hier im Bundestag eine strategische Diskussion, was die EU mit ihren zivilen und militärischen Missionen erreichen will und erreichen kann. Eine solche Debatte ist auch deshalb notwendig, weil eine derartige geografische Prioritätensetzung Folgewirkungen für die erforderlichen Fähigkeiten, die Ausrüstung und Ausbildung europäischer Streitkräfte und damit auch für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr hätte.

Europäisierung der Streitkräfte heißt natürlich auch mehr Pooling und Sharing, also die Vertiefung der militärischen Integration deutlich über das hinaus, was wir derzeit haben. Das bedeutet, sich noch mehr in

gegenseitige Abhängigkeit zu begeben, so wie wir es bei den AWACS-Flugzeugen oder bei den Battle Groups tun.

Wer sich durch Pooling und Sharing in eine Abhängigkeit von seinen Bündnispartnern begibt, will auch wissen, ob diese im entscheidenden Moment ihren militärischen Beitrag zu leisten bereit sind. Es ist die Frage, ob wir das in der Breite oder in der Tiefe tun. Der Verteidigungsminister hat zu Recht auch diese Debatte heute angestoßen.

Wir wissen, dass viele unserer Bündnispartner eine stärkere militärische Integration mit Deutschland mit Skepsis sehen, weil sie mit Blick auf das Parlamentsbeteiligungsgesetz fragen, wie zuverlässig und berechenbar unser Land ist. Um es gleich zu sagen: Ich halte diese Vorbehalte nicht für gerechtfertigt, aber sie sind nun einmal da und behindern bisher die notwendige Vertiefung der militärischen Integration.

Deshalb müssen wir prüfen, wie weit mit Blick auf integrierte Streitkräfte eine behutsame Anpassung des Parlamentsbeteiligungsgesetzes hilfreich sein kann und wie weit eine jährliche Generaldebatte zur sicherheitspolitischen Lage Deutschlands vertrauensbildend bei den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und vor allem bei unseren Partnern in der EU wirken kann.

Mit Blick auf den EU-Verteidigungsgipfel im Dezember können wir am Ende dieser Wahlperiode nur einige konkrete Ziele formulieren. Aber die Ergebnisse des Gipfels werden dem nächsten Bundestag Anlass bieten, die heutige sicherheitspolitische Generaldebatte fortzusetzen und zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Dies jedenfalls ist die feste Absicht meiner Fraktion, weil wir eine solche Debatte für unverzichtbar halten und weil der Bundesverteidigungsminister dazu heute einen guten und konstruktiven Anfang gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Europäisierung der Streitkräfte bedeutet eine Vertiefung der militärischen Integration.



Die Bundeswehrreform beinhaltet auch Schließungen von Kasernen.

Omid Nouripour, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Die Neuausrichtung ist nicht neu, sie hat keine Richtung



Omid Nouripour *1975
Landesliste: Hessen

Es ist richtig, dass die Bundeswehr vor immensen Herausforderungen steht: die gesellschaftliche Veränderung, der Wandel in der Welt, der finanzielle Druck, die EU-Integration, die immense Anpassungen mit sich bringen wird, und natürlich die Tatsache, dass vor zehn Jahren niemand von uns im Traum oder auch im Albtraum daran gedacht hätte, dass die Bundeswehr heute in Mali oder im Libanon unterwegs sein kann.

Genauso wenig wissen wir, was in zehn Jahren für die Bundeswehr von Belang sein wird. Deshalb ist die zentrale Aufgabe einer Veränderung der Bundeswehr, dass sie flexibel wird und flexibel auf die nächsten Herausforderungen eingehen kann. Das geht über das Zusammenhalten von Geld, und das geht über bessere Strukturen.

Meine Damen und Herren, es gibt ein Märchen, das häufig zu hören ist. Viele Leute denken: Die Konservativen haben es nicht so mit sozialer Gerechtigkeit; ökologisch blind sind sie auch ein bisschen, und moderne Gesellschaft können sie auch nicht.

Aber sie können wenigstens Sicherheit, und sie können auch mit Geld umgehen.

Die Bundeswehrreform, die sogenannte Neuausrichtung, begann mit dem Spardruck. Es gab Sparbeschlüsse dieser Bundesregierung. Es war nicht der wildgewordene Guttenberg, sondern es waren die Bundeskanzlerin, der ehemalige Gesundheitsminister, der Außenminister und der ehemalige Innenminister und heutige Verteidigungsminister:

Sie haben alle die Hand dafür gehoben, dass die Bundeswehr bis Ende 2014 8,3 Milliarden Euro spart.

Sie haben sie nicht nur nicht gespart, sondern Sie haben jährlich noch mindestens 1 Milliarde Euro zusätzlich im Einzelplan 60 versteckt. Sie wissen ganz genau, dass diese Blase irgendwann platzen wird und dass eine Gesamtstärke von 185 000 Mann, die Sie vorgegeben haben, Herr Minister, auf Dauer überhaupt nicht

finanzierbar ist. Vom Märchen der tüchtigen Konservativen ist nichts mehr übrig geblieben.

Damit bin ich beim Euro Hawk. Das kann man nicht in drei Sätzen abhandeln, wie das heute getan wurde. Sie sprechen vom Ende des Schreckens, Herr Minister. Gestern trat Ihr Rüstungsstaatssekretär vor die Presse. Erste Frage: Wie viel kostet das jetzt eigentlich zusätzlich?

Wie viel Geld ist verschwendet worden? – Antwort: Wir wissen es noch nicht; wir können es noch nicht absehen. – Das Ende des Schreckens ist überhaupt noch nicht absehbar.

Wir wissen nicht, was alles noch kommen wird. Sie haben ein Millionenloch gegraben, von dem Sie selbst nicht mehr wissen, wie tief es eigentlich ist.

Der Rüstungsstaatssekretär hat gesagt, Ende 2011 habe er erste Zweifel gehabt, dann habe man noch einmal diskutiert, und jetzt habe man endlich die Reißleine gezogen. Am 10. Juni 2011 schreibt die Website Flightglobal.com, eine bekannte Fachzeitschrift für Rüstung, dass es einen Bericht des Pentagon gibt, der bereits deutlich mache, dass es an der Version des Global Hawk, die die Bundeswehr bestellt hat, immense Zweifel gibt und dass das Pentagon zu dem Schluss kommt, dass hier die Effizienz nicht gegeben ist. Ich frage mich: Wofür gibt es eigentlich einen Rüstungsstaatssekretär? Lesen Sie das eigentlich nicht? Wie kann es sein, dass Sie zwei Jahre brauchen, bis Sie die Reißleine ziehen?

Noch dramatischer wird es, wenn man hört, dass der Rechnungshof den Vertrag nicht einsehen darf. Die Begründung lautet: Es steht im Vertrag, dass der Rechnungshof das nicht darf.

– Das ist eine massive Missachtung der demokratischen Gremien in diesem Land. Ich frage mich, ob es legal ist, in einem solchen Vertrag festzulegen, dass der Rechnungshof ihn nicht sehen darf. Jahrzehntlang hieß die Rüstungsphilosophie: Wir machen Industriepolitik; es geht nicht um Bedarf. – Das ist ein Problem. Nun sieht man an den Verhandlungen, die Sie über die Hubschrauber geführt haben: Am Ende gibt es keine relevanten Einsparungen, wohl aber weniger Maschinen. Und so geht es weiter. Die Lehre, die Sie ziehen, hat Ihr Sprecher gestern verkündet: Wir sollten nicht mehr im Ausland kaufen. – Das heißt, Sie setzen jetzt deutlich mehr auf EADS und andere Firmen, die in vielen anderen Bereichen – Sie kennen die Beispiele – genauso gehandelt haben. Ich glaube, dass das Problem hier überhaupt nicht erkannt worden ist.

Meine Damen und Herren, diese Konservativen können keine Sicherheit, und sie können erst recht nicht mit Geld umgehen.

Weder ist die Neuausrichtung neu – denn in der Vergangenheit gab es schon sehr viele Reformansätze, auf die aufgebaut wurde –, noch hat sie wirklich eine Ausrichtung.

Es gab am Anfang keine Ausgabenkritik, sondern Sparbeschlüsse. Dann haben Sie die Verteidigungspolitischen Richtlinien nachgelegt und gesagt, das sei eine nachgereichte Begründung, warum wir das alles eigentlich machen sollten. Dass es sich um Verteidigungspolitische Richtlinien und nicht um einen Kabinettsbeschluss handelt, ist an sich ein Beleg dafür, dass es keine ressortübergreifende Zusammenarbeit gibt. In Ihrem aktuell vorliegenden Bericht habe ich den Menschenrechtsbegriff ein einziges Mal gefunden. Was ich nicht gefunden habe, ist die zivile Krisenprävention. Eine solche Prävention ist nur möglich, wenn es eine ressortübergreifende Zusammenarbeit gibt. Aber eine solche Zusammenarbeit gibt es bei Ihnen nicht. Das führt am Ende nicht nur zu weniger Frieden, sondern auch zu deutlich mehr Belastungen für die Soldatinnen und Soldaten. Das ist das Problem. Sie werden die Bundeswehr nicht dahin führen, dass sie fit für die Zukunft und VN-fähig ist, sondern Sie werden weiterhin alle verunsichern.

Die entscheidende Frage lautet: Wollen Sie das denn?

Ich sehe ihn gerade nicht, aber Volker Kauder hat vor ein paar Monaten ein Interview gegeben, in dem er gesagt hat: Natürlich haben wir Werte, auch in der Außenpolitik.

Aber wir haben auch Interessen, und diese sind nun einmal nicht im-

mer deckungsgleich. Manchmal ist es so: Ja, die Saudis sind Antisemiten. Aber man muss denen eben Panzer liefern, weil sie andere für uns bekämpfen müssen. – Es gab schon einmal zwei große Kriege, die der Westen geführt hat und die das Ergebnis von Ausbalancierungsfantasien waren, nach dem Motto „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“. Das haben wir in Afghanistan und auch im Irak gesehen. Sie haben daraus schlicht und ergreifend nichts gelernt.

Die entscheidende Frage lautet, ob nicht eine Kernaufgabe des Rechtsstaats darin besteht, alles daranzusetzen, dass Werte und Interessen nicht auseinandergehen.

Der Rechtsstaat darf nicht zulassen, dass Interessen wertereungebunden, einfach frei floriieren.

Wenn Sie Rüstungsgüter nach Katar und Saudi-Arabien verkaufen, kann ich nur darauf hinweisen – das haben wir bereits häufig getan, und das kann man nicht oft genug wiederholen –, wie moralisch verwerflich das ist und was das für die Menschenrechtssituation vor Ort und für die Abrüstungsbilanz der Bundesrepublik bedeutet.

Aber man muss Sie auch darauf hinweisen, dass Sie Waffen an Länder liefern, die wiederum Gruppen mit Waffen beliefern, die in einzelnen Einsätzen auf die Bundeswehr schießen. Das heißt, Sie liefern indirekt Waffen, die am Ende gegen die Bundeswehr, die wir entsenden, eingesetzt werden. Ich glaube, das ist nicht nur moralisch verwerflich, das ist nicht nur verheerend für die Abrüstungsbilanz, sondern diese Regierung ist auch ein Risiko für die nationale Sicherheit Deutschlands.

Herr Minister, Sie sagen so häufig, Sie hätten gerne eine breite Debatte. Kommen Sie doch her! Ich schenke Ihnen Redezeit, sagen Sie doch einmal drei Sätze dazu.

Sagen Sie etwas dazu, was es eigentlich bedeutet, wenn Katar Waffen bekommt und gleichzeitig die Dschihad-

disten, die gegen die Bundeswehr kämpfen, beliefert und finanziert.

Sie wollen die Debatte und führen eine Evaluation der Bundeswehrreform 2014 durch. Das ist nach dem Wahlkampf. Dafür kann es sachliche Gründe geben.

Aber es geht nicht, dass Sie sagen, Sie wollten Sicherheitspolitik an sich aus dem Wahlkampf heraushalten.

Das habe ich am 8. Mai 2013 in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung gefunden. Das mutet nach einem Minister an, der zwar immer eine Debatte fordert, aber der einfach nicht bereit ist, vor Wählerinnen und Wählern Rechenschaft abzulegen. Wenn man sich die Bilanz anschaut, dann weiß man auch, warum.

Die Soldaten bekommen das natürlich alles mit. Die Stimmung in der Truppe ist dementsprechend. Ihre Antwort darauf ist: Nicht jammern, nicht gieren nach Anerkennung.

Das, was Sie heute „geistige Dimension“ genannt haben, besteht bei Ihnen in dem Motto „Indianer kennen keine Schmerzen“. Das ist aber ein massiv überholtes Bild vom Soldatenberuf. Es geht hier im 21. Jahrhundert um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Rechten, denen man mit ein bisschen mehr Respekt, gerade bei dem harten Job, den sie haben, begegnen sollte.

Sie aber vergrößern immer nur die Verunsicherung. Die Neuausrichtung ist nicht neu, sie hat keine Richtung.

Das Ziel hätte sein müssen, dass die Bundeswehr effizienter wird. Das Ziel hätte sein müssen, dass sie billiger wird. Das, was Sie vorlegen, ist teurer, vergrößert die Effizienzlücken und führt am Ende dazu, dass der Beschaffungswahnsinn weitergeht, dass die Millionenlöcher, die Sie weiterhin graben, immer größer werden.

Das muss ein Ende haben. Aber es dauert nur noch vier Monate, und dann gibt es ein Ende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Christoph Schnurr, FDP:

Bundeswehrreform ist ein echter Erfolg



Christoph Schnurr *1984
Landesliste: Hessen

Nach der vorangegangenen Debatte bleibt nur noch zu sagen: Die Bundeswehrreform ist ein echter Erfolg. Obwohl die Opposition hier in der ersten Runde nicht über die Aspekte der Bundeswehrreform diskutiert und debattiert, sondern die Problematik Euro Hawk – die Thematisierung ist berechtigt – und die Frage von Rüstungsexporten anspricht, so wird aus der Debatte doch deutlich, dass diese Regierungskoalition viel für die Bundeswehr erreicht hat, auch mit der Bundeswehrstrukturreform.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, zur Euro-Hawk-

Thematik: Ja, hier sind nicht nur Missstände aufgedeckt worden, sondern das gesamte Verfahren ist äußerst ärgerlich. Da sind wir, glaube ich, einer Meinung. Der Minister hat aus guten Gründen gleich zu Beginn seiner Rede gesagt, dass er auf diese Thematik heute an dieser Stelle nicht eingehen möchte, sondern dass wir darüber zu einem anderen Zeitpunkt debattieren werden. Wir werden dies nicht nur im Haushaltsausschuss, sondern auch im Verteidigungsausschuss noch einmal thematisieren;

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7: Christoph Schnurr (FDP)

aber heute geht es um die Neuausrichtung.

Wenn wir uns die Thematik anschauen, dürfen wir uns nicht nur darauf konzentrieren, warum es in der letzten Woche zu der Entscheidung gekommen ist, die sogenannte Reißleine zu ziehen, sondern wir müssen uns auch ganz genau anschauen, wann die ersten Vorüberlegungen angestellt wurden und die Entscheidung, dieses System zu kaufen, getroffen wurde. Letztendlich geht es auch darum, welche Fehler von 2004 bis 2013 gemacht wurden.

Die Euro-Hawk-Problematik zeigt auch auf, dass wir ein Problem im Bereich der Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr haben. Deswegen ist es gut, dass im Rahmen der Bun-

deswehrstrukturreform in Zukunft klare Zuständigkeiten, klare Kompetenzen und eine klare Verantwortung bei Beschaffungsvorhaben vorliegen sollen.

Ich hätte, ehrlich gesagt, auch erwartet, dass die Opposition am heutigen Tag einmal erklärt, dass sie die Entscheidung, eine Reform durchzuführen, grundsätzlich befürwortet, auch wenn sie natürlich einzelne Kritikpunkte hat. Das ist ausgeblieben. Von den Grünen hätte ich erwartet, dass sie positiv erwähnen, dass diese Regierungskoalition das umgesetzt hat, was sie seit Jahren und Jahrzehnten gefordert haben – genauso wie die FDP –, nämlich die Aussetzung der Wehrpflicht. Sie ist eine Erfolgsgeschichte für die Bun-

deswehr. Das belegen die aktuellen Bewerberaufkommen. Die Bundeswehr hat momentan kein Nachwuchsproblem, wenngleich die Nachwuchsgewinnung eine große Herausforderung bleibt; der Minister hat es zu Recht angesprochen. Insofern ist es unsere aller Aufgabe, die Bundeswehr weiterhin attraktiv zu gestalten.

Ja, dem Reformprozess sind eine breite Diskussion und eine breite Beteiligung im Parlament und auch in der Öffentlichkeit vorausgegangen. Zunächst wurde die Weise-Kommission eingesetzt. Dazu fanden Meinungsbildungen in den Fraktionen, beim Bundeswehrverband und auch beim Reservistenverband statt. Der Generalinspekteur hat die verschie-

denen Modelle im Verteidigungsausschuss vorgestellt, und anschließend gab es eine Festlegung der Regierungskoalition über die Eckpunkte der Neuausrichtung und daraufhin die Entscheidung des Bundesministers. Diese Reform steht in der Tat auf einem soliden Fundament, so wie man es sich wünschen kann.

Meine Redezeit geht zu Ende. Ich möchte noch auf einen Aspekt eingehen, und zwar auf die Frage der Finanzierbarkeit. Herr Arnold beispielsweise hat nämlich gesagt, es fehle an jeder Ecke Geld, unter anderem für Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war diese Bundesregierung beziehungsweise diese Koalition, die es geschafft haben, die

Bundeswehr auf eine solide Finanzierungsgrundlage zu stellen, auch durch ganz bestimmte Maßnahmen, etwa dadurch, dass wir das Sparziel gestreckt haben; das ist richtig. Aber heute ist der Finanzierungsrahmen besser als vor vier Jahren. Mit Blick auf das Wahlprogramm der Grünen möchte ich einen Satz zitieren – Herr Präsident, dann komme ich zum Ende –:

Wir wollen über 10 Prozent des derzeitigen Wehretats einsparen.

Daran sieht man in der Tat: Die einen wollen bei der Bundeswehr sparen; die anderen wollen die Bundeswehr zukunftsfit gestalten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Hans-Peter Bartels, SPD:

Es wachsen die Irritationen und die Kritik



Hans-Peter Bartels *1961
Wahlkreis: Kiel

Vorweg ein Wort zur Euro-Hawk-Debatte: Es ist schon bemerkenswert, dass am Mittwoch vergangener Woche im Kabinett ein Bericht zu den 30 Hauptwaffensystemen der Bundeswehr vorgelegt wurde – die strukturell relevant sind. Dieser Bericht enthält Obergrenzen hinsichtlich der Anzahl der Panzer und der geschützten Fahrzeuge; vorgesehen waren auch fünf Euro Hawk und vier Global Hawk. Zwei Tage später, am Freitag, entscheidet ein Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, dass die beiden Hauptwaffensysteme Euro Hawk und Global Hawk aus diesem Bericht herausgeleitet werden.

Ich bemerke, dass zwei Tage später ein Staatssekretär zwei dieser Hauptwaffensysteme aus der Tabelle herausstreicht. Es ist wohl mit einer gewissen Absicht geschehen, dass es der Staatssekretär und nicht der Minister war, der dies getan hat. Der Minister hat das Wort „Euro Hawk“ auch heute nicht in den Mund genommen. Das Problem, das Ihr Haus hat, ist, dass Sie seit zwei Jahren wissen, dass es gravierende Probleme bei diesen Hauptwaffensystemen der Bundes-

wehr gibt, und dass Sie den Bundestag nicht darüber unterrichtet haben und sich zweimal über den Haushalt weiteres Geld dafür haben beschließen lassen. Wir als Bundestagsabgeordnete wissen darüber nichts. Wir bekommen es erst auf Nachfrage mit, und dann sagen Sie: Jetzt ziehen wir die Reißleine. – So geht es nicht! Das Verhältnis von Parlament und Ministerium muss anders gestaltet werden. Das ist kein vertrauensvolles Miteinanderumgehen. Sie haben die Verantwortung dafür, dass das Parlament über zwei Jahre getäuscht worden ist.

Ihre Bundeswehrreform, Herr Minister, steht unter keinem guten Stern. Sie haben noch einmal eine rein nationale Reform versucht. Das ist altes Denken. Wir Europäer stehen in den gleichen Auslandseinsätzen – auf dem Balkan, in Afghanistan, in Afrika und auf hoher See. Wir vertreten die gleichen Werte. Wir haben in Europa manche alten Strukturen. Wir alle beschließen Sparhaushalte, auch für das nationale Militär. Deshalb wäre es besser gewesen, vorher mit den Briten, den Franzosen, den Italienern, den Spaniern, den Polen darüber zu reden: Wer will wo Schwerpunkte setzen, und was kann man gemeinsam organisieren?

Stattdessen hat der Verteidigungsminister erst im April in einem Interview mit dem britischen Guardian beteuert, er wolle ausdrücklich keine europäische Armee. Das scheint er für eine Art sozialdemokratisches Hirngespinnst zu halten. Aber wie, um Gottes willen, ist dann diese gefährliche SPD-Politik in Ihren schwarz-gelben Koalitionsvertrag geraten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, wenn Ihr langfristiges Reformziel eine europäische Armee ist, dann hat dieses Ziel bei dieser Reform erkennbar keine Rolle gespielt. Wenn das Ziel gewesen sein sollte, Geld zu sparen – das war der Ausgangspunkt bei Minister zu Guttenberg; wir erinnern uns: die Schuldenbremse als höchster strategischer Parameter der Bundeswehrreform –, wenn es also ums Sparen gegangen sein sollte, dann ist es damit auch wieder nichts. Fehlanzeige! Wir schauen auf die Haushaltszahlen: Sie steigen. Wohlgehemmt: Wir kritisieren nicht die steigenden Zahlen – das hatten wir Ihnen vorhergesagt –; wir kritisieren die Politik der dröhnenden Ankündigungen – 8,3 Milliarden Euro sollten eingespart werden –, die man hinterher stillschweigend wieder einkassiert. Das ist es, was die Öffentlichkeit als schlechtes Reformmanagement wahrnimmt.

Drei Jahre nach Ausrufung der Reform herrscht noch immer Unsicherheit bei den Betroffenen.

Hören Sie auf mit den Tricks, die es so aussehen lassen sollen, als würde doch kräftig gespart! In Wirklichkeit werden nur Kostenblöcke verschoben. Das passt nicht zu Ihrem seriösen Image, Herr Minister. Wenn 2 500 Zivilbeschäftigte aus dem Geschäftsbereich des Verteidigungsministers in die nachgeordneten Bereiche des Innenministers und des Finanzministers outsourct werden mit der gleichen Aufgabe, nämlich für die gleiche Bundeswehr Bezüge und Beihilfen zu berechnen und Dienstreisen abzurechnen, nur hinter einem anderen Türschild, dann ist das nahe an haushaltspolitischer Täuschung. Es spart nicht. Im Gegenteil: Ihre eigenen Fachleute geben zu, dass sogar

noch Zusatzkosten für neue IT anfallen. Wir lehnen diese Verstöße gegen den Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit ab.

Ich habe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ehrlich gesagt, nicht verstanden, warum diese fünfte Bundeswehrreform innerhalb von 20 Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges noch einmal mit diesem großen Pathos des ganz Neuen, endlich einmal vernünftig Durchdachten, objektiv Richtigen angepriesen wurde. Eine Nummer kleiner hätte es vielleicht auch getan.

Es war bisher nicht alles Murks, und es wird in Zukunft nicht alles Gold. Man muss nicht an jedem Schraubchen drehen, nur weil man es kann. Dass so viele Soldatinnen und Soldaten, so viele Zivilbeschäftigte heute immer noch nicht wissen, wie es mit ihrer beruflichen Zukunft weitergeht, das ist kein Zufall, das ist kein Versehen; das ist strukturell so gewollt.

Minister de Maizière hat selbst immer wieder die Metapher benutzt, er wolle die Treppe von oben kehren, also mit den Veränderungen oben anfangen. So läuft das jetzt auch ab. Das heißt für viele an der breiten Basis, in den Bataillonen und Dienststellen: Sie werden die Letzten sein, die Sicherheit über Dienstposten und die eigene Verwendung haben. Wenn dieses personalwirtschaftliche Prinzip „die Treppe von oben kehren“ ein Experiment gewesen sein sollte, dann würde ich empfehlen, es als gescheitert zu betrachten. Es hat sich nicht bewährt.

Drei Jahre nach Ausrufung der neuen Reform durch Minister zu Guttenberg herrschen immer noch Unsicherheit und Unbehagen bei den meisten Reformbetroffenen vor. Der Bundeswehrverband hat das mit seinen Umfragen eindrucksvoll bestätigt. Das Bild vom Burnout der Bundeswehr, mit dem Oberst Kirsch die Lage gekennzeichnet hat, ist sehr treffend. Deshalb werden wir Sozialdemokraten diese Reform nicht wieder komplett umkrempeln, wenn die Regierung wechselt. Manches ist ausgezeichnet gelungen und sollte von Dauer sein: Das Heeresmodell der

sechs Standardbrigaden ist gut, ebenso das Festhalten am gepanzerten Kern.

Zum Schluss noch ein Wort zur Amtsführung des Ministers, der diese Reform zu verantworten hat. Es gab viele Vorschusslorbeeren und auch weithin anerkannte Verdienste aus der Zeit der vorherigen Regierung. Thomas de Maizière ist in jeder Beziehung ein anderes Kaliber als Karl-Theodor zu Guttenberg. Aber es läuft im Moment nicht so gut für den Minister.

Wenn ich mir das Bild der Bundeswehr in der Öffentlichkeit anschau, stelle ich fest: Es wachsen die Irritationen und die Kritik.

Der Satz mit den Worten „Gier nach Anerkennung“ hat viele Soldaten vor den Kopf gestoßen. So sollten Sie als oberster Dienstherr nicht über Ihre Untergebenen reden, Herr Minister.

Ihre Debatte um den Veteranentag hatte etwas sehr Künstliches. Gut, dass Sie hier keine allzu hohen Erwartungen mehr wecken. Der seltsame Hubschrauber-EADS-Deal und das Euro-Hawk-Debakel zeugen nicht von hoher Regierungskunst. In der Kampfdrohnenfrage haben Sie sich offenbar erst von den eigenen Leuten wieder auf den Boden der Realität holen lassen. Nichts überstürzen; es gibt heute keine Fähigkeitslücke. Und dass alle Waffen ethisch neutral seien, haben Sie natürlich nicht ernst gemeint. Das können Sie nicht ernst gemeint haben, Herr Minister.

Die Bundeswehr hat heute im Einsatz und in der Reform schwierige Zeiten zu bestehen. Es ist nicht die Aussicht auf geniale neue Strukturen, die gegenwärtig sozusagen den Laden am Laufen hält, sondern es sind die Soldatinnen und Soldaten und die Zivilbeschäftigten, die nicht Dienst nach Vorschrift machen, sondern kameradschaftlich und kollegial das Chaos meistern und dem täglichen Wahnsinn trotzen, weil sie ihren Dienst und die ihnen anvertraute Aufgabe mögen. Sie tun oft sehr viel mehr als ihre Pflicht.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Henning Otte, CDU/CSU:

Zwingende Schlussfolgerung der sicherheitspolitischen Lage



Henning Otte *1968
Wahlkreis: Celle - Uelzen

Lieber Herr Bartels, Ihre Rede war kein wirklicher Ansatz von Kritik. Sie haben um Argumente gerungen, haben aber kein wirklich wichtiges Argument genannt.

Ich habe mich zudem gefragt, warum Ihr Spitzenkandidat heute nicht eine Minute bei dieser Regierungserklärung anwesend war. Entweder hat er den Anspruch verloren, oder ihm ist das zentrale Thema der Neuausrichtung der Bundeswehr nicht wichtig.

Der erfolgreiche Einsatz für Frieden auf dieser Erde und für die Sicherheit unseres Landes ist nicht selbstverständlich. Es bedarf dazu einer andauernden Anstrengung und eines konsequenten Handelns. Ich danke daher ausdrücklich zu Beginn meiner Rede unserem Verteidigungsminister Thomas de Maizière dafür, dass er die Neuausrichtung der Bundeswehr als konsequente Antwort auf die sicherheitspolitische Analyse gleichsam mit Ruhe, Stärke und Weitsicht erfolgreich vorangetrieben hat.

Diese Neuausrichtung stellt die wohl intensivste Anpassung der Streitkräfte in der Geschichte der Bundeswehr an die Erfordernisse der Gegenwart und der Zukunft dar. Die Aussetzung des verpflichtenden Wehrdienstes, die damit einhergehende Reduzierung des Truppenumfangs und die Schließung von Standorten sind – das ist ganz klar – eine Herausforderung für die Beteiligten.

Unter dem Strich war und ist die Neugestaltung der Bundeswehr eine zwingende Schlussfolgerung der sicherheitspolitischen Analyse. Die christlich-liberale Koalition hat sich dieser Aufgabe angenommen und den Umbau der Armee sicherheitspolitisch begründet, demografiefest ausgestaltet und finanzpolitisch abgesichert. Diese Neuausrichtung gibt der Bundeswehr bis weit in die Zukunft hinein Handlungssicherheit.

Viel mehr noch: Die Sicherheit Deutschlands – darum geht es bei der Bundeswehr in erster Linie – kann auf diese Weise gewährleistet und gestärkt werden. Es darf und wird aber keine

weitere Reduzierung des Umfangs geben, schon gar nicht aus finanziellen Gründen. Dafür stehen wir von der Union auch nach der Wahl. Das unterscheidet uns von der Opposition.

Eng mit einer soliden Finanzierung hängt die Modernität der Ausrüstung zusammen. Die Bundesregierung hat mit einer soliden Planung und einer moderaten Verringerung von Stückzahlen den finanziellen Handlungsspielraum der Bundeswehr verbessert. Erstmals seit Jahrzehnten ist der Druck auf den Ausrüstungstitel gesunken und Geld für andere Dinge verfügbar gemacht worden.

Die Bundeswehr ist während unserer Regierungszeit zu einer der modernsten Armeen der Welt geworden.

Wir haben die richtigen Lehren aus den Einsätzen für die Beschaffung gezogen.

Vor der Neuausrichtung waren die Systeme zum Teil erheblich verzögert geliefert worden. Das hat sich mit dem neuen Beschaffungs- und Nutzungsprozess wesentlich verbessert. Wir Verteidigungspolitiker haben die langen Entwicklungs- und Lieferzeiten nicht geduldet. Das neue Beschaffungskonzept ist der richtige Schritt. Es dokumentiert den Willen der notwendigen engen Zusammenarbeit aller Beteiligten aus der Truppe und mit der Fachexpertise der Wirtschaft, mit dem Ziel, das Gerät zu beschaffen, das unsere Soldaten für den Einsatz in allen denkbaren Szenarien benötigen.

Daraus abgeleitet wurde das Prinzip „Breite vor Tiefe“. Dieses Prinzip ist richtig; denn es ermöglicht uns politische Handlungsoptionen und macht uns flexibel in der Gestaltung von Mandatsausübungen. Auf diese Weise kann Deutschland seiner sicherheitspolitischen Verantwortung in Europa und der Welt nachkommen. Die Neuausrichtung – „Breite vor Tiefe“ und Steigerung der Durchhaltefähigkeit auch durch multinationale Ergänzungen – steht für das, was wir wollen; denn sie ist Ausdruck von Souveränität, von Kooperationsfähigkeit und von Bündnistreue. Dafür steht die Union. Dafür steht auch Deutschland.

Meine Damen und Herren, ich sehe auch in sicherheitspolitischer Hinsicht zum jetzigen Zeitpunkt keine Alternative zu dieser Maßgabe. Wir sind uns einig: Deutschland kann und will Konfliktvermeidung und Verhütung in mandatierten Einsatzgebieten nicht alleine durchführen. Kein Land in einer eng vernetzten Welt kann das. Eine immer engere Zusammenarbeit der Nationen innerhalb von UN-Mandaten, innerhalb der NATO und der EU-

Staaten durch Pooling und Sharing ist ein gangbarer, ja zukunftsfähiger Weg, und zwar auch um unterschiedliche Fähigkeiten in einem Einsatz bereitzustellen.

Es stellen sich aber zwei grundlegende Fragen: Erstens. Wie erhalte ich die einzelnen Fähigkeiten in den Bündnisstaaten? Zweitens. Wann und wie beginne ich mit der Zusammenarbeit unter den neuen Bedingungen? Visionen von einer europäischen Armee sind gut und schön. Wir sollten aber nicht euphorisch damit umgehen. Wir sollten nicht nur den großen Wurf suchen, sondern uns ganz pragmatisch um die Umsetzung kümmern. Die Europäische Union wurde schließlich auch nicht an einem Tag erschaffen, sondern Schritt für Schritt. Die Sicherheitspolitik ist für die christlich-liberale Koalition zu wichtig, um aus ihr ein Experimentierfeld zu machen. Ich

Diese Neuausrichtung gibt der Bundeswehr Handlungssicherheit.

warne davor, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Vielmehr müssen wir Smart Defense auch smart betreiben und Pooling und Sharing vom Kopf auf die Füße stellen.

Wenn das Motto „Train as you fight“ für die Bundeswehr richtig ist, dann bestimmt das auch die multinationale Ebene. Wir arbeiten im Einsatz sehr erfolgreich mit unseren Partnern zusammen. Meines Erachtens beginnt die Zusammenarbeit als solche aber zu spät. Wir sollten vielmehr früher ansetzen und in Form einer gemeinsamen Ausbildung beginnen, und zwar

dort, wo es schon heute möglich ist. Es gibt hier gute Beispiele, etwa bei der Tiger-Ausbildung oder der gemeinsamen Nutzung des Gefechtsübungszentrums.

Wenn wir abwarten, bis im europäischen Abstimmungsprozess für jede Nation Kernfähigkeiten definiert sind, werden wir nirgends in Europa funktionierende Streitkräfte erhalten können. Es kann gelingen, mit einer gemeinsamen Ausbildung zu beginnen, ohne damit einhergehende staatsrechtliche Probleme, etwa die Parlamentsbeteiligung usw., sofort regeln zu müssen. Durch die Multinationalisierung der Ausbildung und der Ausbildungseinrichtungen würde die europäische Interoperabilität auf ein sehr hohes Niveau gehoben. Das ist aus meiner Sicht die Fortführung einer erfolgreichen Neuausrichtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die christlich-liberale Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben bei der notwendigen Konsolidierung nicht nur in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern mit der Neuausrichtung der Bundeswehr auch in der Sicherheitspolitik erledigt. Es zeigt sich, Herr Nouripour: Wir können zusätzlich Umwelt, wir können Bildung, wir können Soziales, wir können Arbeit, und deswegen werden wir am 22. September das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler bekommen.

Ich komme nun zu denjenigen, die für uns bei der Neuausrichtung die wichtigsten Beteiligten sind: die Soldaten und zivilen Mitarbeiter der Bundeswehr, die die Reform bei laufendem Einsatz gestalten müssen. Für sie muss die Bundeswehr trotz aller reformbedingten Veränderungen ein attraktiver Arbeitgeber bleiben. Ich bin der Überzeugung, dass wir hier eine ordentliche Bilanz vorweisen können und einen guten Job gemacht haben.

Mit der Besoldungsverbesserung und der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes wurden Bezugserhöhungen um durchschnittlich 8,1 Prozent

sichergestellt. Mit dem Einsatzversorgungs-Verbesserungsgesetz wurde die Versorgung von im dienstlichen Einsatz Geschädigten und der Hinterbliebenen wesentlich verbessert. Gerade im Bereich PTBS konnte viel gemacht werden. Ich weise auch auf die Härtefall-Stiftung für Radargeschädigte und auf das Bundeswehrreform-Begleitgesetz hin, mit dem wir gemeinsam den Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen erreicht haben, aber auch auf die Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die über einen sehr kompetenten Background verfügt und sich jetzt mit Vorfällen im Einsatz auseinandersetzen kann. Bei der Vereinbarkeit von Dienst und Familie ist noch Luft. Hier haben wir die gemeinsame Absicht, noch vieles zu erreichen.

Aber noch nie wurden in einer Legislaturperiode so viele Verbesserungen für die Soldatinnen und Soldaten erreicht.

All das dokumentiert: Die christlich-liberale Koalition ist für die Bundeswehr und für unser Land richtig.

Meine Damen und Herren, ich habe skizziert, woher wir gekommen sind und wohin wir wollen. Ich freue mich auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit mit unserem Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière. Mein Dank gilt auch unserem Koalitionspartner, der FDP, mit dem wir immer sehr gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet haben.

Ich grüße an dieser Stelle unseren verteidigungspolitischen Sprecher Ernst-Reinhard Beck, der heute nicht hier sein kann. Vor allem danke ich im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Soldaten und den zivilen Mitarbeitern, die in der Bundeswehr ihren Dienst leisten. Ihnen gilt unsere ganze Aufmerksamkeit. Sie stehen für unsere Bundeswehr, für Frieden und Freiheit, für Verlässlichkeit und Professionalität, für die Sicherheit unseres Landes, und dafür danken wir ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Burkhardt Müller-Sönksen, FDP:

Neuausrichtung stärkt die Armee



Burkhardt Müller-Sönksen *1959
Landesliste: Hamburg

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist eine Erfolgsgeschichte der koalitionsgeführten Bundesregierung; das muss angesichts der heute hier teilweise neben dem Thema des Tagesordnungspunktes geäußerten Kritik gleich am Anfang unterstrichen werden.

Der Fokus der Neuausrichtung liegt völlig zu Recht auf der Optimierung der Einsatzfähigkeit. Die Reform ist kein Selbstzweck, sondern wird die Bundeswehr flexibler machen, damit sie ihre zukünftigen Aufgaben bestmöglich erfüllen und unseren Verbündeten weiterhin ein verlässlicher Partner sein kann.

Die grundsätzlichen strukturellen Veränderungen dieser Legislaturperiode gehen mit einem Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung unserer Soldaten und Soldatinnen einher. So hat die Aussetzung der Wehrpflicht – ein lang verfolgtes Ziel der FDP – eine breite gesellschaftliche Debatte angestoßen. Mit dem Reformbegleitprogramm und legislativen Grundlagen wie dem novellierten Einsatzversorgungs-gesetz reagieren die Koalitionsfraktionen auf diese gesellschaftlichen Veränderungen.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9:
Burkhardt Müller-Sönksen (FDP)

Die Bundeswehr soll auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber sein, der motivierte und engagierte junge Menschen anspricht. Wenn ich die Opposition heute so höre, dann weiß ich gar nicht, ob Sie mit Ihren Reden überhaupt noch motivierte Menschen ansprechen und adressieren wollen, um sie für unsere Bundeswehr zu gewinnen.

Wenn wir gemeinsam wollen, dass die Bundeswehr ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, müssen wir dafür sorgen, dass die Soldatinnen und Soldaten wissen, dass sie sich im Worst Case auf die Unterstützung der Bundesrepublik verlassen können. Unsere Soldatinnen und Soldaten sollen wissen, dass wir im Ernstfall für sie und ihre Angehörigen sorgen. Sie sollen sich nicht als Bittsteller fühlen. Anerkennung für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten drückt sich in jeder öffentlichen Würdigung aus, auch zum Beispiel im Umgang mit den Verwaltungsbehörden.

Es ist deshalb ein großer Erfolg, dass traumatisierte Soldatinnen und Soldaten nicht länger schlechtergestellt werden als ihre Kameraden, die sichtbare körperliche Schäden erlitten haben. Ich bin dankbar, dass wir dieses wichtige Thema gemeinsam, über alle Fraktionsgrenzen hinweg, angepackt haben.

Wir haben auch eine Härtefall-Stiftung ins Leben gerufen, damit niemand in Bezug auf die Absicherung durch das Raster fällt. Ich denke dabei vor allem an die Soldatinnen und Soldaten, bei denen sich die Verfahren auf Anerkennung einer Wehrdienstbeschädigung über Monate, manchmal Jahre hinziehen und die hierdurch in eine finanzielle Schieflage geraten, von dem psychologischen Druck in dieser Situation ganz zu schweigen.

Neben den konkreten Verbesserungen in der Versorgung brauchen wir vor allem einen Paradigmenwechsel, was die öffentlichen Anerkennung der Veteranen und der Gefallenen angeht. Das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und den Streitkräften wurde einmal sehr passend als „freundliches Desinteresse“ beschrieben. Im Rahmen dieser Reform gilt es, deutlich zu machen: Die gefallenen Bundeswehrgoldaten und ihre Angehörigen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft.

Wir brauchen keine zur Schau gestellte Symbolpolitik – nein, weiß Gott nicht –, sondern Aufrichtigkeit im Umgang mit den Soldatinnen und Soldaten, die wir aufgrund der Beschlüsse unseres Parlamentes in die Einsätze schicken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns die Neuausrichtung der Bundeswehr weiter vorantreiben und die wichtige Debatte um die Verankerung der Truppe in der Gesellschaft offensiv führen. Die Bundeswehr wird gestärkt aus diesem Prozess hervorgehen. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam beschreiten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Reinhard Brandl, CDU/CSU:

Die Bundeswehr ist im Jetzt angekommen



Reinhard Brandl *1977
Wahlkreis: Ingolstadt

Wenn ich auf diese Legislaturperiode zurückblicke und nachdem ich die heute vorliegende Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage gelesen habe, bin ich schon etwas stolz darauf, was der Bundeswehr unter ihren Verteidigungsministern und mit der großen Unterstützung des Parlaments in den letzten Jahren gelungen ist.

Die Bundeswehr ist 23 Jahre nach Ende des Kalten Krieges im Jetzt angekommen. Sie hat sich in den 23 Jahren Schritt für Schritt von einer Armee der Landesverteidigung zu einer modernen Einsatzarmee entwickelt. Es war ein langer Weg mit vielen schweren Schritten. Der größte und letzte Schritt war die Aussetzung der Wehrpflicht. Ich sage Ihnen ganz offen: Wir haben uns in der Union gerade mit dem letzten Schritt, der Aussetzung der Wehrpflicht, sehr schwergetan; aber am Ende haben wir uns dafür entschieden, weil wir wussten, dass dieser Schritt notwendig ist.

Wir haben den Soldaten in den letzten vier Jahren ziemlich viel zugemutet. Einen Apparat wie die Bundeswehr bewegt man nicht so einfach. Vom Kabinettsauftrag bis zur Verkündung der Feinausplanung vergingen zwei Jahre Planungszeit. Das bedeutete: Zwei Jahre lang Unsicherheit für jede einzelne Organisationseinheit. Erst danach konnte der einzelne Soldat der Frage nachgehen: Was passiert mit mir? Kann ich bleiben? Wie sehen die Modalitäten aus, wenn ich ausscheide? Wo finde ich meinen Platz in der neuen Bundeswehr? Es gibt viele Soldaten, für die diese Fragen immer noch nicht endgültig geklärt sind.

Hinzu kommt, dass wir in der Übergangsphase noch die alten Strukturen haben, aufgrund der Aussetzung der Wehrpflicht aber plötzlich viel weniger Soldaten, die diese Strukturen ausfüllen müssen. Als Betroffener wäre ich mit dieser Situation auch unzufrieden. Ich werbe aber auch um Verständnis. Jeder Soldat und jeder Zivilbeschäftigte hat neben dem Anspruch auf Information auch einen Anspruch darauf,

dass eine einmal verkündete Entscheidung gültig bleibt. Darauf muss man sich verlassen können. Wenn man diesen beiden Ansprüchen gerecht werden will, dann muss gründlich geplant werden, und alle Abhängigkeiten, die in einer Armee bestehen, müssen berücksichtigt werden. Das braucht Zeit.

Ich habe großen Respekt vor denen, die diese Neuausrichtung fachlich planen. Ich habe großen Respekt vor den Vorgesetzten, die vor der nicht immer einfachen Aufgabe stehen, ihren Soldaten erklären zu müssen, dass noch nichts sicher ist. Sie müssen ihren Soldaten die Neuausrichtung erklären und ihnen sagen, dass es noch ein bisschen dauern wird, bis endgültige Entscheidungen getroffen werden und der Nutzen sichtbar wird. Ich habe auch großen Respekt vor den Soldatinnen und Soldaten und ihren Familien, die diese Phase der Unsicherheit aushalten müssen.

Sie alle leisten das neben ihrem normalen Auftrag und den Einsätzen, bei denen wir nicht einfach eine Pause einlegen können. Dafür möchte ich ihnen von dieser Stelle aus meinen Dank und meine große Anerkennung aussprechen.

Die Unsicherheit, die uns in dieser Phase der Umsetzung der Neuausrichtung begleitet, wird mit jedem Tag kleiner werden. Ich bin sicher, dass eine vergleichbare Reform auf absehbare Zeit nicht notwendig sein wird. Für mich hat die Bundeswehr ihre Zielstruktur erst einmal erreicht. Ich möchte das kurz begründen: Maßgeblich für die Neustrukturierung war der Bedarf an einem möglichst breiten Fähigkeitspektrum. Daneben waren die verfügbaren Finanzmittel und das verfügbare Nachwuchspotenzial strukturbestimmend.

Ich weiß noch sehr genau, dass wir im Bundestag und im Verteidigungsausschuss in den Jahren 2009/2010 über das Fähigkeitspektrum gesprochen haben. Wir haben uns die Köpfe zermartert, wie mögliche Einsatzszenarien der Bundeswehr in der Zukunft aussehen könnten: Wo wollen bzw. müssen wir unsere Bundeswehr in fünf oder zehn Jahren einsetzen? Damals hat niemand von uns gedacht, weder von der Opposition noch von der Regierung, dass wir nur zwei Jahre später – 2013 – mit Patriot-Raketen an der Grenze zu Syrien stehen würden, und keiner von uns hat damals gedacht, dass wir einen Einsatz in Mali haben könnten – Pionierausbildung – oder Einsätze im Senegal mit Lufttransport und Luftbetankung. Das war für mich prägend. Ich habe daraus die Erkenntnis gezogen, dass man das vielleicht gar

nicht vorhersehen kann. Wir wissen heute nicht, welche Aufgaben wir 2015 mit der Bundeswehr zu bewältigen haben werden. Wir wissen nur, dass wir als größte Volkswirtschaft in Europa auch in Zukunft mit Verantwortung für Frieden und Sicherheit in der Welt tragen werden. Wir wissen auch, dass die Bedrohungen, insbesondere die Bedrohungen durch zerfallende, schwache Staaten, in Zukunft eher größer als kleiner werden.

Deswegen war der Ansatz „Breite vor Tiefe“ richtig; denn eine erneute Verkleinerung oder ein anderer Ansatz hätten bedeutet, dass wir auf substantielle Fähigkeiten hätten verzichten müssen. Ich tue mich wirklich schwer, zu sagen, auf welche Fähigkeiten wir verzichten können, weil ich nicht weiß, was wir in Zukunft brauchen werden; denn es gibt nun einmal Unsicherheiten in der Welt. Ich hoffe, dass wir mit

Wir haben mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ein großes Projekt erfolgreich aufs Gleis gesetzt.

der Zeit immer mehr Fähigkeiten in der NATO und in Europa gemeinsam erlangen werden. Aber das werden kleine Schritte sein, Stück für Stück. Kollege Otte hat die Ausbildung angesprochen, die man stärker europäisieren kann.

Diese kleinen Schritte werden in der nächsten Zeit nicht strukturbestimmend für die Bundeswehr sein.

Der zweite Grund, warum ich glaube, dass diese Struktur Bestand haben wird, ist die Finanzierung. Es ist gelungen, die Struktur der neuen Bundeswehr nachhaltig zu finanzieren. Sie erleben es in den Haushaltsverhandlungen. Die Armee insgesamt wird kleiner, die Anzahl der Soldaten und Zivilbeschäftigten nimmt ab, das Budget bleibt aber konstant. Was bedeutet das? Das heißt, dass wir das Geld, das wir sparen, in die Verbesserung der Attraktivität, in effektivere Strukturen und in die Verbesserung der Ausrüstung für unsere Soldatinnen und Soldaten stecken können.

Da haben wir große Fortschritte gemacht. Das erkennen wir, wenn wir daran denken, welche Diskussionen wir am Anfang dieser Legislaturperiode geführt haben, insbesondere über die Ausrüstung der Soldaten in Afghanistan. Der Wehrbeauftragte hat damals mehrmals auf Probleme hingewiesen. Wenn ich sehe, welchen hohen, guten Ausrüstungsstand wir gerade in diesem Einsatz erreicht haben, dann muss ich sagen, dass das ein riesengroßer Erfolg für die gesamte Bundeswehr ist.

Wenn ich die Debatte richtig verfolgt habe, dann kann ich feststellen: Niemand kritisiert, dass wir zu wenig Geld für die Bundeswehr ausgeben, sondern die Kritik richtet sich darauf, dass wir zu wenig sparen. Aber damit kann ich

als Verteidigungspolitiker sehr gut leben. Ich sage auch, wem wir die gute Situation zu verdanken haben. Das ist vor allem ein Verdienst unseres jetzigen Ministers Thomas de Maizière, der gemeinsam mit dem Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble dafür gesorgt hat, dass die Bundeswehr in Zukunft nachhaltig finanziert ist. Dafür meinen herzlichen Dank!

Der dritte Grund, warum ich glaube, dass diese Struktur hält, ist der starke Zulauf an Freiwilligen zur Bundeswehr trotz einer historisch guten Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wir haben so wenig Arbeitslose wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Wir hatten große Angst, dass die Bundeswehr nach dem Aussetzen der Wehrpflicht Probleme hat, genügend qualifizierten Nachwuchs für die Strukturen zu finden, und wir sie deswegen irgendwann verkleinern müssen. Aber heute zeigt sich, dass diese Angst unberechtigt war.

Dank einer aktuellen Anfrage der Linken wissen wir, dass die Bundeswehr zum Beispiel bei den Offizieren im letzten Jahr über 10 000 Bewerber bei knapp 1 800 Einstellungen hatte. In einzelnen Bereichen, zum Beispiel bei der Marine und auch bei den IT-Kräften, gibt es Probleme, Nachwuchs zu finden. Aber wenn ich die gesamte Bundeswehr betrachte, dann ist es überhaupt kein Problem, den Bedarf zu decken, und das, obwohl die neu aufgestellte Organisation zur Nachwuchsgewinnung noch gar nicht richtig angefangen hat, zu arbeiten.

Das ist ein Riesenerfolg und sagt auch etwas über den Stellenwert der Bundeswehr in der Gesellschaft aus. Jeder, der heute zur Bundeswehr geht, weiß, dass er wahrscheinlich auch in einen Einsatz gehen muss. Aber er hat das Vertrauen in die Bundeswehr und in uns Abgeordnete, dass wir über die Einsätze nicht leichtfertig entscheiden. Dieses Vertrauen haben wir uns in den vergangenen Jahren gemeinsam mit der Opposition hart erarbeitet. Wir müssen dem immer wieder neu gerecht werden.

Wir haben in dieser Legislaturperiode mit der Neuausrichtung der Bundeswehr ein großes Projekt erfolgreich aufs Gleis gesetzt. Wir sind damit aber noch nicht am Ziel. Die Umsetzung dauert noch an. Wir werden auch in den nächsten Jahren noch kräftig anschieben müssen. Wir als christlich-liberale Koalition haben die Bundeswehr erfolgreich in das Jetzt geführt. Ich wünsche mir, ich werbe dafür und ich kämpfe dafür, dass wir im September vom Wähler den Auftrag bekommen, die Bundeswehr auch erfolgreich in die Zukunft zu führen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Es gab keine weiteren Redner zu dieser Debatte.

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Debatte über die Bildungs- und Integrationspolitik / 240. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 16. Mai 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD:

Die bildungspolitische Bilanz dieser Regierung ist katastrophal



Frank-Walter Steinmeier *1956
Wahlkreis: Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I

Das ist ja eigenartig: Kaum ist die Bundeswehrdebatte vorbei, verlassen die Kabinettsmitglieder geradezu fluchtartig die Regierungsbank, keine Bundeskanzlerin mehr da, keine Arbeitsministerin mehr da, die Plätze verwaist.

Aber genau das, meine Damen und Herren, ist eben symptomatisch: Entweder haben die Beteiligten immer noch nicht begriffen, dass es beim Thema Bildung um die zentrale Schlüsselfrage unserer gesamten Zukunft geht, oder es ist die magere Bilanz von vier schwarz-gelben Regierungsjahren, die Ihnen so peinlich ist, dass Sie sich nicht hertrauen.

Diese Regierung hat wahrlich keinen Grund, stolz zu sein. Die bildungspolitische Bilanz dieser Regierung ist nicht nur ernüchternd, sie ist aus meiner Sicht sogar katastrophal: Statt mit vereinten Kräften den Kita-ausbau voranzutreiben, haben Sie sich lieber im Hickhack um das Betreuungsgeld zerlegt.

Statt Kindern aus benachteiligten Familien gleiche Chancen zu eröffnen, haben Sie mit Ihren Bildungsgutscheinen – ich sage: erwartungsgemäß – einen Flop gelandet. Statt gemeinsam mit den Ländern zu arbeiten, beharren Sie sich gegenseitig. Ich sage Ihnen: Das Kooperationsverbot ist ein Fehler. In der Praxis taugt es nichts. Die Eltern, die Menschen verstehen es nicht. Schwarz-Gelb schafft es nicht einmal, im eigenen Laden eine gemeinsame Linie zu finden.

Ich sage für uns: Dieses Kooperationsverbot ist ein in Verfassungsrecht gegossener Irrtum, der beseitigt werden muss.

Wir sind dazu bereit – seien Sie es auch!

Vor Jahren – Sie werden sich erinnern – fand Ihre Bundeskanzlerin es schick, von der „Bildungsrepublik

Deutschland“ zu reden. Bildungsrepublik wird man aber nicht durch bloßes Beschwören. Der Begriff klingt schön, klingt anspruchsvoll; aber es braucht Taten und Entscheidungen, die den Weg dahin ebnet. Das Einzige, was Sie geerbt haben, ist der Weg in die Einbildungsrepublik: Inszenierung statt echter Politik, Simulation statt Weichenstellungen.

Aber Sie wissen es, Sie ahnen es: Das reicht nicht für unser Land.

Die Menschen draußen haben es in den letzten vier Jahren immer wieder erleben müssen: Anstatt Politik zu machen, anstatt Entscheidungen zu treffen, anstatt hier in diesem Hause Gesetzentwürfe vorzulegen, tummelt sich die Regierung auf Bildungsgipfeln, Zukunftsgipfeln oder vor wenigen Tagen erst – auf sogenannten Demografiegipfeln. Sie erstürmen einen ganzen Himalaya von Gipfeln; nur, erreicht haben Sie bisher nichts.

„Über allen Gipfeln ist Ruh“ – wenn Sie Goethe schätzen; aber ich kann Ihnen versichern: Als Goethe das geschrieben hat, hat er nicht an Politik und erst recht nicht an Ihre Regierung gedacht. Er hätte gesagt: „Über allen Gipfeln ist Ruh; aber aus Ruhe und Stillstand entsteht eben keine Zukunft“, und damit hätte er recht gehabt, meine Damen und Herren.

Sie veranstalten einen Demografiegipfel, machen aber nichts gegen den Fachkräftemangel. Sie veranstalten einen Frauengipfel, machen aber nicht wirklich etwas für Gleichstellung. Sie veranstalten Energiegipfel, machen aber keine Energiewende. Sie veranstalten IT Gipfel, schaffen es aber nicht, den Breitbandausbau voranzutreiben. In 45 Monaten schwarz-gelber Regierung haben Sie 45 Gipfel veranstaltet. Das ist simulierte Politik in Serie.

Deshalb sage ich Ihnen: Kommen Sie hierher in den Bundestag! Legen Sie Konzepte vor für die Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, für gleiche Chancen von Frauen – mit einer ehrlichen Frauenquote! Und machen Sie den Weg frei für den Ausbau von Ganztagschulen, wie wir das heute vorschlagen!

So geht Politik, die etwas will. Aber ich befürchte, Sie wollen nichts außer wiedergewählt zu werden. Mit dieser Bilanz – das kann ich Ihnen

versprechen – wird daraus nichts, und das ist gut für unser Land.

Wir haben in Deutschland alle Chancen, wir könnten die erreichte Stärke nutzen und jetzt richtig loslegen; aber Sie legen unser Land lahm. Deshalb ist die Bundestagswahl in 18 Wochen eine wirklich wichtige Wahl. Entweder wir packen es und bereiten Deutschland auf die Zukunft vor, oder unser Land fällt wieder zurück. Wenn wir über Zukunft reden, dann gibt es aus meiner Sicht nur drei wichtige Themen in diesem Land, nämlich erstens Bildung, zweitens Bildung und drittens Bildung, weil wir wissen und wissen sollten: Bildung ist der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für die Zukunft unserer Kinder und – das sage ich Ihnen deutlich – auch für unsere wirtschaftliche Stärke. Das erfahren Sie doch auch von Ihren Leuten.

**Ja, Bildung ist teuer.
Aber nur eine Sache ist noch teurer:
keine Bildung.**

Schon heute drückt der Fachkräftemangel auf Innovation und Wachstum. Wir können es uns überhaupt nicht leisten, auch nur ein einziges Kind zurückzulassen. Jedes Jahr verlassen 60 000 Jugendliche ohne einen Abschluss die Schulen, und nach den Arbeitslosenstatistiken sind über 1 Million Menschen ohne die Chance auf geregelte Arbeit. Das sind die, um die wir uns zu kümmern haben. Für sie müssen wir uns anstrengen. Deshalb brauchen wir mehr und gute Ganztagschulen, wie wir sie heute in unserem Antrag fordern.

Keiner bleibt zurück, jeder kriegt eine Chance: Das ist mehr als nur das Schließen von Lücken bei den Facharbeitkräften. Wir müssen am Ende die Antwort auf die Frage geben, ob unsere Gesellschaft lebenswert bleibt. Nicht der Geldbeutel, das Stadtviertel oder die Herkunft dürfen darüber entscheiden, welchen Schulabschluss ein Kind macht, sondern es muss wieder das gelten, womit wir, unsere Generation, groß geworden sind: Aufstieg durch Bildung.

Die Frage ist aber doch: Was ist eigentlich von diesem großen Versprechen an die Gesellschaft – Aufstieg durch Bildung – übrig geblieben? Wenn man genau hinschaut, dann sieht man doch: Ob man heute nach oben kommt, hängt mehr denn je davon ab, ob man sich das leisten kann.

1,5 Milliarden Euro geben heute Eltern jedes Jahr für den privaten Nachhilfeunterricht aus. Das ist nichts anderes als die teilweise Privatisierung von Bildungschancen. Kleiner Geldbeutel, kleine Chancen: Diese Rechnung darf nicht gelten. Dafür, dass sie nicht gilt, gibt es die Politik.

Gerade Kinder aus Zuwandererfamilien kommen heute nicht oder zu wenig nach oben. Ich finde schon, dass Sie sich hier besonders ignorant zeigen – ich nenne Ihnen ein Beispiel, das ich Ihnen nicht ersparen kann –, weil Sie mit dieser unsinnigen Betreuungsprämie auch noch einen Anreiz geben, dass gerade die Kinder zu Hause bleiben, die dringend auf Förderung angewiesen wären. Sie vernichten die Chance, die diese Kinder brauchen. Sie alle haben Einzelbeispiele im Kopf und sind ihnen begegnet.

Ich habe erst vor wenigen Monaten ein Mädchen türkischer Abstammung getroffen, dem nach dem Hauptschulabschluss Gott sei Dank ein Lehrer gesagt hat: Hör jetzt nicht auf, mach deinen Realschulabschluss. Sie hat ihren Realschulabschluss gemacht, ist weiter gefördert worden und hat schließlich ihr Abitur gefeiert. Inzwischen hat sie das Studium schon hinter sich. Individuelle Förderung, Ermutigung in der Bildungspolitik – darum geht es!

Ich will, dass solche Beispiele keine Einzelbeispiele bleiben. Das wird uns aber nur mit mehr Ganztagschulen gelingen.

Wir haben hier zu unseren eigenen Regierungszeiten einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Das war nicht ganz einfach. Ich glaube aber, das erste Ganztagschulprogramm, das es damals gegeben hat, war ein Durchbruch. Wenn der Anfang auch gemacht ist, so heißt das aber natürlich noch nicht, dass das Ziel erreicht ist. Die Qualität in den Ganztagschulen, die es gibt, ist nicht überall so, wie wir uns das wünschen.

Das ist der Grund dafür, weshalb wir heute vor Sie treten und sagen: Wir brauchen ein Ganztagschulprogramm 2.0.

Das soll den Ländern zu einem neuen Schub beim Ausbau verhelfen und dabei helfen, einen starken

Akzent auf Betreuungs- und Bildungsqualität zu setzen.

Ja, das kostet am Ende Geld. Unsere Programme kosten 8 Milliarden Euro über mehrere Jahre. Das geht eben nur über eine gemeinsame Anstrengung. Das funktioniert nicht mit einem Kooperationsverbot und Steuersenkungen und darf nicht über die Erhöhung der Neuverschuldung finanziert werden. Deshalb sagen wir vorneweg: Für den, der Investitionen in Bildung wirklich ernsthaft will, darf auch ein höherer Spitzensteuersatz kein Tabu sein. Das sagen wir ehrlich vor den Wahlen.

Ich bin mir sicher, die Menschen draußen im Land sind da ein bisschen weiter als manche hier in Berlin. Die wissen oder ahnen zumindest, dass es Bildung zum Nulltarif nicht gibt, dass sich Investitionen in Bildung aber am Ende auszahlen.

Ja, Bildung ist teuer, das stimmt. Aber es gibt eine Sache – hat John F. Kennedy gesagt –, die ist noch teurer als Bildung, und das ist: keine Bildung. Damit hat er immer noch recht, meine Damen und Herren.

Wir bieten Ihnen deshalb an: Beschließen Sie mit uns ein neues Ganztagschulprogramm. Lassen Sie uns jetzt einen kräftigen Schub geben, damit 2020 jedes Kind in Deutschland, egal wo es wohnt, vor allem egal woher es stammt, egal wie arm oder reich die Eltern sind, einen Ganztagschulplatz finden kann. Wir stehen bereit, wir stehen auch jetzt vor den Wahlen noch bereit, dafür die Weichen zu stellen. Sie können davon ausgehen, dass die Mehrheit dafür im Bundesrat steht. Wir haben keine Zeit zu vergeuden, und wir sind bereit, dafür jeden Sitzungstag zu nutzen.

Wenn Sie dafür den Weg frei machen, dann können Sie sich in Zukunft Bildungsgipfel und Demografiegipfel sparen, dann können wir endlich wieder anfangen, Bildungspolitik in diesem Land zu machen.

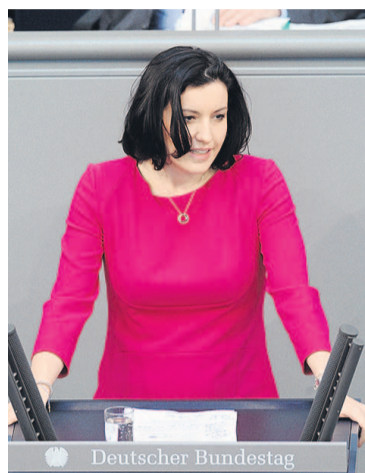
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)



Weniger Geburten bedeuten auch weniger Erstklässler.

Dorothee Bär, CDU/CSU:

Wir sind auf einem hervorragenden Weg



Dorothee Bär *1978
Wahlkreis: Bad Kissingen

Lieber Herr Kollege Steinmeier, ich verstehe Ihre Nervosität, weil Sie merken, dass es im September schwierig werden wird. Dennoch finde ich es schade, dass Sie hier die Chance vertan haben, dass Sie hier einfach nur laut waren und ganz bewusst und wider besseres Wissen die ganzen Erfolge, die wir in den letzten Jahren erzielt haben, hier auch noch negieren.

Wenn sich die einzige Kritik darin erschöpft, zu fragen, wo ist denn der Minister oder die Ministerin, kann ich nur sagen: Wir sind ja da, wir reden gern mit Ihnen, und ich erkläre Ihnen auch gern, was wir alles geleistet haben. Danach werden Sie aus der Debatte rausgehen und sagen: Entschuldigung, Frau Bär, Sie hatten recht!

Deshalb wäre es gut, einfach einmal zuzuhören.

Wenn Sie behaupten, die bildungspolitische Bilanz sei katastrophal, wenn Sie sagen, der Kitausbau gehe schleppend voran, dann ignorieren Sie Fakten. Erstens einmal war es unsere Fraktion, die diesen Kitausbau überhaupt auf den Weg gebracht hat.

Wir waren diejenigen, die gesagt haben: Der Bund ist zwar nicht zuständig, aber wir machen das eben.

Also, wir haben den Kitausbau angestoßen. Im April haben wir beispielsweise in Bayern den 100 000. Krippenplatz eröffnet.

Damit haben wir in Bayern momentan eine Abdeckung in Höhe von 50 Prozent.

Diese Woche hatten wir ein Gespräch mit Vertretern der CSU-Landesgruppe und des Bayerischen Städtetages. Der Bayerische Städtetag ist kein Gremium, in dem zu 100 Prozent CSU-Politiker sitzen. Der Präsident beispielsweise ist ein SPD-Oberbürgermeister. In unserem Gespräch gab es auch vonseiten der SPD-Oberbürgermeister und Ersten Bürgermeister einen ganz, ganz großen Dank an die CSU-Landesgruppe dafür, dass wir uns dafür eingesetzt haben.

Spannenderweise war es eben so, dass auch Ihre SPD-Oberbürgermeister zu uns gesagt haben, als ich sie nach dem Rechtsanspruch gefragt habe: Rechtsanspruch, das ist ja beeindruckend, damit haben wir überhaupt kein Problem, das kriegen wir locker hin. Das hat mir zum Beispiel der Nürnberger Oberbürgermeister gesagt. Er hat auch darauf hingewiesen, dass er Angst hat oder zumindest denkt, dass einige Boulevardmedien versuchen werden, jemanden zu finden, der dann klagt.

Aber all unsere Oberbürgermeister, egal ob sie von den Freien Wählern, SPD oder CSU kommen, haben gesagt: Das ist locker ab dem 1. August 2013 einzuhalten. Es hieß nicht nur: „Danke, Bundesregierung“, sondern ganz besonders: „Danke, CSU!“ Das sehen wir natürlich als Auftrag.

Herr Kollege Steinmeier, mir ist eines wieder aufgefallen: Ich finde es schade, dass Sie Ihre Redezeit nur dazu genutzt haben – ich kenne Sie noch von früher aus dem Auswärtigen Ausschuss, da waren Sie anders –, unser Land und unsere Menschen systematisch schlechtzureden. Das finde ich schade. Ich finde es schade, dass unsere ganzen Bemühungen und Ansätze, die wir auf den Weg gebracht haben, schlechtgeredet werden und es nur heißt: Ja, es gibt vielleicht auch ein paar positive Beispiele. Warum werden diese ganzen Bemühungen, die vor Ort stattfinden, so kaputtgemacht, indem man sagt, das sei alles zu wenig oder das, was da an Engagement laufe, funktioniere nicht? Bei Ihnen läuft es immer auf das Gleiche hinaus. Ihre Haltung widerspricht aber völlig unserem Menschenbild. In Ihrer Rede ging es immer nur um Zwang und Bevormundung.

Schauen wir uns an, was SPD-Politiker gefordert haben: Buschkowsky fordert eine Kitapflicht für jedes Kind mit Migrationshintergrund. Hannelore Kraft hat in ihrem Wahlkampf eine grundsätzliche Kitapflicht gefordert. Herr Steinmeier fordert jetzt einen Ganztagschulenzwang.

Was soll das eigentlich? Warum akzeptieren Sie nicht auch Optionen?

Wir sind diejenigen, die sagen: Nicht alle Kinder sind gleich.

Natürlich brauchen wir Ganztagschulen, aber wir brauchen nicht für jedes Kind einen Platz in einer solchen Schule. Ich möchte zum Beispiel nicht, dass unser Vereinswesen kaputtgemacht wird. Ich möchte nicht, dass funktionierende Familienstrukturen kaputtgemacht werden.

Herr Oppermann hat eben wieder das Betreuungsgeld angesprochen.

Für uns liegt der Schlüssel zu Integration und zu Bildung an allererster Stelle in den Familien. Ich lasse nicht zu, dass suggeriert wird, Bildung könne es nur außerhalb von Familien geben.

Es ist auch spannend, zu sehen, wie die SPD hier wieder versucht, publikumswirksam im Zusammenhang mit dem bösen B-Wort die Gefahr heraufzubeschwören, dadurch würden Frauen von der Erwerbstätigkeit abgehalten.

Das Betreuungsgeld mit zunächst 100 Euro und dann 150 Euro wird längstens 22 Monate und in dem Zeitraum gezahlt, in dem die Kinder zwischen 14 und 36 Monate alt sind. Die SPD dagegen plant, das Kindergeld für Geringverdiener um monatlich 140 Euro aufzustocken, und zwar 25 Jahre lang. Damit Sie verstehen, was in diesem Wahlkampf läuft, sage ich deutlich, dass hier ganz bewusst versucht wird, Tatsachen zu verfälschen. Sie wollen 25 Jahre lang mehr Geld zahlen, während wir ein Betreuungsgeld für 22 Monaten übrigens nicht

nur für Mütter, sondern auch für Väter, die eine familiennahe Betreuung möchten, eingeführt haben. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, warum Sie das Betreuungsgeld kritisieren.

Herr Kollege Steinmeier, Sie sind ja nicht bei uns im Ausschuss. Erkundigen Sie sich einmal bei Ihren Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern. Ich möchte ein positives Beispiel, ein Erfolgsmodell, herausgreifen, eines von vielen, zum Beispiel die bundesweite Offensive „Frühe Chancen“, die wir auf den Weg gebracht haben.

Auch Ihre SPD-Kolleginnen und -Kollegen loben uns andauernd dafür, auch im Ausschuss.

Natürlich brauchen wir Ganztagschulen, aber wir brauchen nicht für jedes Kind einen Platz.

Wir haben 4 000 Schwerpunktkitas ausgewählt, vor allem in sozialen Brennpunkten, um da Kinder in ihrer sprachlichen Entwicklung zu begleiten und zu fördern.

Was ganz wichtig ist: Das gilt nicht nur

für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern selbstverständlich auch für Kinder aus Familien, bei denen die Spracherziehung nicht an allererster Stelle steht. Mit dieser Offensive konnten wir in den Schwerpunktkitas sehr viel Positives schaffen.

Wir haben im Zusammenhang mit den Jugendfreiwilligendiensten ganz besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund angesprochen und gefördert. Wir haben die „Akti-

on zusammen wachsen“ ins Leben gerufen. Wir haben die Mehrgenerationenhäuser geschaffen. Schauen Sie sich einmal vor Ort an, wie da Integrationspolitik funktioniert, wie gut die Treffen für Eltern von Babys und Kleinkindern sowie die Deutschkurse angenommen werden. Insbesondere der Deutschkurs „Komm voran“ ist hier zu nennen.

Natürlich ist das neu. Wir haben in dieser Legislaturperiode das Thema Integration extra für die zweite Förderwelle dieses Bundesprogramms auf den Weg gebracht. Hätten Sie zugehört, wüssten Sie das. Mehr Integration kann man sich überhaupt nicht vorstellen.

Uns ist wichtig: Wir stellen uns nicht so wie Sie hier hin und sagen: Alles muss vom Bund gemacht werden, Berlin kann es am besten. – Es war die unsinnige Idee von ehemaligen SPD-Ministern, alles zentralistisch nach Berlin zu verlagern.

Wir sagen: Es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Erledigen sollen die Aufgaben vor Ort diejenigen, die es am besten können: Das sind die Menschen in den Kleinstädten, die sich für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen und die Patenschaften übernehmen.

Wir sind auf einem hervorragenden Weg. Ich möchte unseren Bundeswirtschaftsminister zitieren, der gesagt hat: Wir leben im coolsten Land der Welt. – Wir werden auch die nächsten vier Jahre für das coolste Land der Welt Politik machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

Ein wirklich modernes Bildungssystem für alle Kinder



Gregor Gysi *1948
Wahlkreis: Berlin-Treptow - Köpenick

Ich weiß nicht, ob es für die CSU gerade die richtige Zeit ist, sich so ausführlich zur Familienpolitik zu äußern.

Aber davon abgesehen haben wir ein gravierendes gesellschaftspolitisches Problem, das sich über viele Jahre entwickelt hat. Ich werde es Ihnen ganz kurz zusammengefasst wie

folgt nennen: Kinder waren mal für die Familien ein Sicherheitsfaktor – Kinder sind inzwischen für die Familien ein Unsicherheitsfaktor. Wenn wir das nicht ändern, dann nutzt Ihr komischer Gipfel, auf dem Sie erzählen, dass wir irgendwann nur noch 63 Millionen statt 80 Millionen sind, überhaupt nichts.

Sie müssen die Bedingungen dafür schaffen, dass die Leute wieder gerne Kinder bekommen.

Sie haben es nicht handwerklich gelernt, sondern die Bedingungen stimmen nicht.

Das Bildungssystem in Deutschland ist altmodisch und antiquiert, chronisch unterfinanziert und unterscheidet die Bildungschancen ganz klar nach sozialer Herkunft.

Andreas Schleicher, der PISA-Koordinator der OECD, hat gesagt: Wenn wir die Kinder des 21. Jahrhunderts

von Lehrern mit einem Ausbildungsstand des 20. Jahrhunderts in einem Schulsystem unterrichten lassen, das im 19. Jahrhundert konzipiert wurde, dann kann das so nicht funktionieren.

Das gegliederte Schulsystem stammt aus dem Kaiserreich. Wir haben es bis heute nicht überwunden. Das ist ein Skandal sondergleichen.

Jetzt komme ich zum nationalen Bildungsbericht der Bundesregierung, also unser aller gemeinsamen Bundesregierung, gesetzt von CDU, CSU und FDP, von 2012. Was steht da drin? 50 000 junge Menschen sind ohne Schulabschluss. 300 000 Ausbildungssuchende – das sind 30 Prozent – landen in Übergangsschleifen. 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren sind ohne Berufsabschluss. 7,5 Millionen Menschen – das alles laut Bundesregierung – oder 14,5

Das Bildungssystem in Deutschland ist altmodisch, antiquiert und unterfinanziert.

Prozent der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren sind funktionale Analphabeten. 29 Prozent der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wachsen in sogenannten Risikolagen auf, also mit armen oder bildungsfernen Elternhäusern.

Der Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft wird an einem Beispiel deutlich – mehr Zeit habe ich nicht –: 24 Prozent der Kinder von Nichtakademikern studieren sowie 71 Prozent der Kinder von Akademikern. Da ist doch ganz klar, welcher soziale Unterschied hier durch eine falsche Struktur im Bildungssystem manifestiert wird.

Die öffentlichen Bildungsausgaben sind bei uns im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung um 20 Prozent geringer als in den meisten Industriestaaten, im Vergleich zu Skandinavien sogar um 50 Prozent. Der Gipfel ist, dass Lehrerinnen und Lehrer zum Teil prekär beschäftigt sind.

Wenn dann gesagt wird: „Das sind ja bloß Vertretungen“, dann sage ich: Dann sorgen Sie doch dafür, dass sich endlich die Arbeitsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer verbessern und es an allen Schulen in Deutschland eine ausreichende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern gibt!

Das Ganze machen wir als ein Industriestaat, der kaum über Rohstoffe verfügt und schon deshalb, aber auch wegen der sozialen Gerechtigkeit auf eine gute Bildung angewiesen ist. Wir haben 16 Bundesländer, 16 verschiedene Schulsysteme und 16 verschiedene Lehrpläne. Ich bitte Sie, da hat der Mann doch recht. Das ist 19. Jahrhundert. Das ist die Zeit der Postkutschen. Es hat mit dem 21. Jahrhundert rein gar nichts zu tun.

Es ist doch die Union, die immer den flexiblen Arbeitsmarkt predigt und sagt: Ein Ingenieur oder eine Lehrerin müssen eben dahin umziehen, wo sie einen Job kriegen, ob in Bayern, in Hessen oder in Mecklenburg-Vorpommern. – Aber sie sollen auch Kinder haben, nach Ihren Vorstellungen am besten drei. Aber dann frage ich Sie: Wie sollen sie das gegenüber den Kindern verantworten, wenn sie jedes Mal das Schulsystem wechseln? Das wäre völlig unverantwortlich. Schaffen Sie endlich Bedingungen, dass wir von Mecklenburg-Vorpommern bis Bayern ein Top-Bildungssystem haben, sodass man umziehen kann, ohne sich Sorgen zu machen!

Wir können nicht – ich habe es schon gesagt – von der einfachen Reproduktion der Bevölkerung ausgehen. Sie haben gerade gesagt: Bis zum Jahr 2060 wird die Bevölkerung von 81,7 Millionen auf 65 Millionen Menschen sinken. Das wollen Sie dadurch ausgleichen, dass Sie Fachkräfte aus der Dritten Welt nach Deutschland holen wollen.

Vielleicht braucht die Dritte Welt ihre Fachkräfte selbst. Vielleicht sollten wir andere Wege gehen. Es geht schließlich auch um Integration. Ich nenne Ihnen eine spannende Zahl: 2,87 Millionen Menschen, zum Teil

auch Deutsche, leben in Deutschland mit Bildungsabschlüssen aus anderen Ländern, die hier nicht anerkannt sind. Warum eigentlich nicht?

500 Anerkennungen im letzten Jahr. Das ist ja eine tolle Zahl.

Wir brauchen eine gebührenfreie Anerkennung ausländischer Abschlüsse.

Dort, wo es erforderlich ist, muss eine Nachqualifikation gebührenfrei angeboten werden; anders geht es überhaupt nicht. Das wäre einmal eine Leistung bei der Integration.

Welche Schule brauchen wir? Ich sage Ihnen ganz klar, auch wenn Sie das nicht hören wollen: Ja, die Gemeinschaftsschule ist die Lösung. Ich weiß, dass Sie die Gemeinschaftsschule immer Einheitsschule nennen. Das ist großer Quatsch. Gemeinschaftsschulen lassen sich ganz unterschiedlich ausrichten.

Man kann Gemeinschaftsschulen für alte Sprachen, für neue Sprachen, für Musik, für Sport, für Tanz und für Mathematik und Naturwissenschaften einrichten. Man kann das sehr unterschiedlich gestalten. Ich will Ihnen die Vorteile der Gemeinschaftsschule, wie wir sie in Berlin eingerichtet haben, nennen: Es gibt keinen Schulwechsel mehr und keine feste Aufteilung in nach Leistung sortierten Gruppen, sondern einen individualisierten Unterricht und Förderung nach den jeweiligen individuellen Fähigkeiten. Gemeinschaftsschulen sind Ganztagschulen. Das alles ist ein großer Vorteil.

Als die Gemeinschaftsschulen in Berlin gegründet wurden, haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zeitgleich begonnen, die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler, die eine Gemeinschaftsschule in Berlin besuchen, mit der von Schülerinnen und Schülern in Hamburg zu vergleichen. Bei dieser Untersuchung ist etwas Interessantes herausgekommen: Die leistungsschwachen Schüler in Berlin sind deutlich stärker als die in Hamburg, und die leistungsstarken Schüler in Berlin sind auch besser als die in Hamburg.

Die Mär, dass gerade die Leistungsstarken unter einer Gemeinschaftsschule leiden, ist damit für immer wissenschaftlich widerlegt.

Ich werde Ihnen auch sagen, warum diese Mär schon immer Quatsch war. Wenn Sie Kinder auf Eliteschulen schicken, dann isolieren Sie sie. Wenn Sie sie isolieren, dann lernen sie nicht sozial. Diese Kinder haben zwar ein größeres Faktenwissen, aber sie können letztlich nicht sozial damit umgehen.

Übrigens hat die Studie noch ergeben – auch das ist interessant –, dass das Faktenwissen der bayerischen Abiturienten größer ist als das der Berliner. Das glaube ich sofort, weil ich Abiturienten aus beiden Bundesländern kenne. Andererseits ist auch festgestellt worden, dass die Berliner Abiturienten Zusammenhänge besser erklären können. Nun frage ich Sie: Was ist eigentlich so schlimm daran?

Die bayerischen Abiturienten wissen genauer, wer wann geboren und

gestorben ist, und die Berliner, warum. Warum darf man das eigentlich nicht zusammenführen? Ich verstehe es nicht.

Dann sage ich Ihnen noch etwas zur Gemeinschaftsschule. Es gibt wahrscheinlich mehrere Abgeordnete im Bundestag, die eine Gemeinschaftsschule besucht haben, aber zumindest von zwei Abgeordneten weiß ich es. Das sind Angela Merkel und Gregor Gysi. Wir beide

haben eine Gemeinschaftsschule besucht. Glauben Sie im Ernst, dass wir beide die Dümmeren im Bundestag sind? Das kann sein, aber ich habe meine Zweifel. Ich will nur sagen: Gemeinschaftsschulen sind sinnvoll. Alles andere ist soziale Ausgrenzung. Wir müssen jede Begabung fördern. Das haben die Kinder verdient, und das haben wir verdient. Kinder können nichts dafür, wenn ihre Eltern Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger sind. Kinder dürfen nach der vierten oder sechsten Klasse nicht aussortiert werden. Ich finde das abenteuerlich. Lassen Sie uns endlich ein wirklich modernes Bildungssystem in Deutschland einführen, und zwar für alle Kinder.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Patrick Meinhardt, FDP:

Die Koalition steht für Bildungsgerechtigkeit



Patrick Meinhardt *1966
Landesliste: Baden-Württemberg

Kollege Steinmeier, wenn ich nicht ganz irre und den zeitlichen Ablauf genau Revue passieren lasse, dann müssen Sie ab dem Jahre 2005 Vizkanzler der Bundesrepublik Deutschland gewesen sein. Wenn Sie sich dann hier hinstellen und eine Verfassungsreform, die Sie selbst mitgetragen haben, als „in Verfassungsform gegossenen Irrtum“ bezeichnen, dann kann ich nur eines sagen: Sie sind der hier sitzende fleischgewordene Irrtum. Das ist die Verantwortung, die Sie eigentlich wahrnehmen und der Sie sich stellen sollten.

„Das deutsche Bildungswesen ist gut, aber nicht gut genug.“ Das schreiben Sie von der SPD als ersten Satz in Ihrem Antrag. Ich sage Ihnen: Das deutsche Bildungswesen ist gut, nur nicht dort, wo Sie regieren.

Sie stellen mittlerweile Dreiviertel aller Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland. Sie tragen die Verantwortung für Dreiviertel aller Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn es also aus Ihrer Sicht in der Schule nicht gut und nicht richtig läuft, dann tragen Sie die Verantwortung dafür.

Dass ich noch erleben darf, dass es eine gemeinsame Presseerklärung des Deutschen Philologenverbandes und des Verbandes Deutscher Realschullehrer gibt – ich zitiere –:

Mit großer Sorge sehen die Verbandsvorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes ... und des Ver-

bandes Deutscher Realschullehrer ... die schulpolitische Entwicklung in Baden-Württemberg. Die von der dortigen Landesregierung bereits ergriffenen oder geplanten bildungspolitischen Maßnahmen würden nach Ansicht beider Verbände nicht nur zu einer Zerstörung und inneren Aushöhlung erfolgreicher Schularten wie der Realschule und des Gymnasiums führen, sondern mittel- und langfristig zu einem gewaltigen Qualitäts- und Niveauperlust. ...

Beide Verbände kündigten im Vorfeld der Bundestagswahl eine bundesweite Aufklärungskampagne über die fatalen Auswirkungen der in Baden-Württemberg und einigen anderen Bundesländern betriebenen, gegen Realschulen und Gymnasien gerichteten Bildungspolitik an. Sie sollten sich das einmal in Ihr Stammbuch schreiben lassen und Ihre Bildungspolitik verändern.

In diesem Hohen Hause wird nie irgendjemand, der in bildungspolitischer Verantwortung steht, irgendetwas dagegen sagen, dass es gute Ganztagsangebote an Schulen geben muss. Sie müssen aber vor Ort, in den Schulen, in den Regionen befürwortet werden und aus der Region heraus wachsen. Wir brauchen kein flächendeckendes Beglückungsprogramm, wir brauchen Ganztagschulen vor Ort, wo sie notwendig sind, und deswegen mehr Eigenverantwortung für die Schulen.

Wenn es darum geht, wer was wo finanzieren soll, so ist zu fragen: Was passiert denn in Sachsen, dem Bundesland mit dem höchsten Anteil – 73 Prozent – an Ganztagschulen? Ich zitiere die sächsische Kultusministerin, Frau Kurth:

Wir bauen das Angebot an Ganztagschulen ohne Bundesmittel aus. Das Geld im Landeshaushalt für Bildung ist ganz einfach eine Frage der Priorität.

Nehmen Sie sich ein Vorbild an dem, was die bürgerliche Koalition

in Sachsen, was die Landesregierung an dieser Stelle tut. Ich glaube, wir müssen an dieser Stelle auch deswegen ansetzen, weil wir das Gegenprojekt gerade in meinem Heimatland Baden-Württemberg sehen. 11 600 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer werden gestrichen.

Zwei Drittel – per Presseerklärung der damaligen Kultusministerin mitgeteilt und bestätigt durch den jetzigen Kultusminister – der demografischen Rendite werden per Kabinettsbeschluss aus dem Bildungsetat herausgenommen, und dann stellen Sie sich hier hin und fordern vom Bund das Geld, das Sie auf Landesebene kürzen.

Das ist an Heuchelei und Unverschämtheit nicht zu überbieten.

Ich glaube, dass wir dann vernünftig miteinander umgehen können, wenn keine Schaufensteranträge gestellt werden. Diese

Bundesregierung hat gezeigt und zeigt weiterhin, was sie im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik zu Wege gebracht hat: über 13 Milliarden Euro Investitionen, intensive Förderpro-

gramme, 13,8 Milliarden Euro in diesem Jahr. Das ist der größte Haushalt für Bildung und Forschung, den es je in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, ein Rekordhaushalt. Das ist ein Zeichen und zeigt, wer für Bildungsaufstieg steht und für Bildungsgerechtigkeit kämpft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihre frühere nordrhein-westfälische Kultusministerin Gabriele Behler hat den Bereich der Bildungspolitik als das „Ventil für das sozialistische Gären in der SPD“ bezeichnet. Lasst uns alle in diesem Hohen Hause, Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU und der FDP, dafür kämpfen, dass dieses Ventil auf der Bundesebene zubleibt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir brauchen kein flächendeckendes Beglückungsprogramm sondern Ganztagschulen vor Ort.

Ekin Deligöz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Von Investitionen in Bildung profitieren alle



Ekin Deligöz *1971
Landesliste: Bayern

Herr Meinhardt, Sie haben jetzt zwar ganz viel zu den Ländern gesagt, was aber Sie auf der Bundesebene machen wollen, das haben Sie uns verschwiegen.

Ich muss jetzt bedauernd feststellen, dass Sie das verschwiegen haben. Aber es ist gut, wenn man eine Debatte nutzt, um über die Sache zu reden. Ich will mit etwas anderem anfangen.

In den letzten Tagen haben Sie sehr viel über die Forderungen der Grünen zur Steuerpolitik gesprochen.

Da haben Sie genauso reflexartig wie jetzt ein komplettes Zerrbild gezeichnet, Stichwort „Abzocker“. Allein das ist schon falsch. Grüne Steuerpläne entlasten 90 Prozent der Steuerzahler.

10 Prozent der Steuerzahler hingegen werden – ja, dazu stehen wir – zusätzlich belastet.

Ich will Ihnen auch sagen, warum. In dieser Gesellschaft geht die Schere zwischen Reich und Arm auseinander. Die Tatsache, dass Sie irgendwelche Berichte schönen, ändert nichts daran.

Die privaten Vermögen im Land werden größer, die öffentlichen Haushalte verarmen. Ich gebe Ihnen dazu ein Beispiel. Wenn die Bibliotheken schließen, wenn die Schwimmbäder nicht mehr funktionieren, wenn Familien- und Jugendhilfe nicht mehr zu finanzieren sind, dann werden auch Sie feststellen, dass das Betreuungsgeld den Familien nichts, aber auch gar nichts bringen wird.

Am deutlichsten wird Ihr Irrweg in der Bildungspolitik. Ja, wir Grünen wollen hierfür mehr Geld, weil wir noch den Anspruch haben, zu gestalten, weil wir dieses Land voranbringen wollen und weil wir das Geld gezielt dorthin bringen wol-

len, wo wir es dringend brauchen, nämlich in der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur, in der Da-seinsfürsorge. Wir wollen dieses Geld in die Kinder, in Institutionen investieren. Wir wollen Armutsbekämpfung. Das ist unser Ziel. 72 Prozent der Menschen in diesem Land stimmen uns darin zu, weil sie verstanden haben, dass Gestaltung nur über diese Infrastruktur funktioniert. 90 Prozent der Menschen halten Bildung für einen der wesentlichen Faktoren der sozialen Gerechtigkeit in diesem Land. Dafür müssen wir einstehen und nicht dafür, dass wir noch mehr privatisieren.

Von Ihnen hören wir dazu nichts. Ihr komisches Gerede von einer Bildungsrepublik ist doch nur eine Worthülse. Sie wagen doch nicht einmal selber, das hier zu verteidigen. Das spricht doch für sich.

Lesen Sie Ihre eigenen Berichte. Wir brauchen weder die PISA-Studie noch OECD-Berichte. Schon die

Berichte Ihrer Häuser besagen: In diesem Land gibt es zu viele Bildungsverlierer; der Bildungserfolg in diesem Land hängt vom Einkommen des Elternhauses ab. – In Ihrer Regierungszeit hat sich daran nichts, aber

auch gar nichts geändert.

Sie verstetigen diesen Zustand sogar noch, anstatt irgendetwas daran zu verändern.

Die Zahlen sprechen für sich. Gerade Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben auf der Strecke. Gestern präsentierte Frau Böhmer Zahlen, aus denen hervorgeht, dass Kinder mit Migrationshintergrund zu 46 Prozent sprachliche Defizite haben. Die Frage ist aber: Warum schauen Sie darauf? Schauen Sie sich auch deutsch-deutsche Kinder, also Kinder ohne Migrationshintergrund, an: Auch von ihnen haben 32 Prozent sprachliche Defizite. Wenn Sie die sprachlichen Defizite der Kinder der ersten Gruppe mit deren Migrationshintergrund begründen, was sagen Sie dann zu den Sprachdefiziten der deutsch-deutschen Kinder? Bei ihnen sprechen die Eltern zu Hause Deutsch, und diese Kinder haben trotzdem sprachliche Defizite. Machen Sie doch endlich einmal Ihre Augen auf!

Sie sollten endlich aufhören, ständig eine Unterscheidung zwischen deutschen Kindern und Kindern mit Migrationshintergrund vorzunehmen. Schauen Sie sich einfach einmal die soziale Lage der

Kinder in diesem Land an! Wir sollten uns endlich einmal darüber streiten, was der beste Weg ist, um alle Kinder, egal welchen Hintergrund sie haben, gleichermaßen bestmöglich zu fördern. Das tun Sie nicht. Das werfe ich Ihnen vor.

Was wir brauchen, ist offensichtlich: einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Kindertagesstätte. Dabei geht es um mehr als um die Frage der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf. Reduzieren Sie diesen Rechtsanspruch nicht darauf. Gerade die Kinder, deutsche Kinder und Kinder mit Migrationshintergrund – über sie rede ich –, werden die großen Verlierer Ihrer Betreuungsgeldeinführung sein; denn die Sprachbildung fängt in der frühesten Kindheit an, und Sie halten diese Kinder davon ab, bestmöglich gefördert zu werden.

Wir brauchen eine Aktion im Bereich der Ganztagschulen. Wir müssen da entschlossener vorgehen. Ihr Protest gegen die Aufhebung des Kooperationsverbotes hindert uns daran, an dieser Stelle weiterzukommen.

Kein Mensch redet hier von Zwang. Wenn die Jugendlichen heute nicht mehr so aktiv sind – in

der Feuerwehr, in den Vereinen; gerade in Bayern, Frau Bär –, dann liegt das nicht an den Ganztagschulen, sondern an der von Ihnen vorangetriebenen Einführung von G8. Viele Kinder haben heute überhaupt keine Zeit mehr, sich um etwas anderes als um die Schule zu kümmern.

Wenn wir nicht in Bildung investieren, dann sparen wir an der Substanz dieser Gesellschaft. Wenn wir aber in die Bildung investieren, dann profitieren alle davon: die Familien, die Wirtschaft, die Gesellschaft und auch die 10 Prozent, die das am Ende mitfinanzieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Der Weg ist an vielen Stellen frei



Johanna Wanka *1951
Bundesministerin

Meine Damen und Herren von der SPD, ich war von Ihrem Antrag zu Ganztagschulen positiv überrascht; denn in diesem Antrag wird ganz deutlich, dass Sie davon ausgehen: Wenn man ein neues Ganztagsschulprogramm will, muss man das Grundgesetz ändern. – Diese Erkenntnis ist schon mal ein Anfang. Ihre SPD-Länderkollegen – sehen das ganz anders.

Wahrscheinlich haben Sie die Begründung des Gesetzes zur Föderalismusreform I nicht richtig gelesen. In der Begründung steht explizit, dass man diese Änderung unter anderem macht, weil man kein Ganztagsschulprogramm will. Das hat Herr Müntefering mit Herrn Stoiber erarbeitet, und das hat die SPD mitgeschlossen.

Jetzt will ich nicht nachkarten, sondern einfach sagen: Das ist im Moment der Stand. Das ist die Verfassungslage.

Förderung und Finanzierung von Schulen sind zurzeit Länderkompetenz.

Wenn Sie die Bundeskompetenz ausweiten wollen – ich bin sehr da-

für –, dann sollten Sie, wenn es Ihnen wirklich ernst ist, sich um die kümmern, die das ablehnen. Unter Annette Schavan gab es große Runden – ich war als Landesministerin dabei – zu der ganz klaren Frage: Gibt es eine Bereitschaft der Länder, sich auf eine Grundgesetzänderung für die Kompetenz im Schulbereich zu verständigen? Es ist eindeutig gesagt worden: Nein.

Das heißt, wir haben die Tür aufgemacht und gesagt: Bringt einen Vorschlag, eine Einigung der Länder, und dann kann auch vonseiten des Bundes darüber diskutiert werden.

Herr Steinmeier sagte vorhin, es gebe alle möglichen Gipfel; wir bräuchten Gesetzesvorschläge. Wenn es um das Kooperationsverbot geht: Ein konkreter Gesetzesvorschlag zu Artikel 91 b Grundgesetz liegt schon seit längerem auf dem Tisch.

Jeder im Hochschulbereich und im Wissenschaftsbereich weiß: Das ist entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Wir haben an dieser Stelle kein großes Zeitfenster. Das ist eindeutig.

Vorhin kam die Behauptung, wir machten nichts gegen den Fachkräftemangel. Ich erwarte, dass man auch in der SPD zumindest die Presse liest oder sich entsprechend zuarbeiten lässt. Was ist denn der Hochschulpakt, den wir Gott sei Dank bekommen haben und in dessen Rahmen wir Milliarden mehr ausgeben?

Das sind die Fachkräfte für die 20er-, 30er- und 40er-Jahre dieses Jahrhunderts. Das haben wir gemacht. Nennen Sie mir ein Beispiel

dafür, dass zu Ihrer Zeit einmal frisches Geld ins Hochschulsystem gekommen ist! Über viele Jahre gar nichts!

Was bringen Sie jetzt? Großes Geschrei: Das Kooperationsverbot muss weg! – Ich bin sehr dafür. Was ist Ihr Angebot? Grundgesetzänderung; neuer Artikel 104 c. Worum geht es da? Finanzierung durch den Bund. Wir können mehr zahlen, aber nicht mitentscheiden.

Nehmen Sie doch den Dialog zur Kenntnis, den Ihre Partei für das Wahlprogramm geführt hat! Da haben die Bürger gesagt, sie wollten die Gesetzgebungskompetenz des Bundes sogar für Bildungsfragen. Davon will ich an dieser Stelle ja gar nicht reden. Aber dass wir nur neues Geld geben, ohne mitreden zu können, das geht nicht. Wenn Sie jemanden brauchen, der Ihnen das bestätigt:

Gucken Sie doch einmal in die dpa-Meldung zu Herrn Steinbrück! Der sieht das genauso.

Ich will zu drei Punkten etwas sagen. Das war der erste.

Zweiter Punkt. Ich bin sehr für die

Ganztagschule. Ich freue mich auch über die Entwicklung der letzten Jahre. Es gibt viele Gründe für Ganztagschulen. Für mich sind zwei Gründe besonders wichtig. Der eine – das will ich gar nicht abwerten – ist die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit und Kindern. Ich will, dass die jungen Frauen und auch die jungen Männer, die mithilfe des Pakts studieren können und später Fachkräfte sind, auch arbeiten sollen – und das nicht nur aus volkswirtschaftlichen Gründen.

Förderung und Finanzierung von Schulen sind zurzeit Länderkompetenz.

Vielmehr sollen sie Freude haben. Deswegen finde ich Ganztagschulen außerordentlich wichtig.

Der zweite Grund. Wir sind eine reiche Nation. Es ist so, dass das Elternhaus natürlich einen Einfluss auf Bildung hat; sonst wäre es ja auch anormal. Das bezieht sich nicht allein auf ökonomische Gründe: Es gibt auch bildungsferne Elternhäuser mit sehr viel Geld. Ich bin der Meinung: Gerade weil wir eine reiche Kulturnation sind, müssen wir dann, wenn das Elternhaus, aus welchen Gründen auch immer, keine Anregungen bietet, versuchen, durch unsere Möglichkeiten – das ist in der Schule; das ist im Kindergarten – das auszugleichen. Hierbei sind Ganztagschulen wichtig.

Man kann nicht sagen: Ganztagschule ist per se gut oder schlecht. Irgendwo habe ich etwas Irriges dazu gelesen, dass nämlich Ganztagschulprogramme eine Konsequenz aus der PISA-Studie gewesen wären. Gucken Sie sich das doch einmal an: PISA 2000 war eine europaweite Untersuchung. Seit diesem Zeitpunkt – das war im letzten Jahrhundert – haben fast alle Länder ihre Schulform so verändert, dass es de facto Ganztagsprogramme sind. Gucken Sie sich einmal die Leistungen in Spanien, Frankreich und anderen Ländern an! Das heißt: Das war nicht die Folge, sondern es handelte sich um einen Vergleich. Deswegen ist nicht die Form, sondern die Qualität, was und wie man es macht, wichtig. Das bestätigen immer wieder alle Untersuchungen.

Wenn Sie sich die Studie zur Entwicklung der Ganztagschulen, StEG, ansehen, dann sehen Sie, dass die Angebote der Ganztagschulen, die bundesweit vorhanden sind, wesentlich stärker genutzt werden und Kindern aus höheren sozialen Schichten zugutekommen. Wollen Sie das so lassen? Ich will da Einfluss haben.

Ich will Einfluss haben, wenn wir Geld zahlen sollen. Deswegen verstehe ich überhaupt nicht, warum jemand, der hier im Bundestag sitzt, von einer Bildungsrepublik redet, jeden Gestaltungsanspruch abgeben und nur Geld rüberschieben will.

Deswegen ist für Sie der neue Artikel 104 c, den Sie in das Grundgesetz einfügen wollen, wichtig. Sie können lesen.

Zudem: Der Bund gibt da, wo er die Möglichkeit hat, schon jetzt Geld.

Hierzu zählt zum Beispiel das Begleitprogramm für die Ganztagschulen, wo der Bund zwei Drittel der Kosten trägt. Das ist außerordentlich wichtig. Die Begleitforschung ist ganz wichtig, weil man dort auf Defizite aufmerksam gemacht wird; denn das hat eine breite Wirkung; das ist anregend.

Schauen Sie sich einmal die Begleitforschung, den letzten Bericht von StEG an! Was sind die Probleme, die die Schulleiter von Ganztagschulen sehen? Über 60 Prozent sagen, mit Abstand das Hauptproblem ist die Rekrutierung von gutem Personal.

Deswegen geben wir im Rahmen der Qualifizierungsinitiative „Lehrerbildung“ genau dafür Geld.

Nun zum dritten Punkt: Bundesländer, die ja die Kompetenz haben. Die Untersuchungen besagen: Es gibt ein Ost-West-Gefälle. Das hat etwas mit unterschiedlicher Sozialisation und der unterschiedlichen Ausgangsposition zu tun. In Niedersachsen sind wir mit 150 Ganztagschulen zu Beginn der Amtszeit von Schwarz-Gelb gestartet. Am Ende war es das Zehnfache: 1 500.

Thüringen – Herr Matschie ist hier und wird später reden – hat eine klasse Zahl: 75,5 Prozent der öffentlichen Angebote sind praktisch Ganztagsangebote. 51 Prozent der Schüler sind dort. Sachsen ist natürlich besser: In Sachsen sind es 98 Prozent.

Sachsen ist bei allen Rankings, gerade auch bei der Nichtabhängigkeit vom Elternhaus, Spitzenreiter. Dort ist die CDU seit 1990 an der Macht.

Es ist auch keine Frage des Geldes. Ich sehe, dass im Schulgesetz von Thüringen die Ganztagschule als eigene Schulform außerhalb des Grundschulbereiches überhaupt nicht verankert ist. Es gibt Probleme mit den Verkehrsbetrieben, weil sie sich nicht darauf einstellen können. Ferner ist die Tatsache zu

nennen, dass es keinerlei Qualitätskriterien für Ganztagschulen gibt, und die Tatsache, dass bisher nur Ganztagschulen im Grundschulbereich finanziert und unterstützt werden. Das sind Dinge, die nicht vom Bund abhängen, sondern sie sind vom Land zu regeln. Oder nehmen wir Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern hat in Bezug auf die Ganztagschulen eine gute Ausgangsposition.

Also: 39 Prozent der Schulangebote in Mecklenburg-Vorpommern sind Ganztagschulangebote. Bayern hat eine schlechte Ausgangsposition, holt aber rasant auf. Dort sind es mittlerweile über 43 Prozent. Bayern gibt richtig Geld hinein, auch zusätzliches Personal. Das gilt auch für andere Länder. Deswegen glaube ich: Der Weg ist an vielen Stellen frei. Vielleicht sollten Sie sich bemühen, dass die Kultusminister von der SPD und den Grünen, die in den Ländern am Ruder sitzen, das machen, was möglich ist, und uns hier nicht mit Schaufensteranträgen belästigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Aydan Özoguz, SPD:

Diese Regierung hat keinen Plan, wo es hingehen soll



Aydan Özoguz *1967
Landesliste: Hamburg

Frau Wanka, ich finde es sehr schade, dass Sie als Wissenschaftsministerin bei den vorliegenden Anträgen nicht auch ein Stück weit auf das Einwanderungsland Deutschland eingegangen sind. Da ich aber weiß, dass es noch einen Beitrag geben wird, der sich explizit mit den von Ihnen aufgeworfenen Punkten befasst, will ich mich auf diesen Bereich konzentrieren.

Ich glaube, wenn man es mit unserer Gesellschaft, mit dem Zusammenwachsen, mit der Notwendigkeit von Zuwanderung – diese Einsicht ist im Kabinett nicht geschlossen gegeben – und mit Teilhabe und Chancengleichheit für alle Mitglieder in unserer Gesellschaft ernst meint, muss man nicht nur ernsthafter über die Punkte, die Frank-Walter Steinmeier angesprochen hat – das Kooperationsverbot und die Zusammenarbeit von Bund und Ländern – nachdenken und diese fördern. Man muss auch Kategorien und Begrifflichkeiten wie Bildungsinländer, Integration oder auch Migranten perspektivisch überwinden und aufheben, diese Begriffe immer wieder zu zementieren, wie es diese Bundesregierung tut – als seien Migranten per se eine andere Art von Mensch.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Vielfalt ist eine Zukunftsressource. Sie sollte endlich zu unserem Selbstverständnis gehören. Es geht schließlich darum, ein „Wir“ zu entwickeln, und nicht darum, immer wieder zwischen „uns“ und „denen“ zu unterscheiden. Für uns gilt das ursozialdemokratische Aufstiegsversprechen durch Bildung. Herkunft darf kein Schicksal sein, das sagen wir immer und immer wieder. Weder die Bildung der Eltern noch das Geburtsland der Eltern oder der Großeltern dürfen ausschlaggebend sein.

Ich möchte einmal daran erinnern, dass der FDP-Generalsekretär Döring an dieser Stelle in seiner Plenarrede am 16. März 2010 gesagt hat, die Zeit der Bibliotheken für Migrantenmädchen sei vorbei. Unabhängig davon, wie unsinnig eine solche Aussage ist: Das unterscheidet uns ganz klar von Ihnen.

Wir sagen: Wir brauchen mehr Bildung. Wir brauchen Ausbildungsgarantien. Wir brauchen mehr Anerkennung von ausländischen Abschlüssen. Wir brauchen mehr Weiterbildungsmöglichkeiten. Wir brauchen eine verstärkte und früher ansetzende Sprachförderung.

Wir hatten da schon einige Ideen mehr, die Sie partout nicht wollten.

Und wir brauchen das Wiedererleben des Programms „Soziale Stadt“, das Sie von der Regierungskoalition in einen Komazustand gefahren haben.

So viel zu den Aktivitäten vor Ort, Frau Bär.

Es hat etwas Absurdes, wenn Menschen, deren Angehörige über mehrere Generationen hinweg in Deutschland leben und die auch hier geboren wurden, kategorisch Ausländer bleiben. Deswegen musste dieses alte Staatsangehörigkeitsrecht reformiert werden. Bekanntermaßen ist dies nur zum Teil gelungen. Wenn ich mich richtig erinnere, hat das mit Blockaden von der rechten Seite des Hauses, nämlich der FDP, zu tun, die heute munter für die doppelte Staatsangehörigkeit wirbt. Sie tun so, als hätte das gar nichts mit Ihnen zu tun, dass es all diese Einschränkungen gibt. Das ist schon erstaunlich.

Wir wollen, dass Kinder, die in Deutschland geboren wurden, immer Deutsche werden, sein und bleiben, aber gleichzeitig – unter bestimmten Voraussetzungen – ihre Herkunft nicht aufgeben müssen. Das geltende Optionsmodell bewirkt aber genau das Gegenteil: Es zwingt sie nämlich, mit dem Erwachsenwerden sich gegen ihre eigene Herkunft zu entscheiden. Die Lebenswirklichkeit von Menschen, die wandern, ist eben eine andere.

Außerdem müssen Sie auch zugeben: 19 EU-Staaten leben mit dem Doppelpass, ohne dass die angeblich drohenden Schreckensszenarien eintreten, die einige Mitglieder Ihres Kabinetts gerne

entwickeln, so als ob es hier um etwas ganz Schwieriges ginge. Sie verheimlichen natürlich auch gerne, dass bereits bei über der Hälfte der Einbürgerungen die doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen wird. Wenn man aus Marokko, Iran oder Afghanistan kommt, ist das etwas anderes, als wenn man türkischer Herkunft ist. Dann ist man – auch bei Geburt in diesem Land – immer nur Deutscher unter Vorbehalt. Das wird von den Betroffenen als ein Misstrauensvotum aufgefasst, wie es auch die Bertelsmann-Stiftung ganz richtig festgestellt hat. Die Optionspflicht gehört also endlich abgeschafft.

Ich möchte auf eine weitere Sache eingehen. Sowohl Familienministerin Schröder als auch Bundesinnenminister Friedrich haben in den letzten Jahren wirklich großes Versagen an den

Tag gelegt, wenn es darum ging, dass diese Gesellschaft ein Stück zusammenkommen soll. Frau Schröder hat viel Geld für Studien ausgegeben, die immer wieder zeigen sollten, wie es

nun um junge Muslime bestellt ist. Aber sie hat sich nicht einmal an die Ergebnisse der Forscher gehalten, sondern hat immer wieder versucht, auf Pressekonferenzen die Ergebnisse zu verzerren. Das ist schon der Gipfel an Unseriosität im Umgang mit seriöser Forschung. Es hat die Wissenschaftler dazu getrieben, der Ministerin deutlich zu widersprechen – Gott sei Dank. Bundesinnenminister Friedrich hat es fertiggebracht, Studienergebnisse an die Bild-Zeitung weiterzugeben, dies sogar zu leugnen und erst Wochen später, auf eine Kleine Anfrage der Linken hin, zuzugeben, dass er dies überhaupt getan hat. Ich glaube, auf diese Art und Weise kann man nun wirklich keine vernünftige Gesellschaftspolitik für unser Land gestalten.

Anfang dieser Woche sagte die Bundeskanzlerin, wir bräuchten mehr Zuwanderung. Bundesinnenminister Friedrich widersprach ihr natürlich sofort. Das bringt es doch auf den Punkt: Diese Regierung hat gar keinen klaren Plan, wo es hingehen soll. Wie man dann eine vernünftige Bildungspolitik gestalten will, das bleibt ihr Geheimnis.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Für uns gilt das
ursozialdemokratische
Aufstiegsversprechen
durch Bildung.**

Dr. Stefan Kaufmann, CDU/CSU:

Bloßer Wahlkampfpopulismus der Opposition



Stefan Kaufmann *1969
Wahlkreis: Stuttgart I

Der Antrag der SPD hört sich zunächst gut an: Ganztagschulen für alle, Qualitätsverbesserungen, bessere Schulgebäude und anderes mehr. Jetzt muss man den Antrag nicht wie ich von der ersten bis zur letzten Zeile gelesen haben, um zu erkennen, dass es sich wieder einmal um nichts anderes als bloßen Wahlkampfpopulismus handelt.

Warum das? Zunächst dachte ich, ich hätte mich verlesen: Auf Seite 14 Ihres Antrags fordern Sie nicht weniger als – hören Sie! – 20 Milliarden Euro zusätzlich, und das jährlich. Davon sollen allein die Länder 10 Milliarden Euro jährlich tragen. Jetzt frage ich Sie: Wie

soll das denn funktionieren? Jeder von Ihnen, der schon einmal an der Regierung beteiligt war, wird berichten können, dass die Länder um jeden Cent feilschen, und selbst kleinste Ausgabensteigerungen zugunsten unserer Studierenden sind mit den Ländern nicht zu machen. Ich darf nur an die letzte BAföG-Erhöhung im Jahr 2010 oder auch an das Deutschlandstipendium erinnern. Das alles stört Sie aber nicht. Sie laufen mit einem großen Füllhorn durch die Gegend und haben schlicht vergessen, vorher etwas hineinzugeben.

Wenn man nun schon etwas so hemmungslos fordert wie Sie, dann müssen zumindest die eigenen Hausaufgaben gemacht werden, und davon sind Sie leider weit entfernt. Im Gegenteil: Rot-grüne Länder sparen eisern an der falschen Stelle. Das merken mittlerweile auch die Betroffenen: Warnstreiks der Lehrer im rot-grünen Bremen, Proteste wegen der Kürzungen sowohl im Wissenschafts- wie auch im Bildungsbereich in Niedersachsen, blankes Entsetzen – der Kollege Meinhardt hat es ausgeführt – angesichts der radikalen Kürzungen und des massiven Bildungsabbaus in meiner Heimat Baden-Württemberg. Dort, wo Sie regieren, sind die Wähler mit realer Streichpolitik konfrontiert, und dort, wo Sie nicht

regieren, erzählen Sie den Wählern von dem Huhn, das goldene Eier legt und jedes Jahr 10 Milliarden Euro zusätzlich ausgeben wird. Aber wie heißt es so schön: Eine Henne, die viel gackert, legt wenig Eier.

Ich weiß, jetzt erzählen Sie uns wieder etwas von einer soliden Gegenfinanzierung und von Steuererhöhungen. Die Grünen haben gerade erst unter heftiger Kritik grüner Realpolitiker, wie Ministerpräsident Kretschmann, beschlossen, die Steuern vor allem für die breite Mittelschicht zu erhöhen – egal wie die Kollegen hier das darstellen.

In Stuttgart trifft ihre Steuererhöhung beispielsweise jeden leistungsstarken Facharbeiter; auch das muss einmal gesagt werden.

Ich muss nicht erwähnen, dass der Staat über Rekordsteuereinnahmen von über 600 Milliarden Euro verfügt. Wenn Sie also mehr Geld für Bildung in den Ländern ausgeben möchten, dann machen Sie es so wie die Bundesregierung: Setzen Sie die richtigen Prioritäten zugunsten von Bildung und Forschung, statt Steuern zu erhöhen und Kredite aufzunehmen!

Zur der leidigen Zuständigkeitsdebatte. Nur weil der Bund weniger Schulden macht als die meisten Länder, kann dies doch noch lange nicht bedeuten, dass der Bund alles bezahlen muss, obwohl er gar nicht zuständig ist. Genau dieses Geschäft betreiben Sie, meine Damen und Herren Kollegen von der SPD.

Den Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Artikel 91 b GG, der dem Bund begrenzte Mitspracherechte einräumen würde – Ministerin Wanka hatte es erwähnt –, lehnen Sie in Ihrem Antrag explizit ab.

Herr Steinmeier, stattdessen fordern Sie einen neuen Artikel 104 c. Demnach sollen Finanzhilfen des Bundes fließen, ohne dass der Bund überhaupt eine Zuständigkeit erhält. Das heißt, wir überweisen das Geld, haben aber weiterhin keine Kontrolle über die Verwendung.

Und das kann nicht sein! Mittel ohne Zweckbindung wird es mit uns nicht geben.

Darüber hinaus sollten Sie auch einmal bedenken, wie das Ende Ihrer Politik aussieht: Wenn Sie den Weg für Finanzhilfen des Bundes für den Schulbereich freimachen, dann werden die Milliarden für die Ganztagschule nur ein Anfang sein. Ich erinnere Sie an die Länderaufgabe Inklusion, die notwendige Sanierung von Schulgebäuden, den Bau von Wohnheimplätzen und, und, und. Wenn der Bund in diesem Bereich auf einmal Verpflichtungen in Milliardenhöhe eingehen soll, werden wir sie auf der anderen Seite, im

Wissenschaftsbereich, einsparen müssen. Damit spielen Sie selbst den einen Bereich gegen den anderen aus. Und auch das kann nicht sein! Unser gemeinsames Ziel sollte doch sein, dass die Länder endlich selbst mehr für Ganztagschulen, für bessere Lernbedingungen und auch für ein besseres Schulsystem tun.

Schließlich: Ihr Ganztagschulprogramm ist nicht nur aus förmlichen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen abzulehnen; denn mit Ihrem Antrag fördern Sie zum einen versteckt die Einheitsschule. Darüber hinaus sollen nach Ihrem Willen gebundene, also verpflichtende Ganztagschulen mehr Geld erhalten als Ganztagschulen mit einem offenen Angebot. Auch dies lehnen wir ab. Alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland zur Ganztagschule zu verpflichten, das kann nicht das Ziel sein.

Sie sprechen diesen Punkt in Ihrem Antrag ja auch selbstkritisch an. Denn es stellt sich die Frage: Wie ist eine zwangsweise Ganztagschule mit der Jugendarbeit oder mit Vereinsaktivitäten vereinbar? Wie soll ein Schüler, der in einer Sportart sehr begabt ist oder ein Instrument gut spielen kann, diesem Hobby weiter nachgehen, wenn er den ganzen Tag in der Gemeinschafts- oder Ganztagschule eingespannt ist?

Ich darf auch darauf hinweisen, dass Ihr ständiger Ruf nach mehr Ganztagschulen noch lange kein besseres Schulsystem zur Folge hat. Entgegen Ihren Schlussfolgerungen kann man anhand der KMK-Zahlen feststellen, dass Berlin zwar einen der höchsten Anteile an Ganztagschulen vorzuweisen hat, während Länder wie Baden-Württemberg und Bayern eher geringere Anteile vorzuweisen haben, und dass trotzdem das Schulsystem in diesen beiden Ländern nach einhelliger Auffassung wesentlich besser und effizienter ist. Das heißt, Ganztagschulen führen nicht automatisch zu einem besseren Schulsystem, wie Sie das suggerieren.

Abschließend darf ich den früheren SPD-Politiker Hans Schwier zitieren:

Die Bildungspolitik ist ein Teil von einer Kraft, die stets das Gute will und oft Probleme schafft.

Genau das trifft leider auf Ihren Antrag zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Setzen Sie die Prioritäten in Bildung und Forschung anstatt Steuern zu erhöhen.



In vielen Bundesländern wird der Ausbau von Ganztagschulen voran getrieben.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Rosemarie Hein (Die Linke), Sibylle Laurischk (FDP), Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen), Marcus Weinberg (CDU/CSU), Christoph Matschie (SPD), Sylvia Canel (FDP), Thomas Feist und Helmut Brandt (beide CDU/CSU).

Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.